D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 34
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

21. August 1981
Preis 1 DM

Reforger – Krücke der kriegsversehrten Supermacht
Das ,,dual basing system" in der Militärstrategie der USA. Entstanden während des Indochinakrieges, nicht nur Ausdruck der Stärke .... Seite 9



Bedingungen des Kampfs um nationale Befreiung Irlands
Interview mit dem Präsidenten von Sinn Fein / IRA. Eire Nua – neues Irland, soziales und wirtschaftliches Programm der Sinn Fein .... Seite 3

Staatsgewalt contra Pressefreiheit
Beschlagnahme von Pressematerial, Vernichtung von Filmen, immer mehr Prozesse gestützt auf Fotographien. Gefahren für die Pressefreiheit ... S. 6

Angestellte – Rationalisierungsreserve der Wirtschaft?
Eine Rationalisierungswelle im Büro findet statt. Die Auswirkung der Technisierung auf die menschliche Arbeitskraft .... Seite 14

Asylrecht – nur humanitäre Hilfe?

Victor Pfaff

Professor Schmidt-Kaler, Bevölkerungspolitiker seines Zeichens, hat vorgeschlagen, alle Asylbewerber rauszuwerfen. Die CDU/CSU, vertreten durch Späth und Hasselmann, schlägt erneut und dringend vor, das Grundrecht auf Asyl durch Verfassungsänderung einzuschränken – gegen die ,,Flut der Wirtschaftsflüchtlinge" und weil ,,sonst kein Platz mehr für die wirklichen politischen Flüchtlinge bleibt". Der zuständige SPD-Fraktionsexperte Brandt, ebenfalls in Sorge um die wirklichen politischen Flüchtlinge, weist eine Verfassungsänderung zurück: Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht stehe ,,nicht zur kurzfristigen Disposition". Kurzfristig, nämlich im Herbst, wird die Koalition einen Gesetzentwurf vorlegen. Offizielle Richtlinie: Die Bundesrepublik darf – vor allem wirtschaftlich – nicht mehr attraktiv sein. Weitere Verfahrensbeschleunigung, die dritte seit 1978, steht auch an. Der Aufenthalt soll auf den Lagerbereich beschränkt bleiben, der Hofgang ist tagsüber nicht befristet.

Die ,,Flut" gibt es nicht. Seit März 1980 ist die monatlich eintreffende Zahl der Flüchtlinge auf ein Fünftel gesunken. Heute machen die polnischen Flüchtlinge, die ohne Rücksicht auf den Ausgang ihres Asylverfahrens bleiben können, die Hauptquote aus. Der Rückgang ist nicht auf die Kasernierung der Flüchtlinge und auf die Reduzierung der Barhilfe auf 75 Mark zurückzuführen, wie offiziell behauptet wird, sondern auf die Einführung des Visumzwangs gezielt gegen die Haupt-

recht auf Asyl durch Verfassungsänderung einzuschränken – gegen die ,,Flut der Wirtschaftsflüchtlinge" und weil ,,sonst kein Platz mehr für die wirklichen politischen Flüchtlinge bleibt". Der zuständige SPD-Fraktionsexperte Brandt, ebenfalls in Sorge um die wirklichen politischen Flüchtlinge, weist eine Verfassungsänderung zurück: Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht stehe ,,nicht zur kurzfristigen Disposition". Kurzfristig, nämlich im Herbst, wird die Koalition einen Gesetzentwurf vorlegen. Offizielle Richtlinie: Die Bundesrepublik darf – vor allem wirtschaftlich – nicht mehr attraktiv sein. Weitere Verfahrensbeschleunigung, die dritte seit 1978, steht auch an. Der Aufenthalt soll auf den Lagerbereich beschränkt bleiben, der Hofgang ist tagsüber nicht befristet.

Die ,,Flut" gibt es nicht. Seit März 1980 ist die monatlich eintreffende Zahl der Flüchtlinge auf ein Fünftel gesunken. Heute machen die polnischen Flüchtlinge, die ohne Rücksicht auf den Ausgang ihres Asylverfahrens bleiben können, die Hauptquote aus. Der Rückgang ist nicht auf die Kasernierung der Flüchtlinge und auf die Reduzierung der Barhilfe auf 75 Mark zurückzuführen, wie offiziell behauptet wird, sondern auf die Einführung des Visumzwangs gezielt gegen die Haupt-
fluchtländer. Die Eritreer zum Beispiel schaffen die Einreise nur noch ganz vereinzelt. Von diesen hat kaum einer zu behaupten gewagt, sie seien Wirtschaftsflüchtlinge. Sie wurden ja auch anerkannt, wenn sie nicht schon anderswo Schutz vor Verfolgung gefunden hatten.

Und wie steht es mit der Sorge um die wirklich politisch Verfolgten? Es gibt Länder, da gibt es die schlechterdings nicht. Zum Beispiel in Indien oder in der Türkei. Sowohl das Auswärtige Amt wie das Bundesamt in Zirndorf haben festgestellt, daß es weder vor dem September-Putsch noch danach in der Türkei politische Verfolgung gibt. Nun gibt es Fälle, wo, sagen wir, das Todesurteil in Hürriyet veröffentlicht ist, oder wenigstens die Androhung der Ausbürgerung, falls der Flüchtling nicht zurückkehrt. Diese Fälle werden einfach nicht entschieden. Hier paaren sich Sorge um die wirklichen politischen Flüchtlinge mit der Sorge um Verfahrensbeschleunigung zu jahrelangem Verfahrenskollaps.

Für die Masse der Fälle ist das Verfahren im Bundesamt ohnehin zur Farce geworden. Lange Zeit fanden gar keine Anhörungen statt. Das haben die Gerichte nicht durchgehen lassen. Jetzt steht am Ende der Anhörung das vorgedruckte Ablehnungsformular: Bei Afghanen, die ermordete Angehörige zurückgelassen und nur die Haut gerettet haben – bloß, weil sie über Pakistan geflüchtet sind; bei eritreischen Jugendlichen, die bei Red Flower organisiert waren – bloß, weil sie jugendlich sind und deshalb überhaupt nicht befragt werden.

Wie es mit der Sorge um die wirklich politisch Verfolgten steht, sieht man nicht zuletzt an der Behandlung der Asyl*berechtigten*. Es häufen sich die Fälle, wo ihnen die elementaren Rechte vorenthalten werden, wenigstens zeitweise: Die Asylpässe, die unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis, die unbeschränkte Arbeitserlaubnis, die Sozialhilfe-Regelsätze usw. amnesty international hat es auf der Jahresversammlung der deutschen Sektion im Juni gerügt.

Die verfassungsrechtliche Verankerung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl für politisch Verfolgte ist nicht speziell Ergebnis eines Kampfes der Arbeiterbewegung, wie manche sagen. Dieses Grundrecht ist Ergebnis der positiven wie negativen Erfahrungen derer, die vor dem Hitler-Faschismus fliehen mußten und Aufnahme anderswo gefunden haben oder eben nicht gefunden haben. Der Parlamentarische Rat hat *einstimmig* die Aufnahme des Artikels beschlossen, daß politisch Verfolgte Asylrecht genießen. Im Grundsatz- und Hauptausschuß gestellte Anträge, den Artikel wegen der Notlage Deutschlands unter den Vorbehalt des Bekenntnisses zur freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu stellen, wurden verworfen, auch mit CDU-Stimmen.

Soll aber die Grundgesetzbestimmung erhalten bleiben und die Bundesrepublik zu einer großzügigen Flüchtlingspolitik gezwungen werden, so geht das nicht ohne Druck von seiten der organisierten Arbeiterbewegung. Ein Interesse daran muß sie haben. 12 Millionen Flüchtlinge gibt es nach UN-

schränkte Arbeitserlaubnis, die Sozialhilfe-Regelsätze usw. amnesty international hat es auf der Jahresversammlung der deutschen Sektion im Juni gerügt.

Die verfassungsrechtliche Verankerung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl für politisch Verfolgte ist nicht speziell Ergebnis eines Kampfes der Arbeiterbewegung, wie manche sagen. Dieses Grundrecht ist Ergebnis der positiven wie negativen Erfahrungen derer, die vor dem Hitler-Faschismus fliehen mußten und Aufnahme anderswo gefunden haben oder eben nicht gefunden haben. Der Parlamentarische Rat hat *einstimmig* die Aufnahme des Artikels beschlossen, daß politisch Verfolgte Asylrecht genießen. Im Grundsatz- und Hauptausschuß gestellte Anträge, den Artikel wegen der Notlage Deutschlands unter den Vorbehalt des Bekenntnisses zur freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu stellen, wurden verworfen, auch mit CDU-Stimmen.

Soll aber die Grundgesetzbestimmung erhalten bleiben und die Bundesrepublik zu einer großzügigen Flüchtlingspolitik gezwungen werden, so geht das nicht ohne Druck von seiten der organisierten Arbeiterbewegung. Ein Interesse daran muß sie haben. 12 Millionen Flüchtlinge gibt es nach UN-
Schätzungen heute. Der Großteil dieses Elends geht auf das Konto der einen imperialistischen Supermacht, der UdSSR. Die Politik der Knebelung fremder Völker und die kriegerischen Aggressionen haben in Indochina einen Flüchtlingsstrom von 1,5 Millionen geschaffen, aus Afghanistan sind ebensoviele geflüchtet, aus Äthiopien 2 Millionen, aus Angola mehr als eine halbe Million. Jetzt sind es zig-tausende Polen, die aus Angst vor der Invasion russischer Panzer ihr Land verlassen. In der Bundesrepublik haben sie im Juni unter den Flüchtlingen die größte Landesgruppe ausgemacht.

Auf das Konto der anderen Supermacht gehen heutzutage hauptsächlich die lateinamerikanischen Flüchtlinge, deren Zahl im Wachsen begriffen ist, seit Reagan die Peitsche schwingt.

Wo die Flüchtlingsströme ihre Ursache nicht oder jedenfalls nicht unmittelbar in Aggressionen des Imperialismus haben, lassen sich offenbar die Probleme leichter lösen. Einige afrikanische Staaten haben mit Hilfe der UN großangelegte Rückführungsprogramme in Angriff genommen. Die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt ist das wichtigste auch gegen das Flüchtlingselend. Die großzügige materielle Unterstützung der wichtigsten Zufluchtsländer in Asien und Afrika ist schon deshalb dringend geboten, weil die Masse der Flüchtlinge, die Bauern sind, nie über das Nachbarland hinaus flüchten werden. Für diejenigen politisch Verfolgten, die Zuflucht in der Bundesrepublik finden wollen, müssen die Grenzen offen bleiben. Das ist mehr als humanitäre Hilfe. Es ist ein Gebot des proletarischen Internationalismus.



Unter dem Motto ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" führt die IG Druck und Papier am 6. September eine Großkundgebung in Kassel (im Eissportstadion) zur Unterstützung des Kampfes der ,,Heinze-Frauen" durch. Am 9. September findet der Bundesarbeitsgerichtsprozeß in Kassel statt. Zu der Kundgebung am 6. September, um 11.30 Uhr, setzt die IG Druck und Papier an vielen Orten Busse ein. Im Anschluß an die Stadion-Kundgebung wird eine Demonstration stattfinden. – In Vorbereitung der Prozesse haben schon an vielen Orten Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen stattgefunden.

Inkonsequente Kritiker der Neutronenwaffe

Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß

bep. Die Regierung schweigt diplomatisch, seitdem der Beschluß der US-Regierung zur Produktion der Neutronenwaffen bekannt ist. Aber die Reihe der Kritiker aus den Regierungsparteien SPD und FDP ist beachtlich. Auch tapfere Verteidiger des NATO-Be-

werden sollen, hat die Schwelle zwischen konventionellen und nuklearem Krieg faktisch beseitigt. Sie beruht nämlich auf der Androhung des *Erst*einsatzes von Nuklearwaffen gegen einen massiven konventionellen Angriff. Angesichts der immer wieder festge-

oder so darauf, uns, die Einwohner der BRD und noch einige mehr, zu opfern. Sie muß ersetzt werden durch eine Verteidigungspolitik, die es ermöglicht, einen konventionellen Angriff mit konventionellen Mitteln zu beantworten und sich gegen atomare Erpressung zu



Unter dem Motto ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" führt die IG Druck und Papier am 6. September eine Großkundgebung in Kassel (im Eissportstadion) zur Unterstützung des Kampfes der ,,Heinze-Frauen" durch. Am 9. September findet der Bundesarbeitsgerichtsprozeß in Kassel statt. Zu der Kundgebung am 6. September, um 11.30 Uhr, setzt die IG Druck und Papier an vielen Orten Busse ein. Im Anschluß an die Stadion-Kundgebung wird eine Demonstration stattfinden. – In Vorbereitung der Prozesse haben schon an vielen Orten Solidaritäts- und Informationsveranstaltungen stattgefunden.

Inkonsequente Kritiker der Neutronenwaffe

Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß

bep. Die Regierung schweigt diplomatisch, seitdem der Beschluß der US-Regierung zur Produktion der Neutronenwaffen bekannt ist. Aber die Reihe der Kritiker aus den Regierungsparteien SPD und FDP ist beachtlich. Auch tapfere Verteidiger des NATO-Be-
schlusses zu den Mittelstreckenraketen protestieren diesmal. Von Seiten der SPD sind die Argumente der Gegner der Neutronenenwaffe vor allem von Egon Bahr vorgetragen worden.

Die Argumente Bahrs gegen den Bau der Neutronenwaffe sind vordergründig. Die Einführung dieser Waffe provoziere die UdSSR, ebenfalls solche Waffen zu bauen. Wird sie das nicht ohnehin tun, wenn sie dazu in der Lage ist? Die Neutronenwaffe sei besonders inhuman. US-Verteidigungsminister Weinberger entgegnete kalt, alle Waffen töteten Menschen, und die Zivilbevölkerung würde unter dem Einsatz von Neutronenwaffen weniger leiden als unter dem von herkömmlichen taktischen Atomwaffen. Zwar wird auch das von Fachleuten inzwischen bezweifelt, aber umgekehrt sind die Auswirkungen der Neutronenwaffen sicher *nicht schlimmer* als die der taktischen Atomwaffen, welche sie ersetzen sollen.

In diesem Vergleichsmaßstab liegt aber gerade das Problem. Akzeptiert man ihn, weil man die taktischen Atomwaffen akzeptiert, brechen die Argumente gegen die Neutronenwaffe zusammen. Dann bleibt vielleicht noch das Argument, die Neutronenwaffen seien gezielter einsetzbar, und eben das mache ihre Gefährlichkeit aus. Denn dadurch sinke die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen in einem bis dahin konventionellen Krieg. Auch zu dieser Behauptung gibt es einige Für und Wider, das aber in Wahrheit nicht allzu wichtig ist. Denn die offizielle NATO-Strategie der ,,flexible response", der ,,flexiblen Antwort", nach der wir seit über 20 Jahren verteidigt

werden sollen, hat die Schwelle zwischen konventionellen und nuklearem Krieg faktisch beseitigt. Sie beruht nämlich auf der Androhung des *Erst*einsatzes von Nuklearwaffen gegen einen massiven konventionellen Angriff. Angesichts der immer wieder festge-
stellten erdrückenden konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion bedeutet das: Versagt die Abschreckung und kommt es zu einem massiven Konflikt, ist der Einsatz von Atomwaffen unvermeidlich. Ebenso unvermeidlich ist nach allen ernsthaften Überlegungen die Eskalation eines solchen Konfliktes zum totalen Atomkrieg. Der Erwartung, diesen Krieg vielleicht doch (auf die BRD oder auf Europa?) begrenzen zu können, entspringt die Weiterentwicklung der taktischen Nuklearwaffen und übrigens auch der Mittelstreckenraketen. Denn diese sind keineswegs in erster Linie dazu gedacht, einen begrenzten Nuklearangriff der SU (etwa mit SS-20) abzuschrecken bzw. zu beantworten. Ihnen ist vielmehr dieselbe Verwendung zugedacht wie den taktischen Waffen: gegen einen konventionellen Angriff eingesetzt zu werden, und zwar gegen die hinteren Angriffswellen und Bereitstellungsräume des Gegners.

Wer in der Produktion der Neutronenwaffen das Problem sieht und nicht in einer Strategie, die den Einsatz taktischer Atomwaffen im Kriegsfall *zwingend* vorsieht, der täuscht sich grausam. Die Forderung, keine Stationierung dieser Waffen zuzulassen, ist ehrenwert, aber hilflos angesichts von 6000 taktischen Atomwaffen, die bereits hier stationiert *sind* – mehr als genug, um die Eskalation einzuleiten. Gegen die Neutronenwaffen zu protestieren, ohne diese Strategie auch bloß zu erwähnen, ist fragwürdig. Ob die Verteidigung gegen einen russischen Angriff die einzige ,,Option" der NATO ist, steht hier nicht zur Diskussion. *Diese* Verteidigungsstrategie beruht so

oder so darauf, uns, die Einwohner der BRD und noch einige mehr, zu opfern. Sie muß ersetzt werden durch eine Verteidigungspolitik, die es ermöglicht, einen konventionellen Angriff mit konventionellen Mitteln zu beantworten und sich gegen atomare Erpressung zu
schützen. Vorschläge für eine solche ,,alternative Verteidigungspolitik" gibt es. Ohne eine weitgehende Änderung der politischen und militärischen Strukturen in Europa sind sie nicht zu verwirklichen.

Die USA müßten selbst wissen, was für ihre Soldaten in Europa das Beste ist, hat Weinberger gesagt. Egon Bahr wurde daraufhin für einen SPD-Politiker ziemlich deutlich: Der Mangel an deutscher Selbstbestimmung sei so gut wie vollständig, die Atommächte allein entschieden über die Existenz Deutschlands. Er wies darauf hin, daß nach den geltenden Verträgen nicht nur die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen von westdeutschem Boden beim US-Präsidenten (und danach bei seinen Militärkommandeuren) liegt, sondern auch die Stationierung allenfalls der ,,Konsultation", aber nicht der *Zustimmung* der Bundesregierung bedarf. Bahr erinnerte sogar an Deutschland-Vertrag und Truppenstatut als Ursprung der beschränkten Selbstbestimmung. Aber *seine* Konsequenz ist nur der Appell an die Atommächte, ,,Mitbestimmung" zu gewähren. Das ist kein Ziel, für das man kämpfen kann. Vom ,,kolonialen" Status der BRD reden inzwischen schon Pastor Heinrich Albertz, Spiegel-Herausgeber Augstein und der Bundesvorstand der Grünen. Ist es da nicht Zeit, an die Beseitigung der Reste des Besatzungsstatuts, die Abschaffung der NATO als Militärorganisation unter US-Kommando zu gehen und als erstes *zumindest* ein eindeutiges Veto-Recht gegen Stationierung und Einsatz von US-Kernwaffen zu fordern?

Prag 1968 – Polen 1981 Viele Fragen heute noch aktuell

hku. ,,Niemals und niemandem wird es gestattet sein, auch nur ein Glied aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herauszubrechen."

Die ,,Konterrevolution", die die Sowjetunion nach einer langen Kette von ,,Beratungen", Drohungen und Provokationen schließlich durch die Okkupation der Tschechoslowakei am 21. August 1968 zu verhindern behauptete; diese ,,Konterrevolution" war nichts anderes als der beginnende Bruch der tschechoslowakischen Völker mit zwanzig Jahren ,,sowjetischen Weges", eines durch die Kommunistische Partei ausgeübten umfassenden Staatsmonopols auf alle gesellschaftlichen Tätigkeiten. Dieser Weg hatte nach den ersten Jahren revolutionären Aufschwungs das Land in ökonomische Stagnation geführt und drohte es unter dem autokratischen Regime Novotnys politisch und geistig zu lähmen.

Die Krise setzte in der tschechoslowakischen KP selbst Reformkräfte frei, die Anfang 1968 Novotny stürzten und die Maßnahmen durchführten, die den ,,Prager Frühling" ermöglichten, diesen Aufbruch erst der Intelligenz, dann der ganzen Gesellschaft auf der Suche nach einem ,,Sozialismus mit menschlichem Antlitz": Abschaffung der Zensur mit der Folge einer wahren Informationsexplosion; ökonomische Reformen, die selbständiges ökonomisches Handeln der Betriebe an die Stelle des Verwaltens durch Staat und Partei setzen sollten; Legalisierung der sich bildenden Arbeiterselbstverwaltungsorgane; Zulassung unabhängiger Jugend- und Studentenorganisationen, Belebung der ,,Blockparteien"; Rehabilitierung der Opfer der Verfolgungen in den 50er Jahren; Öffnung der Grenzen, des ,,Eisernen Vorhangs", der auch die CSSR von Westeuropa abschnitt.

1969 hat die wieder sowjetisch kontrollierte Führung der KPC in einer ,,Selbstkritik" erklärt, man habe 1968 ,,unveränderliche Werte des Sozialismus" verletzt: ,,die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde – der kommunistischen Partei; die Rolle des sozialistischen Staates als Instrument der Diktatur des Proletariats; die marxistisch-leninistische Ideologie und ihre Verwirklichung mit allen Mitteln der Einwirkung auf die Massen (*Zensur, d. Verf.*); das sozialistische gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Prinzipien der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft; die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ...". G. Husak, der seit 1969 die Partei führt, gehörte selbst zu den Reformern des Jahres 1968. Sie alle erklärten sich nach der Okkupation gegen einen organisierten Widerstand; zum einen, um Blutvergießen zu vermeiden; zum anderen, weil auch sie den Prager Frühling den ,,unveränderbaren Prinzipien" unterordneten. Und mit der Paralysierung der Parteiführung war der mutige und kluge Widerstand der tschechoslowakischen Völker zum Scheitern verurteilt, denn es gab keine *von der Partei unabhängige Organisation*; ganz anders als heute in Polen.

In der DDR sang Wolf Biermann damals: ,,Prag – das ist Pariser Kommune!" Wir sahen das meist nicht so. Mit wir meine ich die Kräfte innerhalb der demokratischen und Arbeiterbewegung, die sich als revolutionär verstanden. Einig war man sich in der Verurteilung der Okkupation, aber darüber hinaus?

Zwar teilten wohl nicht alle den Standpunkt der KP Chinas, Dubcek habe die umfassende ,,Wiederherstellung des Kapitalismus" betrieben; aber die Haltung zu den Reformen und Reformplänen in der CSSR war distanziert, und unser Handeln war oft mehr bestimmt durch die Sorge, wir könnten Wasser auf den Mühlen des westdeutschen und US-Imperialismus sein. ,,Sozialistische Unternehmen", ,,unabhängige Presse", ,,Pluralismus" – das waren uns Greuel aus dem ideologischen und politischen Roll-Back des Imperialismus; die ,,unveränderlichen Werte" waren uns schon vertrauter.

Die Bedeutung des Prager Frühlings für die sozialistische Umwälzung in den entwickelten Ländern Europas haben wir damals nicht gut verstanden; die Fragen und Antworten sind heute noch aktuell.

Alle Strafverfahren wegen der Demonstration am 28.2. in Brokdorf sofort einstellen!

edd. Bereits die Auseiandersetzungen um das Verbot der Demonstration am 28. Februar dieses Jahres gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf enthüllte die Absicht der herrschenden Klasse und ihrer Justiz, welche Stoßrichtung sie nehmen will, um die Bewegung gegen das Energieprogramm zu spalten. Ein wichtiges Mittel sollte der Angriff auf die von der Arbeiterbewegung erkämpfte Demonstrationsfreiheit sein, gepaart mit Versuchen die Bewegung selbst untereinander zu spalten.

So heißt es in dem Urteil des Oberlandesgerichts Lüneberug zum Verbot der Demonstration:

,,... Mit Rücksicht auf die möglicherweise Aggressionen fördernde Nähe des Bauplatzes ... wäre ferner zu erörtern gewesen, ob die Großdemonstration statt auf Feldern und Wiesen, sowie in kleineren Ortschaften des jetzt vorgesehenen Demonstrationsraumes nicht an einem geeigneterem Ort durchgeführt werden sollte. Dafür hätten Großstadien und andere für Massenveranstaltungen geeignete Räume in der ganzen BRD verwendet werden können ... Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit legt den Veranstaltern von Großdemonstrationen gewichtige Pflichten auf, die in § 14 des Versammlungsgesetzes unvollkommen geregelt sind ... die vom Gesetzgeber seinerzeit nicht gesehenen Gemeinschaftsprobleme bei Großdemonstrationen in Blick auf die Grundrechte und Pflichten in der hier skiziierten Weise fortentwickelt werden müßten ... Abschließend möchte der Senat die Frage, ob eine Demonstration des beabsichtigten Umfangs von den Regeln des Versammlungsgesetzes in der gegenwärtig geltenden Fassung, selbst wenn sie beachtet werden, überhaupt noch erfaßt werden kann, nocheinmal aufwerfen!" (zit. nach AKL Prozeßnachrichten Nr 1)

Die Bewegung gegen die Kernkraftwerke hat sich wesentlich verbreitert. Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften haben sich gegen das Atomprorgramm und einzelne Kernanlagen erklärt. Wethen ist das neueste Beispiel dafür. Gerade die Diskussion um das KKW in Brokdorf nahm vor dem 28.2. in Hamburg Formen an, daß der DGB weder einstimmig noch insgesamt bedingungslos für Brokdorf war, sondern die GEW, die HBV, die IG Druck, sowie ein Vertreter der ÖTV in einer DGB Kreisvorstandssitzung gegen Brokdorf stimmten. 1600 Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute, riefen am 26.2. in der *Hamburger Morgenpost* nach Brokdorf auf und auch nach dem Verbot forderte die GEW und die IG Druck ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Massendemonstration auf.

Nachdem 100000 trotz des bestehenden Demonstrationsverbotes in Brokdorf und am Bauplatz demonstrierten, die *Schlacht um Brokdorf*, die von der bürgerlichen Presse oft beschworen wurde, ausfiel, mußte selbst FDP-Generalsekretär Verheugen, die Einschätzung vornehmen, daß der Brokdorfer Demonstration ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung nahestand und vor Kriminalisierung warnen.

Doch schon bei der Demonstration schlugen Innenminister Barschel von Schleswig-Holstein (CDU), Staatsanwaltschaft und Polizeiapparat zurück. Aus den 100000 wurden oft in brutaler Weise sogenannten *qualifizierte Verhaftungen* vorgenommen.

Nach der Demonstration rollte dann der Angriff über die Schreibtische sowohl der Presse als auch der Staatsanwaltschaft in Itzehoe auf die Bewegung. Während die Presse das Fotos eines Beamten des Sondereinsatzkommandos hochspielte, der wegen seiner eignen Brutalität in einen Graben gefallen war, der von einem Demonstranten mit einem Spaten bearbeitet wurde, um darzulegen um welche Kriminelle es sich hier handelte. Der Staatsanwalt nahm inzwischen Verhaftungen vor, er stand ja auch unter Erfolgszwang, Markus Mohr und Michael Duffke wurden wegen Mordversuchs angeklagt, dies mußte der übereifrige Staatsanwalt aber wieder fallen lassen, nachdem die TAZ den wirklichen Zusammenhang des Polizeieinsatzes enthüllte. Dennoch sitzt der Betonbauer Duffke immer noch in der JVA Neumünster ein, während gegen beide Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung geführt werden.

Sie sind ein Teil der bisher 9 bekannten Angeklagten im Zusammenhang mit der Demonstration. Außerdem wurde nach Auskunft der Staatsanwaltschaft in Itzehoe an die Redaktion der KVZ ca. 75 Bußgeldbescheide an Demonstranten wegen *Teilnahme an einer verbotenen Demonstration* mit Geldstrafen bis zu 1000 DM verschickt.

Gerade um die Bewegung gegen die Kernkraftwerke innerhalb der Gewerkschaften, die eine größere Gefahr für das Energieprogramm darstellt als Aktionen Einzelner, die aus lauter Verzweiflung und politischer Orientierungslosigkeit versuchen, diesen oder jenen Lastwagen von Baufirmen anzuzünden (was sicherlich in vielen Fällen schon zu einem Freudenfeuer führte), zu schwächen, werden auch 2 Gewerkschafter aus Hamburg mit hohen Anklagen angegriffen. Sie waren auf dem Lautsprecherwagen des Gewerkschafterblocks, den der AKL Hamburg mitorganisiert hatte, festgenommen worden.

So soll mit allen Anklagen die Demonstrationsfreiheit angegriffen, die Bewegung gegen das Atomenergieprogramm kriminalisiert werden. Dieser Angriff trifft nicht nur alle die an an dieser Demonstration teilnahmen oder sie unterstützten, sondern ist gerichtet gegen die Demonstrationsfreiheit schlechthin, was die CDU/CSU-Gesetzesinitiative hinreichend unterstreicht. Darum müssen alle Prozeße gemeinsam zurückgeschlagen werden.

Der AKL Hamburg gibt unregelmässig Prozeßnachrichten heraus. 2 Nummern, die bereits erschienen sind, können zur breiten Verteilung beim AKL Hamburg, Gustav Falke Strasse 2, 2 Hamburg 13, Tel 040/443946 bestellt werden. Spendet für den Solidaritätsfonds! Konto: Michael Petersen, Aktionskreis Leben Hamburg, Stichwort Brokdorf Verfahren, Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto Nr. 138478-205.



,,Was Leute, ist das nicht ein tolles Video-Spiel?"

der Intelligenz, dann der ganzen Gesellschaft auf der Suche nach einem ,,Sozialismus mit menschlichem Antlitz": Abschaffung der Zensur mit der Folge einer wahren Informationsexplosion; ökonomische Reformen, die selbständiges ökonomisches Handeln der Betriebe an die Stelle des Verwaltens durch Staat und Partei setzen sollten; Legalisierung der sich bildenden Arbeiterselbstverwaltungsorgane; Zulassung unabhängiger Jugend- und Studentenorganisationen, Belebung der ,,Blockparteien"; Rehabilitierung der Opfer der Verfolgungen in den 50er Jahren; Öffnung der Grenzen, des ,,Eisernen Vorhangs", der auch die CSSR von Westeuropa abschnitt.

1969 hat die wieder sowjetisch kontrollierte Führung der KPC in einer ,,Selbstkritik" erklärt, man habe 1968 ,,unveränderliche Werte des Sozialismus" verletzt: ,,die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde – der kommunistischen Partei; die Rolle des sozialistischen

te innerhalb der demokratischen und Arbeiterbewegung, die sich als revolutionär verstanden. Einig war man sich in der Verurteilung der Okkupation, aber darüber hinaus?

Zwar teilten wohl nicht alle den Standpunkt der KP Chinas, Dubcek habe die umfassende ,,Wiederherstellung des Kapitalismus" betrieben; aber die Haltung zu den Reformen und Reformplänen in der CSSR war distanziert, und unser Handeln war oft mehr bestimmt durch die Sorge, wir könnten Wasser auf den Mühlen des westdeutschen und US-Imperialismus sein. ,,Sozialistische Unternehmen", ,,unabhängige Presse", ,,Pluralismus" – das waren uns Greuel aus dem ideologischen und politischen Roll-Back des Imperialismus; die ,,unveränderlichen Werte" waren uns schon vertrauter.

Die Bedeutung des Prager Frühlings für die sozialistische Umwälzung in den entwickelten Ländern Europas haben wir damals nicht gut verstanden; die Fragen und Antworten sind heute noch aktuell.

müßten ... Abschließend möchte der Senat die Frage, ob eine Demonstration des beabsichtigten Umfangs von den Regeln des Versammlungsgesetzes in der gegenwärtig geltenden Fassung, selbst wenn sie beachtet werden, überhaupt noch erfaßt werden kann, nocheinmal aufwerfen!" (zit. nach AKL Prozeßnachrichten Nr 1)

Die Bewegung gegen die Kernkraftwerke hat sich wesentlich verbreitert. Teile der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften haben sich gegen das Atomprorgramm und einzelne Kernanlagen erklärt. Wethen ist das neueste Beispiel dafür. Gerade die Diskussion um das KKW in Brokdorf nahm vor dem 28.2. in Hamburg Formen an, daß der DGB weder einstimmig noch insgesamt bedingungslos für Brokdorf war, sondern die GEW, die HBV, die IG Druck, sowie ein Vertreter der ÖTV in einer DGB Kreisvorstandssitzung gegen Brokdorf stimmten. 1600 Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute, riefen am 26.2. in der *Hamburger Morgenpost* nach Brokdorf auf und auch nach dem Verbot forderte die GEW und die IG Druck ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Massendemonstration auf.

Nachdem 100000 trotz des bestehenden Demonstrationsverbotes in Brok-

sammenhang des Polizeieinsatzes enthüllte. Dennoch sitzt der Betonbauer Duffke immer noch in der JVA Neumünster ein, während gegen beide Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung geführt werden.

Sie sind ein Teil der bisher 9 bekannten Angeklagten im Zusammenhang mit der Demonstration. Außerdem

Der AKL Hamburg gibt unregelmässig Prozeßnachrichten heraus. 2 Nummern, die bereits erschienen sind, können zur breiten Verteilung beim AKL Hamburg, Gustav Falke Strasse 2, 2 Hamburg 13, Tel 040/443946 bestellt werden. Spendet für den Solidaritätsfonds! Konto: Michael Petersen, Aktionskreis Leben Hamburg, Stichwort Brokdorf Verfahren, Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto Nr. 138478-205.



,,Was Leute, ist das nicht ein tolles Video-Spiel?"

Bayern verweigert Bericht über Extremistenerlaß

gkr. Bayern will nicht offenlegen, wie es den Extremistenerlaß anwendet. Das ist aus der Absage zu schließen, die Bayerns Finanzstaatssekretär Albert Meyer Bundesinnenminister Baum gab, nachdem dieser von allen Innenministern einen Bericht hierüber angefordert hat, um eine Anfrage des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu beantworten. Seiner (bzw. der Bayrischen Staatsregierung) Meinung nach sei der Extremistenerlaß ,,keine Diskriminierung im Sinne des von der Bundesregierung unterzeichneten Abkommens" (im Rahmen der ILO). Meyer warf der Bundesregierung vor, sie sei ,,nicht gewillt", ,,Angriffe gegen die Bundesrepublik und die Länder in der Frage der Verfassungstreue der Bewerber des öffentlichen Dienstes in der gebotenen Deutlichkeit zurückzuweisen". Es bestehe ,,nicht der geringste Anlaß, in der Frage der Verfassungstreue Vorwürfe aus dem Ausland hinzunehmen".

Mehrausgaben durch Kostendämpfung fast 1 Mrd. DM

gkr. Ehrenberg hat am vergangenen Montag den Entwurf für ein 2. Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen vorgelegt. Der Entwurf geht zum Teil noch über das hinaus, was Ehrenberg vor kurzem mit den Vertretern der Kassen zu beraten hatte. Insgesamt sollen die geplanten Maßnahmen die Versicherten 800 bis 900 Mio. DM zusätzlich kosten, um, wie es heißt, einen Anstieg der Beiträge von durchschnittlich 11,7% auf 12,2% 1982 zu verhindern. Die wichtigsten Maßnahmen sind: Eine Rezeptgebühr von 20% bis zu maximal 4 DM, wobei auf einem Rezept höchstens 3 Medikamente verschrieben werden dürfen. Die Selbstbeteiligung der Versicherten bei Zahnersatz von nun 40%, bisher 20%, wobei die Kosten für den Zahnarzt vollständig von den Kassen übernommen werden sollen. Da aber die Kosten für Zahnersatz deutlich höher liegen (im Durchschnitt pro Mitglied) als die Zahnarztkosten, bedeutet diese Regelung höhere Zahlungen der Versicherten. Weiter soll es nur noch einen Krankenschein im Vierteljahr geben, Kuren nur noch alle drei Jahre möglich sein und verschiedene andere Vorschläge. Die Ärzte sollen ihre Honoraranstiege begrenzen auf den Zuwachs der Bruttolöhne (wobei ein Teil des Anstiegs durch zunehmende Krankheit bedingt sein kann). Esser, Präsident des Bundesverbandes der Arbeitgeberverbände, kritisierte die Vorschläge als nicht weitgehend genug. Der sozialpolitische Sprecher der SPD forderte eine weitgehende Strukturreform der Krankenkassen.

OLG Celle hebt drei Urteile gegen H. Rosenbaum auf

kvz. Drei Urteile gegen Helga Rosenbaum, die am 12. Oktober 1980 von der JVA Vechta in das Gefängnis von Hannover gebracht worden war, mußte in den vergangenen Monaten das OLG Celle als Beschwerdeinstanz aufheben. Am 25. März war das Urteil aufgehoben worden, das die Verlegung von H. Rosenbaum von Vechta nach Hannover gerechtfertigt hatte, nachdem sich H. Rosenbaum dagegen gewehrt hatte. Allerdings ist bisher noch nichts weiter geschehen, und der Anwalt von H. Rosenbaum hat gerade erst Einsicht in die Akten erhalten. Am 30. April war ein Urteil des Landgerichts Hannover aufgehoben worden, das sich noch nicht einmal mit den Isolationshaftbedingungen – gegen die sich die Genossin Rosenbaum in ihrer Klage gewandt hatte – befaßt hatte. Erst am 29. Juli war daraufhin eine Ortsbesichtigung in der JVA Hannover durchgeführt worden, um die Isolationshaftbedingungen zu prüfen. Mitte Juni schließlich hatte das OLG festgestellt, daß sich auch der Anstaltsleiter, wenn er eine Satzung für eine Gefangenenmitverantwortung (GMV) erläßt, an diese zu halten hat. Es hob damit das vorhergehende Urteil auf, das Wahlmanipulation, Absetzung der GMV und Verstoß gegen die Satzung der GMV – alle drei Punkte waren von H. Rosenbaum angegrifffen worden – für rechtens erkannt hatte.

Illegale Waffengeschäfte der ,,Rheinmetall"

chm. Fahnder des Bundeskriminalamtes durchsuchten die Räume des Rüstungskonzerns ,,Rheinmetall" in Düsseldorf. Sie nahmen kistenweise Material mit, womit sie der Firma illegale Rüstungsgeschäfte nachweisen wollen. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf erklärte, daß sie schon seit einem Jahr mit den Ermittlungen gegen ,,Rheinmetall" begonnen habe. Unmittelbarer Anlaß jetzt ist der Verdacht auf eine illegale Lieferung von 600 Panzerkanonen an Argentinien. Die Waffenexporte sind genehmigungspflichtig. Nur die Bundesregierung kann die erforderliche Genehmigung erteilen. Mit der geplanten Lieferung an Argentinien habe Rheinmetall sowohl gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz als auch gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen. Die Rheinmetall wird auch verdächtigt, verbotenerweise Waffen nach Südafrika und Saudiarabien exportiert zu haben.

Ermittlungsverfahren gegen ,,Vorwärts" eingeleitet

kvz. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat ein Ermittlungsverfahren gegen den SPD-Verlag ,,Vorwärts Verlag Nau u. Co." eingeleitet. Einbezogen in das Verfahren ist auch die ,,Sozialdemokratische Pressedienst GmbH". Ihnen wird vorgeworfen, Bescheinigungen für nicht erschienene Anzeigen und nicht ausgeliefertes Druckmaterial ausgestellt zu haben. Nutznießer sind Firmen, die die entsprechenden Beträge dann von der Steuer absetzen konnten. Auch die Arbeiterwohlfahrt und der Aktionskreis kommunalpolitischer Bildung sollen ebenfalls Quittungen ausgestellt haben, damit an den Vorwärts überwiesene Beträge als Spenden abgesetzt werden können. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch persönlich gegen den ehemaligen SPD-Schatzmeister Alfred Nau.

Anerkennungsverfahren verschärft

gkr. In den letzten ein bis eineinhalb Jahren seien die Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer immer mehr verschärft worden, so führte am vergangenen Mittwoch ein Vertreter des DFG/VK aus. 70% aller Antragsteller fallen in der ersten Gewissensprüfung durch, in der zweiten Instanz sind es immer noch 50%. 75000 Anträge liegen zur Zeit unerledigt herum, davon sind mehr als 10000 Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Die DFG/VK fordert die Aussetzung des Prüfungsverfahrens bis zu einer Neuregelung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung, wozu voraussichtlich im Herbst ein Entwurf vorgelegt werden soll. Hinzu kommen einige Forderungen, die ein striktes Heraushalten der Bundeswehr aus dem Anerkennungsverfahren zum Ziel haben.

Wethen ungeeignet

kvz. Nachdem die DWK nach ihren Erkundungen den Standort Wethen in Nordhessen für eine Wiederaufbereitungsanlage für geeignet hielt, hat nun der hessische Minister für Wirtschaft, Hoffie, den Standort aus ,,geologischer Sicht" für ungeeignet erklärt. Gegen den beabsichtigten Bau in Wethen, der Standort war offensichtlich schon gewählt, um den Widerstand in Volkmarsen, dem ersten ins Auge gefaßten Standort, in die Irre zu führen, hatten sich schon breite Kräfte am Ort zusammengeschlossen. Für den 19. September hatte eine Aktionseinheit eine Demonstration angesagt.

„Wir sind eine anti-imperialistische, anti-koloniale und nicht nur eine ‚Briten-raus!'-Bewegung"

Auszüge aus einem Interview mit Ruairi O Bradaigh, Präsident von Sinn Fein/IRA (Provisionals)*

cof. Der Hungerstreik der irischen Gefangenen, deren Forderungen trotz großer Opfer noch immer nicht erfüllt sind, hat große internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung gefunden und die politische Isolierung der Regierung Thatcher auch in England selbst bis in die Reihen der Tories gefördert. Mit dieser politischen Kampagne konnten die Kämpfe der nationalistischen Minderheit in Nordirland so weit mit dem Unabhängigkeitsstreben in der Republik Irland verbunden werden, daß die regierende Koalition von Konservativen und Labour heute entschiedener als jede liberale südirische Regierung der letzten 30 Jahre die Wiedervereinigung von Nord und Süd und die „Entpflichtung Großbritanniens" fordert. Ministerpräsident FitzGerald waf der „eisernen Lady" Thatcher angstvoll vor, die Stärkung und wachsende Unterstützung der IRA durch die katholischen Iren und vor allem die Jugend Nordirlands nicht begriffen zu haben.

Mit der Teilung Irlands, die 1921 angesichts der Massenaufstände des irischen Volkes vorgenommen wurde, wurden die 26 Counties (Grafschaften) Süd-Irlands in einen neokolonialen Status versetzt, während im Norden eine Kolonie alten Stils erhalten blieb. Auf diesem Hintergrund muß man die Lage heute beurteilen.

Als Thatcher und Haughey (Ministerpräsident der Republik Irland bis Juni 1981, Red.) sich letzten Dezember trafen, war das bereits ihr zweites Treffen. Bei ihrem ersten Treffen im Mai 1980 in London hatten sie ein Kommuniqué unterzeichnet, in dem sie darin übereinstimmten, daß eine Änderung des verfassungsmäßigen Status der sechs Counties Nordirlands nur mit der Zustimmung der Leute dort zustandekommen könne statt mit der Zustimmung der Mehrheit des Volkes von ganz Irland. Mit anderen Worten: Mr. Haughey akzeptierte damit das 1920 und 1921 von der britischen Regierung Irland aufgezwungene Abkommen.

Die Rolle der Loyalisten

Man muß die Natur des Loyalismus erkennen (politisch an die englische Krone gebundene Protestanten in Nordirland, Red.). Das ist eine rechtsgerichtete, privilegierte Klasse. Selbst die einfachen Menschen haben begrenzte wirtschaftliche Vorteile und Vorrechte: einen Job zu kriegen, in der Wohnungsfrage, politische Begünstigungen usw. ... Auch muß man wissen, daß die bewaffneten Einheiten der Loyalisten, die offiziellen, also RUC (Royal Ulster Constabulary, nordirische Polizei, Red.) und UDR (Ulster Defence Regiment), wie die inoffiziellen, UDA (Ulster Defence Association) und von ihr abstammende Organisationen vergleichbar sind mit einer Geheimarmee, z.B. der OAS in Algerien 1954 bis 1962 ... Die „Unabhängigen 6 Counties", die Paisley (protestantischer Pfarrer, militanter Führer der loyalistischen Ulster-Fraktion) als zweite und die UDA als erste Alternative zur direkten britischen Herrschaft anstreben, sind eine sehr gefährliche Sache. Das würde die Teilung verfestigen und das politisch-religiöse Sektierertum fördern; Religion als Erkennungszeichen im Volk, um die Menschen einzuordnen, aufzuteilen, zu spalten und auszubeuten ... Der irische Republikanismus hat niemals angestrebt, die Nachkommen der Kolonialisten von vor 350 Jahren zu vertreiben. Wir haben zur Zeit die Spaltung des Volkes, wo einem Teil begrenzte Vorteile gewährt werden, während die herrschende Klasse, die alte Aristokratie und das Großkapital beide Teile ausbeuten ... Zuerst muß die Machtstruktur zerbrochen werden. Die Privilegien eines Teils gegenüber dem anderen und die Macht und Ausbeutungsgewalt der herrschenden Klasse müssen für immer beseitigt sein, bevor wir eine Situation der völligen Gleichberechtigung im irischen Volk schaffen können, eine demokratische sozialistische Republik für ganz Irland mit der völligen Trennung von Kirche und Staat, auf Grundlage der Beseitigung der kolonialen und neokolonialen Staaten im Norden und im Süden, mit maximaler Demokratie. Dann gibt es auch gemeinsame Interessen ... Die nationalistische Bevölkerung muß sich selbst befreien, und indem sie das tut, wird sie auch die loyalistische Bevölkerung befreien, die in einer historischen Falle gefangen und unfähig ist, sich selbst zu befreien.

Bedeutung des Hungerstreiks

Wir wissen, daß der internationale Druck die Briten zu der Zeit des letzten Hungerstreiks (1980) in große Verlegenheit brachte, so daß die Leute sagen: Warum wollen die Briten die Sache nicht begraben und vergessen machen, warum verweigern sie eine Lösung? – Nun, ich glaube, man muß sich in Erinnerung rufen, daß der Kampf in den Gefängnissen nur eine besondere Front im andauernden Befreiungskampf in Irland ist. Und die Briten hoffen, der republikanischen Bewegung in den Gefängnissen eine Niederlage – vor allem eine psychologische – beizubringen, und das soll ihnen helfen, insgesamt vorwärtszukommen ... Der Teilkampf, d.h. der Kampf in den Gefängissen, ist nie bedeutender als das Ganze, der gesamte Befreiungskampf. Das Positive war, daß über viereinhalb Jahre die Gefangenen trotz Isolationshaft, nackt in einer Zelle, mit einer hohen Moral den Protest führten. Die letzten zweieinhalb Jahre davon mußten sie in ihren Exkrementen leben. Dieser Mut angesichts solcher Widerwärtigkeiten war tatsächlich den Genossen und dem Volk draußen beispielhaft in ihrer Opferbereitschaft, ihrer Ausdauer und ihrem Pflichtgefühl ... Auch die Mobilisierung draußen und der Aufbau einer breiten Front zur Unterstützung im Volk in den letzten eineinhalb Jahren waren ein großes Plus, ebenso die starke Beteiligung der Jugend. Wir denken, daß so, wie durch die Bürgerrechtsbewegung von 1968/69, viele junge Leute zum ersten Mal mit dem politischen und nationalen Befreiungskampf in Berührung kamen, was jetzt auch durch die H-Block /Armagh-Kampagne geschieht ... Andererseits hat der totale Einsatz der Bewegung für die Gefangenensache sie von ihrem normalen Tageskampf abgehalten und sie fast vollständig auf eine Front eingeschränkt ... Das ist nicht gut. Wenn das lange Zeit so geht, könnte es sich organisatorisch schlecht für die Bewegung auswirken. So haben wir neben Gewinnen für die Bewegung in gewisser Hinsicht auch Verluste gehabt. Das ist ein Grund, weshalb wir die Wiederaufnahme des Hungerstreiks nicht begrüßten ... Von den Berichten draußen und aus meiner Einschätzung, die ich im Ausland, in Europa und den USA in den letzten Wochen gewonnen habe, kann ich sagen, daß die Aufmerksamkeit für Irlands Kampf um Unabhängigkeit und Sozialismus sehr gestiegen ist. Alle Aspekte des Kampfes, einschließlich des der Gefangenen, werden mehr beachtet. Darauf kann man aufbauen ... Wir wünschen uns einen schnellen Wiederaufbau der internationalen Unterstützung, um diese gesamte Kriminalisierungspolitik von England zu schlagen. Ich meine den Versuch, seit 1976 die Gefangenen und damit den ganzen irischen Krieg für nationale Unabhängigkeit zu kriminalisieren ...

Die internationale Dimension

... Sie ist eine wesentliche Frage für den irischen Befreiungskampf. Wie immer es in der Vergangenheit gewesen sein mag, heute jedenfalls, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts und angesichts des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und der Ausbeutung der Arbeiter in der Welt ist es lebenswichtig, internationale Unterstützung zu erhalten. Kurzfristig, um dem irischen Volk zum Sieg zu verhelfen, und langfristig, um diesen Erfolg zu sichern ... So, wie wir in Europa, an seinem westlichen Rand leben, sähen wir gerne die keltischen Länder, also Schottland, Wales und Britannien frei, unabhängig und sozialistisch ... Das setzt natürlich das Aufbrechen des sogenannten „Vereinigten Königreichs" voraus. Während wir bereits mit den kämpfenden Nationen in Europa, den Basken, Katalanen, Korsen usw. an der Peripherie verbunden sind, streben wir ein Bündnis mit der Arbeiterbewegung in den Zentren an, die für ihre Selbstbestimmung und ihre Zukunft kämpft. Das setzt wiederum den Bruch mit der EG voraus, die gebildet wurde von ehemaligen Kolonialmächten, um ihre Gewinne zu konsolidieren und eine weitere Supermacht zu errichten. Sinn Feins Ziel ist also ein Europa der Völker statt solcher Staaten. In ihrer Ablehnung der EG nimmt sie aktiv teil an der „Vereinten Europäischen Oppositionsplattform zur EG" und hat ihr Manifest zusammen mit mehr als 20 linken politischen Parteien, radikalen Organisationen und nationalen Befreiungsorganisationen in den zwölf Mitglieds- und angeschlossenen Staaten der EG unterschrieben. Darüberhinaus wenden wir uns gegen die Machtblöcke, die politischen, militärischen und ökonomischen in Ost und West. Wir bereiten uns auf die Mitgliedschaft in der Blockfreienbewegung vor ...

Spaltung der republikanischen Bewegung 1969/70 und weitere Entwicklung der Sinn Fein

... Diejenigen, die sich heute „Sinn Fein the Workers Party" (Officials, Red.) nennen, hatten vor, vom bewaffneten Kampf abzulassen und den verfassungsmäßigen Weg durch diese imperialistischen, kolonialen und neokolonialen parlamentarischen Institutionen in London, Belfast und Dublin zu gehen ... Das heißt auch Aufrechterhaltung der Marionettenregierung in Belfast (Stormont) und der Versuch, sie zu demokratisieren, was natürlich unmöglich war. Sie ist längst abgeschafft worden im Kampf gegen die republikanische Bewegung ... Sie haben sich vollkommen vom nationalen Befreiungskampf entfernt. Jetzt sind sie schon fast bei der „Zwei-Staaten-Theorie" für Irland ... Nach der Abspaltung wurde auf der ersten Sitzung des ZK am 17.1.1970 eine Erklärung entworfen mit dem Titel „Wo Sinn Fein steht". Sie bekräftigt die grundlegende republikanische Position ... Wichtige sozialistische Ziele waren damit von Anfang an gesetzt, und ein Jahr später folgte „Eire Nua, soziales und wirtschaftliches Programm" ... 1972 verabschiedeten wir ein Dokument über die Rechtsstruktur ... Im Mai 1973 folgte dann das „Quality of Life"-Papier, das sich mit Umweltpolitik, Technologiekontrolle usw. beschäftigt. Es setzt sich teilweise auseinander mit der Beziehung zur Dritten Welt und dem Widerspruch zu den multinationalen Konzernen ... 1974 brachten wir die Schrift „Bergbau und Energie" heraus, die die Kontrolle und Entwicklung von Irlands Bodenschätzen und die Energiekrise behandelt ...

Fortsetzung auf Seite 4

* Sinn Fein („Wir selbst") stand als republikanisch-irische Partei beim Osteraufstand 1916 auf der Seite der IRA (Irisch-Republikanische Armee) und hat sich bis heute zu deren politischem Flügel entwickelt. 1970 spaltete sich Sinn Fein / IRA in einen „offiziellen" und einen „provisorischen" Flügel. 1974 wiederum spaltete sich von den Officials die Irish Republican Socialist Party IRSP ab, deren Armee INLA (Irish National Liberation Army) sich in militärischen Aktionen verausgabt und zusehends an politischem Einfluß verliert. – Mitte der 70er Jahre hatte die britische Regierung darauf gesetzt, diese Spaltung zur Kriminalisierung und Isolierung der republikanischen Bewegung nutzen zu können.
Das Interview wurde im April 1981 noch vor Bobby Sands Wahl ins britische Unterhaus und von 2 Gefangenen ins südirische Parlament gegeben und kann die aktuelle Entwicklung noch nicht widerspiegeln.

„Eire Nua" – neues Irland

Das soziale und wirtschaftliche Programm der Sinn Fein

1. Die Reichtümer Irlands gehören dem irischen Volk, das allein das Recht hat, sie zu nutzen und in seinem Interesse zu entwickeln.

2. Um Gerechtigkeit für alle zu garantieren, müssen die Produktionsmittel, die Distrubution und der Warenaustausch vom Volk kontrolliert und demokratisch verwaltet werden.

3. Der Staat soll die vollständige Kontrolle über Einfuhr und Ausfuhr von Geldkapital haben.

4. Die Finanzwirtschaft, Versicherungen und alle Schlüsselindustrien müssen öffentlich kontrolliert werden. Die Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und der Fischerei muß von den demokratischen Institutionen des Volkes geleitet werden.

5. Alle Bodenschätze gehören qua natürlichem Recht dem ganzen Volk (der Nation). Die Ausbeutung und Verarbeitung dieser Ressourcen wird nationalisiert bzw. unter öffentliche Kontrolle gestellt. Ein nationales Programm über die Nutzung unserer Bodenschätze und Energieressourcen wird erstellt, um ihre Ausbeutung auf planvolle und kontrollierte Weise fortlaufend zu überwachen.

6. Das Land ist eine dieser natürlichen Ressourcen, auf die kein einzelner und keine Gruppe einen absoluten Anspruch besitzt. Es muß gemäß den Interessen der Nation in Familien- oder kooperativen Eigentumsformen genutzt und verwaltet werden. Es wird eine Obergrenze festgelegt für die Landfläche, die ein einzelner besitzen darf. Diese soll sich jedoch nicht ausschließlich an der Fläche, sondern vielmehr am Verhältnis zu den Möglichkeiten der produktiven Nutzung orientieren. Große Güter werden aufgeteilt und an Gruppen mit mehreren Familien zur kooperativen Bewirtschaftung übergeben. Nur in der irischen Republik ansässige Bürger sollen das Recht haben, in Irland Land zu besitzen, zu erwerben oder zu pachten. Bauland soll nicht zur privaten Bereicherung genutzt werden. Es wird stattdessen vom Staat oder der entsprechenden lokalen Verwaltung zu einem Preis, der seinem landwirtschaftlichen Wert entspricht, übernommen. Das Land wird dann dem Staat, dem einzelnen oder der Körperschaft, die es bewirtschaftet, übereignet. Der Besitzer wird entschädigt oder erhält den Anspruch auf ein entsprechendes Stück Land anderswo. Die Grundrente wird abgeschafft.

7. Keiner Person soll die Möglichkeit zur Ausbeutung einer anderen gegeben werden. Dabei muß man zwischen zwei Arten von Eigentum unterscheiden:
a) Sinn Fein anerkennt das substanzielle Recht der Menschen auf nicht produktives Eigentum wie ein Haus, Kleidung, Nahrung etc. Wir akzeptieren auch das Recht auf Eigentum an kleinen Unternehmen.
b) Wir bestreiten das Recht auf Privateigentum an produktiven Gütern wie z.B. großen Farmen oder Fabriken. Diese Art von Besitz schließt die Ausbeutung der Arbeitskraft anderer zur persönlichen Bereicherung ein und widerspricht republikanischen Prinzipien. Solche Unternehmen sollten in Gemeineigentum überführt werden.
c) Gemeineigentum und Kontrolle wird verstanden als Kontrolle auf der niedrigstmöglichen Verwaltungsebene gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerung.

8. In allen anderen Bereichen wird das Hauptinstrument der wirtschaftlichen Entwicklung in kooperativen Unternehmungen in der Produktion, der Distribution und im Handel bestehen, basierend auf industrieller Demokratie und auf der Comhar ne gComharsan-Philosophie, die auf dem Recht des Arbeitereigentums beruht, typisch irisch ist und sich durch Kooperation und gerechte Verteilung auszeichnet.

9. Privatunternehmen werden keinen Platz in den Schlüsselindustrien haben, und durch staatliche Anreize werden kooperative Projekte als die sozial wünschenswertesten begünstigt werden. Keinem Nicht-Iren wird es gestattet sein, einen kontrollierenden Einfluß in einem irischen Unternehmen auszuüben. Kleine örtliche Geschäfte sind erlaubt, solange sie sich nicht der Ausbeutung bedienen. Eine Obergrenze für den Geschäftsbesitz wird festgelegt. Alles, was diese Grenze übersteigt, wird in Gemeineigentum oder kooperatives Eigentum überführt. Dort wo privates Eigentum erlaubt ist, wird es eine Arbeitermitverwaltung geben.

10. Jeder soll freien Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten entsprechend den individuellen Fähigkeiten haben. Dieses Recht gilt auch für die medizinische und soziale Versorgung.

11. Jede Familie hat das Recht auf Eigentum und eine Wohnung.

12. Rechtssicherheit gegenüber willkürlichem Arrest und Inhaftierung wird garantiert.

13. Alle Bürger genießen ohne Unterschie des Geschlechts, des Alters und der Religion gleiche Rechte.

14. Die irische Sprache und irische Kultur werden wesentlicher Bestandteil unserer nationalen Bemühungen sein, und ihrer Förderung werden wir besondere Aufmerksamkeit schenken. Sinn Fein arbeitet auf eine Situation hin, in der Irisch zur Alltagssprache der Menschen wird.

15. In der Außenpolitik werden wir einen unabhängigen Standpunkt einnehmen. Die unabhängige irische Republik wird sich in allen Konflikten der Machtblöcke neutral verhalten. Machtblöcke wie NATO und EG auf der einen und COMECON und Warschauer Pakt auf der anderen Seiten werden wir meiden. Der Handel mit den kleineren und neutralen Staaten Europas und mit den Ländern der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika wird erweitert. Wir haben mehr Gemeinsamkeiten mit den Entwicklungsländern der Welt (wo ⅔ der Weltbevölkerung leben) als mit dem reichen Club ehemaliger Kolonialmächte in der EG – und so hoffen wir, uns in der Gruppe der Blockfreien einreihen zu können.

„Eire Nua" – neues Irland
Das soziale und wirtschaftliche Programm der Sinn Fein
1. Die Reichtümer Irlands gehören dem irischen Volk, das allein das Recht hat, sie zu nutzen und in seinem Interesse zu entwickeln.
2. Um Gerechtigkeit für alle zu garantieren, müssen die Produktionsmittel, die Distrubution und der Warenaustausch vom Volk kontrolliert und demokratisch verwaltet werden.
3. Der Staat soll die vollständige Kontrolle über Einfuhr und Ausfuhr von Geldkapital haben.
4. Die Finanzwirtschaft, Versiche-
Staat oder der entsprechenden lokalen Verwaltung zu einem Preis, der seinem landwirtschaftlichen Wert entspricht, übernommen. Das Land wird dann dem Staat, dem einzelnen oder der Körperschaft, die es bewirtschaftet, übereignet. Der Besitzer wird entschädigt oder erhält den Anspruch auf ein entsprechendes Stück Land anderswo. Die Grundrente wird abgeschafft.
7. Keiner Person soll die Möglichkeit zur Ausbeutung einer anderen gege-
werden. Keinem Nicht-Iren wird es gestattet sein, einen kontrollierenden Einfluß in einem irischen Unternehmen auszuüben. Kleine örtliche Geschäfte sind erlaubt, solange sie sich nicht der Ausbeutung bedienen. Eine Obergrenze für den Geschäftsbesitz wird festgelegt. Alles, was diese Grenze übersteigt, wird in Gemeineigentum oder kooperatives Eigentum überführt. Dort wo privates Eigentum erlaubt ist, wird es eine Arbeitermitverwaltung geben.
die offiziellen, also RUC (Royal Ulster Constabulary, nordirische Polizei, Red.) und UDR (Ulster Defence Regiment), wie die inoffiziellen, UDA (Ulster Defence Association) und von ihr abstammende Organisationen vergleichbar sind mit einer Geheimarmee, z.B. der OAS in Algerien 1954 bis 1962 ... Die „Unabhängigen 6 Counties", die Paisley (protestantischer Pfarrer, militanter Führer der loyalistischen Ulster-Fraktion) als zweite und die UDA als erste Alternative zur direkten britischen Herrschaft anstreben, sind eine sehr gefährliche Sache. Das würde
während die herrschende Klasse, die alte Aristokratie und das Großkapital beide Teile ausbeuten ... Zuerst muß die Machtstruktur zerbrochen werden. Die Privilegien eines Teils gegenüber dem anderen und die Macht und Ausbeutungsgewalt der herrschenden Klasse müssen für immer beseitigt sein, bevor wir eine Situation der völligen Gleichberechtigung im irischen Volk schaffen können, eine demokratische sozialistische Republik für ganz Irland mit der völligen Trennung von Kirche und Staat, auf Grundlage der Beseitigung der kolonialen und neokolonia-
Wir wissen, daß der internationale Druck die Briten zu der Zeit des letzten Hungerstreiks (1980) in große Verlegenheit brachte, so daß die Leute sagen: Warum wollen die Briten die Sache nicht begraben und vergessen machen, warum verweigern sie eine Lösung? – Nun, ich glaube, man muß sich in Erinnerung rufen, daß der Kampf in den Gefängnissen nur eine besondere Front im andauernden Befreiungskampf in Irland ist. Und die Briten hoffen, der republikanischen Bewegung in den Gefängnissen eine Niederlage – vor allem eine psycholo-
ren Exkrementen leben. Dieser Mut angesichts solcher Widerwärtigkeiten war tatsächlich den Genossen und dem Volk draußen beispielhaft in ihrer Opferbereitschaft, ihrer Ausdauer und ihrem Pflichtgefühl ... Auch die Mobilisierung draußen und der Aufbau einer breiten Front zur Unterstützung im Volk in den letzten eineinhalb Jahren waren ein großes Plus, ebenso die starke Beteiligung der Jugend. Wir denken, daß so, wie durch die Bürgerrechtsbewegung von 1968/69, viele junge Leute zum ersten Mal mit dem politischen und nationalen Befreiungskampf in Berührung kamen, was jetzt auch durch die H-Block /Armagh-Kampagne geschieht ... Andererseits hat der totale Einsatz der Bewegung für die Gefangenensache sie von ihrem normalen Tageskampf abgehalten und sie fast vollständig auf eine Front eingeschränkt ... Das ist nicht gut. Wenn das lange Zeit so geht, könnte es sich organisatorisch schlecht für die Bewegung auswirken. So haben wir neben Gewinnen für die Bewegung in gewisser Hinsicht auch Verluste gehabt. Das ist ein Grund, weshalb wir die Wiederaufnahme des Hungerstreiks nicht begrüßten ... Von den Berichten draußen und aus meiner Einschätzung, die ich im Ausland, in Europa und den USA in den letzten Wochen gewonnen habe, kann ich sagen, daß die Aufmerksamkeit für Irlands Kampf um
kalen Organisationen und nationalen Befreiungsorganisationen in den zwölf Mitglieds- und angeschlossenen Staaten der EG unterschrieben. Darüberhinaus wenden wir uns gegen die Machtblöcke, die politischen, militärischen und ökonomischen in Ost und West. Wir bereiten uns auf die Mitgliedschaft in der Blockfreienbewegung vor ...
Spaltung der republikanischen Bewegung 1969/70 und weitere Entwicklung der Sinn Fein
... Diejenigen, die sich heute „Sinn Fein the Workers Party" (Officials, Red.) nennen, hatten vor, vom bewaffneten Kampf abzulassen und den verfassungsmäßigen Weg durch diese imperialistischen, kolonialen und neokolonialen parlamentarischen Institutionen in London, Belfast und Dublin zu gehen ... Das heißt auch Aufrechterhaltung der Marionettenregierung in Belfast (Stormont) und der Versuch, sie zu demokratisieren, was natürlich unmöglich war. Sie ist längst abgeschafft worden im Kampf gegen die republikanische Bewegung ... Sie haben sich vollkommen vom nationalen Befreiungskampf entfernt. Jetzt sind sie schon fast bei der „Zwei-Staaten-Theorie" für Irland ... Nach der Abspaltung wurde auf der ersten Sitzung des ZK am 17.1.1970 eine Erklärung entworfen mit dem Titel „Wo Sinn

Die Dritte Welt und der Kampf gegen den Krieg

Noch einmal zum Artikel ,,Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg" (KVZ 28, Seite 9). – Ein Teil dieses Leserbriefs war bereits in KVZ 32/81 abgedruckt. Der Autor hält den ersten, nicht veröffentlichten Teil seines Briefs für wesentlicher und bat um Veröffentlichung.

Der Artikel beantwortet die Frage nicht klar, ob eine Verhinderung der Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa – auch wenn sie zunächst einseitig geschieht – die Kampfbedingungen gegen den drohenden Krieg verbessert oder nicht. Der Genosse Plümer fragt, ob die Überlegungen von Teilen der Gewerkschaftsbewegung, daß eine einseitige Verhinderung der US-Raketen nicht möglich sei, hergeholt sind. Natürlich sind sie nicht hergeholt, aber sind sie so richtig? Der Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist ja, daß die westeuropäischen Völker im Kampf gegen die Kriegsgefahr alleine stehen, und daß deshalb die westeuropäischen Völker es auch im wesentlichen sind, die eine Antwort auf den sowjetischen Expansionismus geben müssen. Sie stehen aber nicht allein. Der Kampf der Völker der 3. Welt ist nach wie vor der Hauptfaktor gegen den drohenden Krieg und richtet sich in zunehmendem Maß auch gegen die Sowjetunion. Der Kampf der osteuropäischen Völker mit dem polnischen Volk an der Spitze trifft direkt die Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion in Europa. Dies zeigt meiner Meinung nach, daß in Europa – das wie keine andere Region der Erde blockmäßig von den Supermächten aufgeteilt ist – die Möglichkeiten der Blockfreiheit wachsen, und zwar durch die selbständigen Beiträge der europäischen Völker in Ost und West und ihren Zusammenschluß auf Grundlage dieser selbständigen Beiträge. In dieser Lage wäre es ein Rückschritt, wenn man die Nichtstationierung der US-Raketen an gleichzeitige Schritte der Sowjetunion binden würde, und damit die Initiative der Diplomatie der Supermächte überlassen würde. Im übrigen ist es – was die Lage in der Gewerkschaftsbwegung betrifft – sicher kein Zufall, daß die Verbreitung der Solidarität mit Solidariność ebenfalls auf Schwierigkeiten stößt, weil es Kräfte gibt, die ,,die Sowjetunion nicht reizen" wollen.

Ich halte die Ausgangsfragen des Artikels für verkürzt. Es geht gleich mit dem Kräfteverhältnis zwischen den beiden Supermächten los. Der Befreiungskampf der Völker der 3. Welt wird nur dahingehend untersucht, wie er dies Kräfteverhältnis beeinflußt. Wie aber sieht es mit dem Kräfteverhältnis zwischen der 3. Welt und den beiden Supermächten aus? Indirekt geht der Artikel davon aus, daß die Rivalität der beiden Supermächte zum Hauptwiderspruch in der Welt geworden ist, und nicht der Widerspruch zwischen den Völkern der 3. Welt und dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Meiner Meinung nach gibt es zwar Anzeichen einer Entwicklung in diese Richtung, aber der Hauptwiderspruch hat sich noch nicht verschoben. Eine Spaltung der Völker der 3. Welt seitens der beiden Supermächte in Blöcke ist noch nicht gelungen. Die Rückschläge der USA resultieren denn auch nicht aus einem Erstarken der Sowjetunion, sondern aus einem Erstarken der Befreiungsbewegungen; die wachsenden Schwierigkeiten der SU in Kampuchea, Afghanistan und Polen resultieren nicht aus einer neuen Offensive der USA, sondern ebenfalls aus einem Erstarken der Völker ...

G.H., Hannover

Rechenschaft notwendig

Zu der Rezension ,,Partei kaputt" (KVZ 30/81, Seite 4)

Auf die Rezension des Buches ,,Partei kaputt – Das Scheitern der KPD" hin habe ich mir dieses Buch gekauft und gelesen. Ich bin mit dem Rezensent einer Meinung, daß die drei früheren Funktionäre der KPD sehr sachlich einige Ursachen des Scheiterns dieser Organisation zumindest angerissen haben.

Allerdings meine ich, daß der Schreiber der KVZ-Zeilen allzuleicht über erschreckend viele Ähnlichkeiten mit der Entwicklung des KBW hinweggegangen ist und den Kritikansatz eher verharmlost. Ganz offensichtlich nämlich dürfte auch der KBW zwischenzeitlich an einem End- und Wendepunkt angelangt sein. Der gesamten programmatischen Basis beraubt, schleicht die politische Arbeit dieser Organisation dahin, ohne daß sie noch die geringsten Spuren in der linken Landschaft hinterläßt. Noch immer werden Grundsatzartikel veröffentlicht in der Manier von Beschlüssen, obwohl man der Bewegung gegenüber eher mit Vorschlägen auftreten sollte, oder besser, bei der Größe und dem Einfluß des KBW nur mit Vorschlägen auftreten darf. Das Gegenteil ist der Fall, und ich frage mich, ob das nicht auch ,,Ochsenfroschpolitik" ist.

Hätte der Rezensent ebenso ,,nüchtern und zumeist einleuchtend" die aktuelle Lage des KBW eingeschätzt, dürfte ihm bei Lektüre des Buches auch die Frage gekommen sein, warum der KBW jetzt nicht offen und klar der linken Bewegung die Inventur und die Bilanz seiner Arbeit offenlegt.

Ich möchte nicht den Eindruck aufkommen lassen, hämisch und händereibend dem Ende des KBW entgegenzusehen. Das Gegenteil ist der Fall. Aber auch der KBW hat einfach die Pflicht, und es würde von politischer Dummheit zeugen, sich ihr zu entziehen, Rechenschaft über die Ergebnisse einer Politik abzulegen und die Verantwortung zu übernehmen. Und ich habe Angst, daß man sich hier still und leise ein anderes Mäntelchen anziehen wird und sich aus dieser Verantwortung stehlen möchte.

Ein Indiz hierfür scheint mir der Vorwurf des Rezensenten zu sein, die ehemaligen KPD-Funktionäre könnten heute keine Konsequenzen der weiteren politischen Arbeit angeben. Gerade dies aber macht ihr Anliegen ja ehrlich und sympathisch. Der Typus des ,,Parteiidioten", der 5, 7 oder 10 Jahre lang eine bestimmte Politik vertritt und bei deren Untergang sich an die nächstbeste hängt ohne Verarbeitung seiner bisherigen Fehler, ist hinlänglich aus der ML bekannt. Solche Verhaltensweisen werfen aber auch ein schlimmes Licht auf die Bildungsarbeit einer Organisation

Auch wenn es nicht in der Absicht des Verfassers lag: Derartige Äußerungen sind ein Stempel, mit dem seit jeher alle nicht ,,wegweisenden" Kritiken und Vorschläge versehen und dann abgelegt wurden.

D.T., Wiesbaden

Absage an revolutionäre Militärpolitik

Zum Artikel ,,Ist die Bundeswehr eine demokratische Armee?" (KVZ 31, S. 14)

Volker Lehmann meint in seinem Artikel, von der Bundeswehr dann als demokratischer Armee sprechen zu können, wenn sie statt der parlamentarischen Kontrolle einer direkten Kontrolle durch die Massen unterliegen würde. Konkret soll das so aussehen: mehr Rechte für die Mannschaften, Verringerung der Macht der Generalität, die Gewerkschaften und Betriebsräte sollen ,,direkten Einfluß (?) auf die ‚Gesamtverteidigung', das Territorialheer und die Reservistenorganisationen gewinnen".

Mal abgesehen davon, daß hier nicht einmal von der Wahl der Offiziere die Rede ist, stellt diese Position eine Absage an eine revolutionäre Militärpolitik dar. Bisher war der KBW richtigerweise an Marx, Engels und Lenin anknüpfend davon ausgegangen, daß die Bundeswehr als Armee der Bourgeoisie zerschlagen und durch die allgemeine Volksbewaffnung *ersetzt* werden muß (s. Programm). Zu diesem Zweck wurde als wesentlicher Schritt die Zersetzung der Bundeswehr unterstützt. Nichts davon in diesem grundsätzlichen Artikel zum Verhältnis Gewerkschaften-Armee.

Für Volker L. hingegen ist der nicht näher ausgeführte ,,direkte Einfluß" von Gewerkschaften und Betriebsräten ,,*eine solche* Verwirklichung der Volksbewaffnung". Heißt das etwa, daß die nicht ‚direkt beeinflußte' BW eine andere, halt noch nicht so demokratische Verwirklichung der Volksbewaffnung ist? Lenin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß eine bürgerliche Armee auch mit noch so demokratischen Formen zwangsläufig ein Instrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse bleibt und daß in der Geschichte aufsteigende Gesellschaftsklassen nur bei völliger Zersetzung des alten Heeres erfolgreich die Herrschaft erlangen und befestigen konnten (vgl. Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Peking 1972, S. 79). Der unausgesprochene Hintergrund des KVZ-Artikels scheint mir zu sein, daß die Volksbewaffnung von Volker L. und der Leitung des KBW nicht mehr als Mittel der Revolution, sondern der Vaterlandsverteidigung gesehen wird. Insofern nützt dann wohl eine Schwächung der Kampffähigkeit der BW nur dem Sozialimperialismus?! Lenin hat übrigens die Vertreter einer solchen Position als ,,die reaktionären oder einfach feigen Spießer" (ebd.) bezeichnet.

Nun mag ja Lenin in vielfacher Hinsicht nicht mehr auf heute übertragbar sein; ich halte es jedoch für einen miesen Stil, einfach neue Positionen in die Welt zu setzen, ohne unsere bisherigen Ansichten zu kritisieren.

Überhaupt ist die Kritik am BW-DGB-Papier äußerst dürftig. Außer der Unterordnung unter NATO/USA führt Volker L. an, daß die DKP ,,*leicht*" das Papier ,,für weitere Spaltungstätigkeit in der Arbeiterbewegung" (welche?) ausnutzen ,,*kann*", während ,,*auch* die Generalität" es für Unterdrückung gegen die Soldaten ,,*wird ... nutzen wollen*". Entscheidend wäre es gewesen, nachzuweisen, daß die Armee auch heute noch ,,ein Mittel des Obrigkeitsstaates (ist), die Forderungen organisierter Arbeitnehmer und die Entfaltung des demokratischen Willens der Bürger zu unterdrücken". (BW-DGB-Papier, in: FR 6.8.). Manöverlagen, in denen Truppen gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden sollen, sind doch genug bekannt. Die wichtigste praktische Bedeutung der BW-DGB-Erklärung liegt m.E. in folgendem Satz:

,,Die Bundeswehr und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind darum entschlossen, solche Vorbehalte (aus dem historischen Spannungsverhältnis) auszuräumen." Nicht umsonst hatte Siegfried Mertens aus dem ÖTV-Vorstand letztes Jahr schon gefordert, daß öffentliche Rekrutenvereidigungen in Anwesenheit von Arbeitern und Gewerkschaftern durchgeführt werden sollten.

M.H., Hamburg

Fortsetzung von Seite 3
1976 verabschiedete die Delegiertenkonferenz die Resolution über auswärtige Beziehungen, die klar unsere Opposition zu allen Formen des Imperialismus festlegte ... 1977 kam das ,,National Offshore"-Dokument über die Zugehörigkeit, die Entwicklung und den Schutz der küstennahen Reichtümer heraus ... In Überprüfung der bisherigen politischen Entwicklung haben wir dann auf der Delegiertenkonferenz 1979 das ursprüngliche ,,Eire Nua"-Programm auf Stand gebracht (s. Kasten) ... Auf der Grundlage der Schrift ,,Women in the New Ireland" entstand im letzten Herbst ein Frauenressort von Sinn Fein. Ebenso wurden Gewerkschafts- und Jugendressorts eingerichtet ... Hand in Hand mit dieser Entwicklung eines bestimmten radi-
selbständigen Beiträge. In dieser Lage wäre es ein Rückschritt, wenn man die Nichtstationierung der US-Raketen an gleichzeitige Schritte der Sowjetunion binden würde, und damit die Initiative der Diplomatie der Supermächte überlassen würde. Im übrigen ist es – was die Lage in der Gewerkschaftsbwegung betrifft – sicher kein Zufall, daß die Verbreitung der Solidarität mit Solidariność ebenfalls auf Schwierigkeiten stößt, weil es Kräfte gibt, die ,,die Sowjetunion nicht reizen" wollen.
Ich halte die Ausgangsfragen des Artikels für verkürzt. Es geht gleich mit dem Kräfte-
entsenden. Dort überall muß wieder an Boden gewonnen werden. Im Süden beteiligt sich die Gewerkschaftsbewegung an ‚nationale Lohnabkommen' (eine Art ‚Konzertierte Aktion', Red.) und Absprachen und unterstützt so das kapitalistische Ausbeutersystem. Es gibt also viel zu tun. Und es ist wichtig, daß wir mit dem Volk zusammen den täglichen Kampf führen und daß wieder gesehen wird, was wir tun. Die Menschen müssen uns nicht nur beim Wort nehmen können, sondern auch in unseren Taten erkennen, welche Haltung wir einnehmen und wie weit wir mit ihnen zusammen gehen wollen ...
Die Imperialisten haben bisher einen gewissen Erfolg insofern gehabt, als sie den nationalen Unabhängigkeitskampf getrennt halten konnten vom sozialen, ökonomischen und kulturellen Kampf.
Auf die Rezension des Buches ,,Partei kaputt – Das Scheitern der KPD" hin habe ich mir dieses Buch gekauft und gelesen. Ich bin mit dem Rezensent einer Meinung, daß die drei früheren Funktionäre der KPD sehr sachlich einige Ursachen des Scheiterns dieser Organisation zumindest angerissen haben.
Allerdings meine ich, daß der Schreiber der KVZ-Zeilen allzuleicht über erschreckend viele Ähnlichkeiten mit der Entwicklung des KBW hinweggegangen ist und den Kritikansatz eher verharmlost. Ganz offensichtlich nämlich dürfte auch der
England und der republikanische Kampf
Sinn Fein sieht, daß das Volk in England, Schottland und Wales über die Beherrschung und Ausbeutung des irischen Volkes nicht frohlocken kann. Sie sind selbst Opfer des englischen wie des Weltimperialismus ... Es gibt also keine Feindseligkeit gegenüber dem englischen Volk. Wenn Sinn Fein über England spricht und die irische Unabhängigkeitsbewegung über Jahrhunderte hinweg von England sprach, meinen wir nicht das einfache englische Volk, sondern dann ist die englische herrschende Klasse gemeint, die das irische Volk beherrscht und ausbeutet so wie lange Zeit einen großen Teil der Welt ... Als z.B. vor einigen Jahren die befreundeten Delegationen auf der
Typus des ,,Parteiidioten", der 5, 7 oder 10 Jahre lang eine bestimmte Politik vertritt und bei deren Untergang sich an die nächstbeste hängt ohne Verarbeitung seiner bisherigen Fehler, ist hinlänglich aus der ML bekannt. Solche Verhaltensweisen werfen aber auch ein schlimmes Licht auf die Bildungsarbeit einer Organisation
Auch wenn es nicht in der Absicht des Verfassers lag: Derartige Äußerungen sind ein Stempel, mit dem seit jeher alle nicht ,,wegweisenden" Kritiken und Vorschläge versehen und dann abgelegt wurden.
D.T., Wiesbaden
Recht auf Selbstbestimmung unterstützen, und kleinere Teile unterstützen auch den bewaffneten Kampf. In der gesamten englischen Arbeiterbewegung jedoch ist das eine zweischneidige Frage. Sie sind zwar sehr gegen den Imperialismus und Faschismus in Chile und an allen möglichen Orten zehntausend Meilen weit entfernt. Aber wenn es um Irland vor ihrer Haustür geht, haben sie eine andere Haltung ... Die ,,Truppen raus"-Bewegung ist zu begrüßen, weil in allen anti-imperialistischen Befreiungskriegen auf der ganzen Welt seit 1945 die gleichzeitige Anti-Kriegsbewegung im imperialistischen Land selbst eine Schlüsselrolle für ihren Erfolg gespielt hat. Deshalb sind wir sehr froh, ... wenn ehemalige britische Soldaten, die in Irland eingesetzt waren, auf der Rednertribüne gegen
Volksbewaffnung ist? Lenin hat zu Recht darauf hingewiesen, daß eine bürgerliche Armee auch mit noch so demokratischen Formen zwangsläufig ein Instrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse bleibt und daß in der Geschichte aufsteigende Gesellschaftsklassen nur bei völliger Zersetzung des alten Heeres erfolgreich die Herrschaft erlangen und befestigen konnten (vgl. Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Peking 1972, S. 79). Der unausgesprochene Hintergrund des KVZ-Artikels scheint mir zu sein, daß die Volksbewaffnung von Volker L. und der Leitung
gegenüber ehrlich sind, den irischen Kampf als das, was er ist, anerkennen müssen ...
Könnte eine Labour-Regierung den Krieg beenden?
Ich hätte da keine großen Erwartungen und würde sie auch in keinen besonderen Führer setzen. Sinn Fein vertraut viel mehr einer Massenbewegung im Volk und den einfachen Labour-Unterstützern und Gewerkschaftern, daß sie Michael Foot (Labour-Vorsitzender, Red.) zu einer korrekten Haltung gegenüber Irland zwingen, ähnlich wie in Amerika zur Zeit des Vietnam-Krieges. Ich denke, das ist viel wichtiger, als einen Führer über den anderen zu stellen. Dieser Druck muß in England aufgebaut werden gegen den ganzen Krieg in Irland und die britische Prä-
Erklärung liegt m.E. in folgendem Satz:
,,Die Bundeswehr und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind darum entschlossen, solche Vorbehalte (aus dem historischen Spannungsverhältnis) auszuräumen." Nicht umsonst hatte Siegfried Mertens aus dem ÖTV-Vorstand letztes Jahr schon gefordert, daß öffentliche Rekrutenvereidigungen in Anwesenheit von Arbeitern und Gewerkschaftern durchgeführt werden sollten.
M.H., Hamburg

Fortsetzung von Seite 3

1976 verabschiedete die Delegiertenkonferenz die Resolution über auswärtige Beziehungen, die klar unsere Opposition zu allen Formen des Imperialismus festlegte ... 1977 kam das ,,National Offshore"-Dokument über die Zugehörigkeit, die Entwicklung und den Schutz der küstennahen Reichtümer heraus ... In Überprüfung der bisherigen politischen Entwicklung haben wir dann auf der Delegiertenkonferenz 1979 das ursprüngliche ,,Eire Nua"-Programm auf Stand gebracht (s. Kasten) ... Auf der Grundlage der Schrift ,,Women in the New Ireland" entstand im letzten Herbst ein Frauenressort von Sinn Fein. Ebenso wurden Gewerkschafts- und Jugendressorts eingerichtet ... Hand in Hand mit dieser Entwicklung eines bestimmten radikalen alternativen Weges arbeiteten wir seit 1973 ein politisches Erziehungsprogramm aus mit dem Ziel aufzuzeigen, daß wir eine anti-imperialistische, anti-koloniale Bewegung sind und nicht nur eine Bewegung ,,Briten raus aus Irland!" und den Aufbau eines besonderen ,,Typus Irland" anstreben. Daß wir dazu als einfaches Volk, Arbeiter, kleine Bauern und Fischer eine eindeutige Meinung haben. Die Fortschritte und die Entwicklung der Bewegung während der letzten 11 Jahre waren eindeutig. Durch die Propaganda derer, die den reformistischen Weg gegangen sind und sich politisch verrannt haben, durch die Verdrehungen seitens der Briten, der Loyalisten und der Dublin-Regierung hat es einige Zeit gedauert, bevor unsere wirkliche und jetzige Position zu all diesen Dingen auf den europäischen Kontinent und weiter durchgedrungen ist ...

Das Gewerkschaftsressort

... hat eine schwere Aufgabe. Die organisierte Gewerkschaftsbewegung hat in der nationalen Frage keine gute Position ... In einigen Gewerkschaften im Norden dominieren die Loyalisten, und das bedeutet, daß die gesamtirische Gewerkschaftsbewegung zögert, eine geschlossene anti-imperialistische Position einzunehmen ... Das ,,Northern Committee" Nordirlands ist fast vollkommen autonom gegenüber dem ICTU (Irisch Congress of Trade Unions = gesamtirischer Gewerkschaftsverband, Red.) ... Tatsächlich sind sie so weit gegangen, einen Vertreter in das Beratergremium der den Briten unterstehenden militaristischen Polizei zu entsenden. Dort überall muß wieder an Boden gewonnen werden. Im Süden beteiligt sich die Gewerkschaftsbewegung an ‚nationale Lohnabkommen' (eine Art ‚Konzertierte Aktion', Red.) und Absprachen und unterstützt so das kapitalistische Ausbeutersystem. Es gibt also viel zu tun. Und es ist wichtig, daß wir mit dem Volk zusammen den täglichen Kampf führen und daß wieder gesehen wird, was wir tun. Die Menschen müssen uns nicht nur beim Wort nehmen können, sondern auch in unseren Taten erkennen, welche Haltung wir einnehmen und wie weit wir mit ihnen zusammen gehen wollen ...

Die Imperialisten haben bisher einen gewissen Erfolg insofern gehabt, als sie den nationalen Unabhängigkeitskampf getrennt halten konnten vom sozialen, ökonomischen und kulturellen Kampf.

Bewaffneter Kampf und Katholizismus

... In ganz Irland bekennen sich etwa 75% der Bevölkerung zum Katholizismus, und 90% von ihnen wiederum gehen wahrscheinlich jeden Sonntag zur Messe ... Ich würde sagen, daß die irisch-republikanische Bewegung die Religionszugehörigkeit als private und persönliche Angelegenheit betrachtet ... Als der Papst 1979 nach Irland kam, war das natürlich ein neuer Einschnitt, und wir haben uns gefreut, ihn bestätigen zu hören, daß der Konflikt in Irland kein Religionskrieg ist. Was er jedoch nicht eingestand, war, daß es ein nationaler Befreiungskampf ist und es hier um eine nationale Frage geht ... Man hätte mehr von einem Mann wir Papst Johannes Paul II. erwarten sollen, der aus Polen kommt und sich eigentlich über Besetzung durch fremde Armeen, Teilung und den Versuch, Polen von der Landkarte verschwinden zu lassen, klar sein sollte ... Nachdem wir den Papst gehört hatten, traf sich der Nationale Rat von Sinn Fein und entwarf eine durchdachte, vorsichtig formulierte, respektvolle und höfliche Antwort an den Papst, in der wir betonten, daß Sinn Fein sich mit ihm einig sei in dem Willen, einen wahrhaften Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit zu erreichen. Und wir fügten hinzu, daß die Hauptverantwortung dafür bei der britischen Regierung liegt, bei deren Weigerung, dem irischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, was den Konflikt verursacht ...

England und der republikanische Kampf

Sinn Fein sieht, daß das Volk in England, Schottland und Wales über die Beherrschung und Ausbeutung des irischen Volkes nicht frohlocken kann. Sie sind selbst Opfer des englischen wie des Weltimperialismus ... Es gibt also keine Feindseligkeit gegenüber dem englischen Volk. Wenn Sinn Fein über England spricht und die irische Unabhängigkeitsbewegung über Jahrhunderte hinweg von England sprach, meinen wir nicht das einfache englische Volk, sondern dann ist die englische herrschende Klasse gemeint, die das irische Volk beherrscht und ausbeutet so wie lange Zeit einen großen Teil der Welt ... Als z.B. vor einigen Jahren die befreundeten Delegationen auf der Delegiertenkonferenz von Sinn Fein vorgestellt wurden, galt der größte und wärmste Empfang einer jungen Frau, die die ,,Truppen raus"-Bewegung vertrat ... In der englischen Linken gibt es natürlich Elemente, die Irlands Recht auf Selbstbestimmung unterstützen, und kleinere Teile unterstützen auch den bewaffneten Kampf. In der gesamten englischen Arbeiterbewegung jedoch ist das eine zweischneidige Frage. Sie sind zwar sehr gegen den Imperialismus und Faschismus in Chile und an allen möglichen Orten zehntausend Meilen weit entfernt. Aber wenn es um Irland vor ihrer Haustür geht, haben sie eine andere Haltung ... Die ,,Truppen raus"-Bewegung ist zu begrüßen, weil in allen anti-imperialistischen Befreiungskriegen auf der ganzen Welt seit 1945 die gleichzeitige Anti-Kriegsbewegung im imperialistischen Land selbst eine Schlüsselrolle für ihren Erfolg gespielt hat. Deshalb sind wir sehr froh, ... wenn ehemalige britische Soldaten, die in Irland eingesetzt waren, auf der Rednertribüne gegen den irischen Krieg sprechen ... Was die revolutionäre Linke betrifft, so binden wir uns an keine besondere Gruppe ... Wir fordern sie zur Unterstützung unseres Kampfes auf und glauben, daß sie, wenn sie sich selbst gegenüber ehrlich sind, den irischen Kampf als das, was er ist, anerkennen müssen ...

Könnte eine Labour-Regierung den Krieg beenden?

Ich hätte da keine großen Erwartungen und würde sie auch in keinen besonderen Führer setzen. Sinn Fein vertraut viel mehr einer Massenbewegung im Volk und den einfachen Labour-Unterstützern und Gewerkschaftern, daß sie Michael Foot (Labour-Vorsitzender, Red.) zu einer korrekten Haltung gegenüber Irland zwingen, ähnlich wie in Amerika zur Zeit des Vietnam-Krieges. Ich denke, das ist viel wichtiger, als einen Führer über den anderen zu stellen. Dieser Druck muß in England aufgebaut werden gegen den ganzen Krieg in Irland und die britische Präsenz in Irland. Das ist, glaube ich, eine viel stabilere Basis. Was Tony Benn (Führer der Linken innerhalb der Labour Party, Red.) betrifft, so halte ich seine Haltung allerdings für viel gesünder als die von Mister Foot.

Aufruf des DGB zur Unterschriftensammlung ab 1. September

ped. Vom DGB nichts Neues? Der DGB hält an der Entspannungspolitik fest. Die Besetzung Afghanistans und die Nichtratifizierung von Salt II greift er als Bruch der Entspannungspolitik an. Aber (noch) als Betriebsunfall, ohne den Schluß zu ziehen, daß das Setzen auf einen Entspannungswillen der Supermächte realer Grundlagen entbehrt und den Tatsachen widerspricht. Fortsetzung der Entspannung, Abrüstung der Mittelstreckenraketen in Ost und West liegt im europäischen Interesse, schreibt der DGB. Aber diese Interessen sind halt nicht die der Supermächte. Die Entspannungspolitik, die etwa in bezug auf das Verhältnis Westdeutschlands zu Polen ihren Nutzen hatte, hat in bezug auf den Kurs der beiden Supermächte seit dem 2. Weltkrieg keine Wirkung gehabt, das ratifizierte Salt I-Abkommen etwa hat kein einziges Waffenarsenal der Supermächte geleert. Streben nach Vorherrschaft und Unterjochung kleinerer Staaten und Nationen sind an der Tagesordnung.

Deshalb wäre es günstig gewesen, der DGB hätte sich aufgerafft zur Formulierung der Konsequenzen aus den europäischen Interessen, so wie sie mit den Forderungen nach Blockfreiheit, der Loslösung und des Kampfes gegen beide Supermächte, der in Westdeutschland über die Verhinderung der US-Raketenstationierung und den Austritt aus der NATO verlaufen müßte, bereits als Elemente in der gewerkschaftlichen Diskussion vorhanden sind. Der Vorteil des DGB-Aufrufs ist aber wenigstens, daß er nicht Appell des Bundesausschusses sein soll, sondern Gegenstand einer Unterschriftenaktion, die „vor den Betrieben und auf öffentlichen Plätzen in den Städten und Gemeinden" durchgeführt werden soll. Das kann in breitem Umfang die Gewerkschaftsbewegung in die direkte, öffentliche Auseinandersetzung um den Kurs gegen den drohenden Krieg hineinziehen mit der Folge, daß der DGB anders aus dieser Aktion herauskommen wird, als er in sie hineingegangen ist.

Der Aufruf sticht gegenüber den pro-sowjetischen wie den pro-amerikanischen Kräften, während sein Verhandlungsaufruf an die beiden Supermächte sich als untauglich, traumtänzerisch herausstellen wird und die Alternativen für das westdeutsche Volk nur noch klarer stehen werden: Entweder Kanonenfutter der USA als Teil der NATO oder Ausbruch aus der Bindung an die Politik einer der beiden Supermächte, Blockfreiheit sowohl in der Außen- wie in der Verteidigungspolitik, was im europäischen Rahmen realisierbar ist.

In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.

Die Arbeitnehmer wissen: Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.

Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht werden und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.

Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.

Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren Auftrag erfüllen.

In diesem Bewußtsein haben sich die Gewerkschaften stets für einen dauerhaften Völkerfrieden eingesetzt. Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung.

Heute ist der Frieden mehr denn je gefährdet. Überall auf der Welt wachsen Spannungen. Konflikte werden immer häufiger mit militärischer Gewalt ausgetragen:

Die Besetzung Afghanistans verletzt das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes und versetzt der Entspannungspolitik einen schweren Schlag. Weitere militärische Aktionen dieser Art könnten das Ende jeder Verständigungsbereitschaft bedeuten.

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Nahen Ostens läßt die militärischen Konfrontationen in diesem Gebiet zu einer ständigen Bedrohung des Weltfriedens werden.

Bürgerkriege und militärische Unterdrückung, wie in El Salvador oder wie in der Türkei, fordern täglich neue Opfer an Menschenleben. Die Unterstützung der regierenden Militärs verlängert die Leiden der unterdrückten Völker.

Politische Auseinandersetzungen in Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika fordern täglich unzählige Menschenleben, führen oft zu Massenvernichtungen und selbst zum Völkermord.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften lehnen die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung politischer und wirtschaftlicher Probleme ab. Sie fordern, daß Friedenspolitik Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben hat. Die einzige Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Internationale Konflikte können nur durch Verhandlungen abgebaut und gelöst werden.

Eine wirkliche Entspannung kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen ein Klima der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere die Beendigung der Besetzung Afghanistans und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.

Die weltweit angehäufte Rüstungspotentiale beschwören die Gefahr herauf, daß ein Krieg alles Leben vernichtet. Ein weiteres Wettrüsten macht das militärische Risiko nicht kalkulierbarer. Es steigert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt mit aller Entschiedenheit die jede menschliche Existenz bedrohende Vorstellung eines begrenzbaren atomaren Krieges. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften fordern eine allgemeine, ausgewogene und kontrollierte Abrüstung, um der lebensbedrohenden Gefährdung insbesondere durch Massenvernichtungswaffen Einhalt zu gebieten. Sie erwarten, daß zwischen den Regierungen alle Gesprächschancen genutzt werden, um zu einer Reduzierung der Rüstungen zu gelangen. Besondere Verantwortung tragen hierbei die großen Militärpakte und insbesondere die beiden Supermächte.

Die Gewerkschaften fordern, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, eine weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen. Dies liegt im gemeinsamen europäischen Interesse.

Unvereinbar mit der Politik der Friedenssicherung ist der Export von Waffen in Spannungsgebiete und Entwicklungsländer. Dadurch werden enorme Mittel gebunden, die für die Überwindung von Hunger und Not notwendig sind.

Eine stabile Friedensordnung setzt deshalb auch die weltweite Beseitigung von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung voraus. Die Gewerkschaften verlangen, daß die Industriestaaten in West und Ost ihrer politischen und moralischen Verpflichtung nachkommen, ihren Einsatz für die Entwicklung der Driten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren unerschütterlichen Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierungen der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen zu nutzen.

Ziel dieser Verhandlungen muß sein:
auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten,
die Produktion von Atomwaffen einzustellen,
die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.

Dies sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot
der Entwicklung
der Herstellung
der Lagerung
der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien
mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Dafür trete ich ein.

den Forderungen nach Blockfreiheit, der Loslösung und des Kampfes gegen beide Supermächte, der in West-
der Außen- wie in der Verteidigungspolitik, was im europäischen Rahmen realisierbar ist.
men, ihren Einsatz für die Entwicklung der Driten Welt zu verstärken. Die Gewerkschaften bekräftigen ihren unerschütterlichen Willen, mit ihren Mitteln die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu ermöglichen.
Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Regierungen der USA und der Sowjetunion auf, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Der deutsche Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, alle ihre Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung solcher Verhandlungen zu nutzen.
Ziel dieser Verhandlungen muß sein: auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, die Produktion von Atomwaffen einzustellen, die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.
Dies sind die unerläßlichen Voraussetzungen für Vereinbarungen über das Verbot der Entwicklung der Herstellung der Lagerung der Weitergabe und der Anwendung
In diesem Jahrhundert haben zwei Weltkriege unermeßliches menschliches Leid gebracht und Millionen von Opfern gefordert. Besonders die Arbeitnehmer und ihre Familien haben die verheerenden Folgen dieser Kriege erfahren und tragen müssen.
Die Arbeitnehmer wissen: Frieden ist die Grundlage für die Beseitigung von Hunger und Elend und die Erreichung sozialer Sicherheit in allen Teilen der Welt.
Frieden ist eine elementare Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt und für die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaft.
Nur im Frieden kann das Lebens- und Selbstbestimmungsrecht aller Nationen verwirklicht werden und die Verständigung zwischen den Völkern gefördert werden.
Nur im Frieden können sich die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen entfalten und demokratische Strukturen entwickeln.
Nur im Frieden können freie und unabhängige Gewerkschaften ihren
einzige Chance für eine dauerhafte Friedenssicherung besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik. Internationale Konflikte können nur durch Verhandlungen abgebaut und gelöst werden.
Eine wirkliche Entspannung kann nur auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens gedeihen. Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um durch vertrauensbildende Maßnahmen ein Klima der Verständigung zwischen den Völkern zu schaffen. Hierzu gehören insbesondere die Beendigung der Besetzung Afghanistans und die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.
Die weltweit angehäufte Rüstungspotentiale beschwören die Gefahr herauf, daß ein Krieg alles Leben vernichtet. Ein weiteres Wettrüsten macht das militärische Risiko nicht kalkulierbarer. Es steigert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt mit aller Entschiedenheit die jede menschliche Existenz bedrohende Vorstellung eines begrenzbaren atomaren Krieges. Der



Frankfurt. Wie fast alle Demonstrationen in den letzten Monaten war die Demonstration gegen die von Oberbürgermeister Wallmann verfügten Ausweisungen der türkischen Staatsangehörigen Dogan Özdemir und Yasar Yilmaz zunächst verboten worden. Praktiziert wird mit den Ausweisungsverfügungen, was von der CDU als Gesetz beabsichtigt ist: Ausweisung bei Teilnahme an „unfriedlichen Demonstrationen". DGB-Jugend, Bund Deutscher Pfadfinder, Deutsche Friedensgesellschaft, die Jusos und die Grünen, Evangelische und Katholische Studentengemeinde usw. haben sich gegen die Ausweisungen ausgesprochen. An der Demonstration am 15.8. nahmen über 1000 Menschen teil.

Sammlungsverbote aufgehoben

bl. Die Versuche, Sammlungen für die Befreiungsbewegungen der Länder der Dritten Welt zu verbieten, sind kaum zu zählen. Die Sammlung des SDS, „Waffen für den Vietcong", für den Befreigungskampf des chilenischen, palästinensischen, für den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Kolonialregime wurden verboten. Bundestagsabgeordnete haben nach einer Meldung der taz jetzt den Berliner Innensenator bedrängt, die Sammlung „Waffen für El Salvador" zu unterbinden. Der Berliner Innensenator hat bedauernd abgewinkt. Das Veto kam vom Bundesverwaltungsgericht. Die Sammlungsverbote gegen das Chilekomitee wurden jetzt – nach sieben Jahren (!) aufgehoben, ebenso die vom Nahost-Komitee organisierte und zunächst verbotene Sammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Oman. Von der hastigen Eile, mit der die beschlagnahmten Sammlungserlöse für den Kampf des Volkes von Zimbabwe *nach* dem Sieg der ZANU freigegeben wurden, war hier nichts zu bemerken, eher von Staubablagerungen in den Gewölben des Bundesverwaltungsgerichts.

Immerhin schaffen die Urteile eine gewisse Erleichterung bei der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Politischen Gewinn wird die Bundesregierung kaum aus den Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts ziehen können, das sich immer auf der Seite der von den Imperialisten gestützten oder ausgehaltenen Regimes – wie der Militärjunta von Chile oder dem Sultanat von Oman – befunden hat. Ebensowenig aus der Begründung der Richter, die Sammlungen „seien so unbedeutend" gewesen, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Regimes objektiv gar nicht hätten gestört werden können. Alle Verbote waren unter Hinweis auf Art. 26 GG, dem Verbot der Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und dem Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges, ausgesprochen worden. Die Bundesverwaltungsrichter haben die etwas kurzlebigen Einschätzungen des Auswärtigen Amtes vom Bestand der ungetrübten freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu Rassistenregimes u.ä. etwas korrigiert. Das „friedliche Zusammenleben der Völker" wird danach nur beeinträchtigt, wenn die Handlung (= Sammlung) zu „ernsten und nachhaltigen Beeinträchtigungen im zwischenstaatlichen Verkehr" führen könne. Theoretische Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe, die gerade derzeit abstrakt die Belange der Bundesrepublik berühren könnten, sind dem Bundesverwaltungsgericht nicht handfest genug. Die Theorie der mittelbaren Beeinflussung eines Angriffskrieges von deutschem Boden aus wird schon gar nicht mehr erwähnt. (*Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Juni 1981, Az: BVerwG 1 C 62.76 und BVerwG 1 C 61.76).*

Befreigungskampf des chilenischen, palästinensischen, für den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Kolonialregime wurden verboten. Bundestagsabgeordnete haben nach einer Meldung der taz jetzt den Berliner Innensenator bedrängt, die Sammlung „Waffen für El Salvador" zu unterbinden. Der Berliner Innensenator hat bedauernd abgewinkt. Das Veto kam vom Bundesverwaltungsgericht. Die Sammlungsverbote gegen das Chilekomitee wurden jetzt – nach sieben Jahren (!) aufgehoben, ebenso die vom Nahost-Komitee organisierte und zunächst verbotene Sammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Oman. Von der hastigen Eile, mit der die beschlagnahmten Sammlungserlöse für den Kampf des Volkes von Zimbabwe *nach* dem Sieg der ZANU freigegeben wurden, war hier nichts zu bemerken, eher von Staubablagerungen in den Gewölben des Bundesverwaltungsgerichts.
Immerhin schaffen die Urteile eine gewisse Erleichterung bei der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen. Politischen Gewinn wird die Bundesregierung kaum aus den Feststellungen des Bundesverwaltungsgerichts ziehen können, das sich immer
hat. Ebensowenig aus der Begründung der Richter, die Sammlungen „seien so unbedeutend" gewesen, daß die Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Regimes objektiv gar nicht hätten gestört werden können. Alle Verbote waren unter Hinweis auf Art. 26 GG, dem Verbot der Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und dem Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges, ausgesprochen worden. Die Bundesverwaltungsrichter haben die etwas kurzlebigen Einschätzungen des Auswärtigen Amtes vom Bestand der ungetrübten freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu Rassistenregimes u.ä. etwas korrigiert. Das „friedliche Zusammenleben der Völker" wird danach nur beeinträchtigt, wenn die Handlung (= Sammlung) zu „ernsten und nachhaltigen Beeinträchtigungen im zwischenstaatlichen Verkehr" führen könne. Theoretische Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe, die gerade derzeit abstrakt die Belange der Bundesrepublik berühren könnten, sind dem Bundesverwaltungsgericht nicht handfest genug. Die Theorie der mittelbaren Beeinflussung eines Angriffskrieges von deutschem Boden aus wird schon gar nicht mehr erwähnt. (*Urteile des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Juni 1981, Az: BVerwG 1 C 62.76 und BVerwG 1 C 61.76).*

Betr.: Tag X an der Startbahn West

kow. Am letzten Freitag fand in der Walldorfer Stadthalle eine Veranstaltung mit ca. 700 – 800 Teilnehmern überwiegend aus dem Kreis Groß-Gerau statt, wo öffentlich das Konzept der Bürgerinitiative für den Tag X vorgestellt wurde:

1. Es gäbe zweifellos unterschiedliche Auffassungen unter den Startbahngegnern über den Tag X, vom anarchistischen Einzelkämpfertum bis dahin, mit der Bibel in der Hand auf die Polizisten einzureden. Man sei sich aber über die grundlegende Marschrichtung einig geworden und müsse darüber nun die Mehrheit herstellen. Die Grundlage des Vorgehens der Bürgerinitiative werde die Gewaltlosigkeit und die aktive Verteidigung des Hüttendorfes sein. Entscheidend werde sein, Tausende und möglichst über 10000 direkt an dem betroffenen Gelände (jetziger Parkplatz und Hüttendorf) zu sammeln, möglichst vor der Polizei den Platz zu besetzen und zu schützen (Autos, Gräben, Leute) und die Polizei in ihren Bewegungsmöglichkeiten einzuschränken. Viel schwieriger, als einen Brandsatz gegen ein Polizeiauto zu schmeißen, was sie ablehnten, sei es, eine Gruppe von 50 Leuten gegen den Druck der anrückenden Polizei zusammenzuhalten. Einzelne Scharmützel mit der Polizei seien falsche Methoden und nicht mehrheitsfähig.

Möglich werde ein Erfolg, wenn die jetzt in der Presse verbreitete Wankelmütigkeit und Angst bekämpft wird und klar ist, daß es sich nicht nur um eine Geste des Widerstandes handeln wird. Auch eine Wiedergewinnung des Platzes, wenn die Polizei zuvorkommt, sei u.U. möglich. Man muß sich jedenfalls auf eine längerdauernde Auseinandersetzung vorbereiten.

2. Man muß sich persönlich schützen (Helm, Brille, feste Kleidung, Tuch, Seil) und sich nicht einmachen lassen von wegen „Vermummung", um nicht wehrlos zu sein und sich nicht unnötig blutige Köpfe zu holen.

Zusätzlich unter Druck geraten ist Börner auf dem Unterbezirksparteitag der SPD am 14./15.8. in Frankfurt, der in Börners Anwesenheit einen Initiativantrag mit 147 zu 55 Stimmen annahm, worin die Landesregierung aufgefordert wird, während des laufenden Volksbegehrens keinerlei Räumungs- und Baumaßnahmen vorzunehmen.

Veranstaltungen

Bremen
Nur Kampf um Souveränität und Zusammenschluß aller unterdrückten Völker und Nationen kann den 3. Weltkrieg verhindern – Lehren aus dem 2. Weltkrieg · Haus des Sports, Eduard-Grunow-Str. · **Freitag,** 28.8.1981, 20.00 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Artikel „Alternative Verteidigungskonzepte – Ansatzpunkte für eine demokratische revolutionäre Militärpolitik" in: Kommunismus und Klassenkampf 8/81 · Universität NWI, S 304 · **Montag,** 31.8.1981, 19.00 Uhr

Frankfurt
Diskussionsforum Kommunismus und Klassenkampf: „Über die Erfahrungen der westdeutschen Kommunisten mit ihrer Programmdebatte" (KuK 7/81) mit Wilfried Maier · Haus der Jugend, Deutschherrenufer · **Freitag,** 28.8.1981, 19.30 Uhr

Freiburg
Diskussionsveranstaltung zu „Stellung der Kommunisten zum drohenden Krieg" mit Volker Lehmann, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK · Gasthaus „Deutscher Kaiser", Günterstalstr. · **Donnerstag,** 27.8.1981, 20.00 Uhr

Heidelberg
Vorführung des Films über Polen „Arbeiter '80" · Neue Uni, Hörsaal 13 · **Freitag,** 28.8.1981, 20.00 Uhr

Karlsruhe
Vorführung des Films „Arbeiter 80" · Kommunales Kino, Prinz-Max-Palais, Karlstr. 10 · **Mittwoch,** 26.8.1981, 20.00 Uhr

Stuttgart
Öffentliche Mitgliederversammlung zu „Stellung der Kommunisten zum drohenden Krieg", mit Hans-Gerhart Schmierer · Gaststätte „Eduard-Peiffer-Haus", Heusteigstr. 45, Stuttgart Mitte · **Samstag,** 22.8.1981, 17.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Die Demokratie ist nicht bedroht, wenn man Steinewerfer nicht identifizieren kann. Aber die Demokratie ist lebensgefährlich bedroht, wenn die Pressefreiheit angetastet wird." So Professor Fritz Eberhard, ehemals Mitglied des Parlamentarischen Rates und damit einer der ,,Väter" des Grundgesetzes. Es ist die Quintessenz eines Kommentars von ihm, nachdem das Moabiter Landgericht die Beschlagnahme von Filmmaterial von SFB und ZDF durch die Westberliner Staatsanwaltschaft rechtlich nicht mehr anfechtbar sanktioniert hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte diesen Beschlagnahmebeschluß erwirkt, kurz nachdem am 25. Juni von SFB und ZDF in den Nachrichtensendungen über eine Demonstration und einen Sturm auf das Schöneberger Rathaus berichtet worden war. Ihr Ziel: auf Grund des Materials weitere Demonstranten zu identifizieren, um sie dann wegen Landfriedensbruch anzuklagen.

Staatsorgane contra Pressefreiheit

Die Beschlagnahme von Filmmaterial in Westberlin hat erneut eine Debatte um die Pressefreiheit ausgelöst

Günther Kruse

Das Gericht hat sich dabei auf entsprechende Passagen der Strafprozeßordnung gestützt, die ein Zeugnisverweigerungsrecht nur zugestehen, wenn es sich bei dem Material um das Dritter, also von Informanten, handelt. Hat der Journalist selbst recherchiert, hat der Bildreporter selbst fotografiert, so ist sein Material nicht gegen den Zugriff des Justizapparates geschützt. (So oder so gelten die Bestimmungen über das Zeugnisverweigerungsrecht nur für Journalisten. Und auch nur dann, wenn es für ein regelmäßig erscheinendes Publikationsorgan ist, mithin also nicht für Schriftsteller.) Mit ähnlichen Argumentationen hatten schon Amts- und Landgericht Bremen den Zugriff auf Filme gutgeheißen, die ein Team des Norddeutschen Rundfunks 1979 bei einer Demonstration gegen Franz Josef Strauß vor der Bremer Stadthalle gedreht hatte. Nach dem gleichen juristischen Gedankengang erlaubten vergangenes Jahr Amts- und Landgericht Hannover die Beschlagnahme von 130 Photos aus den Räumen der ,,Neuen Hannoverschen Presse", die deren Reporter bei Auseinandersetzungen nach dem Rekrutengelöbnis aufgenommen hatten.

Mit dem schärfsten Angriff ist die Staatsanwaltschaft nach der Brokdorf-Demonstration im Februar dieses Jahres hervorgetreten. Auf Grund von Pressefotos, die ebenfalls beschlagnahmt wurden, wurden zwei Teilnehmer der Demonstration zunächst wegen versuchten Mordes angeklagt. Mittlerweile mußte die Anklage schon heruntergeschraubt werden.

Das sind nicht alle Fälle, in denen die Staatsanwaltschaft so vorgegangen ist, aber sie alle haben eines gemeinsam: Sie richten sich gegen Demonstrationen, Hausbesetzungen und andere Volksbewegungen. Die Maßnahmen müssen notwendig zur Folge haben, daß jeder Bildreporter in Zukunft daran gehindert wird zu fotografieren, daß keinem Jorunalisten mehr Informationen und Hintergründe gegeben werden. SFB-Mitarbeiter hatten dann in einer Sendung kurz nach der Beschlagnahme schon von konkreten Einschränkungen ihrer Arbeit berichtet. Dreharbeiten in besetzten Häusern hätten abgebrochen werden müssen, weil man den Besetzern keine Garantie hätte geben können, was mit den Filmen hinterher passiert. Bei Demonstrationen hätte sich das Verhältnis zwischen Demonstranten und Filmteams deutlich verschlechtert. Zu den ständigen Beeinträchtigungen durch die Polizei kämen jetzt erstmals auch Beeinträchtigungen durch die Demonstranten.

Diese Beeinträchtigungen und Behinderungen der Presse durch die Polizei sind die andere Seite ein und derselben Sache: Demonstranten zu kriminalisieren und gleichzeitig die Maßnahmen der Polizei vor dem Publikum zu schützen. Einige Auszüge aus einer von Westberliner Journalisten zusammengestellten Dokumentation sind unten abgedruckt. Tatsächlich stellt die Berichterstattung der Presse gegenwärtig oftmals einen gewissen Schutz vor Übergrifffen seitens der Polizei dar, sofern sie darüber berichten kann.

Daß man gegen derlei Übergriffe der Polizei gegen Journalisten sein muß – unbestritten. Daß man gegen Beschlagnahme von Pressematerial sein muß – auch darüber wird es wenig Differenz geben. Aber ist es vernünftig und richtig, dies allgemein unter dem Stichwort Pressefreiheit zu fassen? Wo doch zur Presse auch Organe wie die ,,Bild"-Zeitung zu zählen sind, wo doch hierunter auch eine ,,Celler-Zeitung" fällt, die in ihren Artikeln Nazi-Propaganda betreibt, ganz zu schweigen von all den übrigen Nazi-Blättchen? Aber wie anders als durch eine allgemeine Pressefreiheit soll sowohl eine ausreichende Information zur Meinungsbildung wie auch eine Meinungsbildung selbst geschehen, wenn die Möglichkeit zur Information und Meinungsäußerung nicht gegeben ist! (Insofern gehören Rundfunk und Fernsehen mit hier dazu) Es ist sicher nicht von ungefähr, daß alle revolutionären Bewegungen in aller Regel als eine der ersten Maßnahmen sich Publikationsmöglichkeiten geschaffen haben. Die Entwicklung in Polen ist erneut ein Beispiel hierfür: Presseorgane werden geschaffen, der Zugang zu den Medien wird gefordert.



Vermummte Zivilpolizei kontrolliert Presseausweis eines Kamerateams des SFB

Nun liegt auf der Hand, daß unter hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen die Freiheit zu publizieren noch lange nicht bedeutet, daß alle Auffassungen publiziert werden können. Denn die Mittel hierzu liegen in der Hand weniger, der Verleger. Und so ist es auch nicht erstaunlich, daß sich der Kampf um die Pressefreiheit sowohl seitens der demokratischen Bewegung wie seitens der Redakteure häufig gegen die Pressekonzentration wendet und in den vergangenen Jahren immer wieder zur Stärkung der Rechte der Journalisten Redaktionsstatute gefordert wurden. Es scheint, als hätte sich gegenwärtig der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit verschoben hin zu den Fragen, die die Einschränkung durch die Staatsgewalt betreffen, obwohl die anderen Fragen nicht erledigt sind. Vielleicht hat zu dieser Verschiebung auch die gegenüber Anfang der 70er Jahre erheblich gestiegene Zahl von alternativen und linken Presseorganen beigetragen.

Bleibt die Frage, welche Grenzen es für die Pressefreiheit gibt. Zum ersten sicher dort, wo Propaganda in Richtung Unterdrückung oder Vernichtung von Völkern oder Volksstämmen oder -teilen gemacht wird. Dies wird die faschistische Presse treffen. Die andere Grenze sind die Individualrechte der Einzelnen. Darunter fällt nicht das Bild des Polizisten (bekannt unter dem Stichwort ,,Recht auf das eigene Bild", wobei mit dieser Begründung dann oft den fotografierenden Pressereportern von Polizisten die Filme abgenommen werden), denn er wird als Staatsorgan fotografiert, genauso wie der Richter in seiner Funktion gegebenenfalls in einer Urteilsschelte kritisiert wird. Aber durchaus muß ein einzelner von Verunglimpfung geschützt werden.

Zu der gegenwärtig geführten Diskussion um die Möglichkeit der Beschlagnahme von Pressematerial haben sich Bundesinnenminister Baum wie Justizminister Schmude geäußert. Ihre Auffassung entspricht der von Prof. Eberhard. Prinzipiell sei die Frage zwar schon durch Artikel 5 Grundgesetz geregelt, so der Tenor, aber eine Präzisierung, was Pressefreiheit bedeute, sei im Gesetz schon notwendig. Nur bei schweren Gewaltverbrechen soll danach eine Beschlagnahme möglich sein. Wie schnell ein solcher Vorwurf, und der Vorwurf reicht für eine Beschlagnahme ja, konstruiert ist, selbst wenn er an den Haaren herbeigezogen wurde, zeigen die Vorgänge in Brokdorf. Die CDU hat sich teilweise, die CSU einheitlich gegen solche Gesetzespläne ausgesprochen. CSU-Gerlach bezeichnete es als ,,Winkeladvokaten-Rabulistik", gegenüber Demonstranten oder Hausbesetzern von einem zu schützenden Vertrauensverhältnis in bezug auf die Berichterstatter, Fotografen und Kameraleute zu sprechen.

Der Presserat hat in einem Entwurf, den er dem Bundesjustizminister vorlegte, weitergehende Forderungen in Bezug auf eine Gesetzesänderung erhoben:

- In die Neufassung sollen auch die nicht berufsmäßig mit der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Druckwerken befaßten Personen, also nur gelegentlich in diesem Bereich Tätige in den Schutz des Zeugnisverweigerungsrechts und des Beschlagnahmeverbotes einbezogen werden.
- Das Beschlagnahmeverbot soll auch dann gelten, wenn Teilnahmeverdacht an einer Straftat besteht.
- Das Beschlagnahmeverbot soll auf selbst erarbeitetes Redaktionsmaterial, insbesondere Fotos, ausgedehnt werden.
- Filmberichterstattung und Buchpresse sollen ebenfalls in den Schutzbereich einbezogen werden
- Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot sollen auch den Anzeigenteil erfassen.

Auszüge aus einer Dokumentation Westberliner Journalisten

Preußen-Ausstellung:

Zwei ganz verschiedene Eröffnungsfeiern

red.Berlin. Trotz großer offizieller Worte über die ,,Schattenseiten" Preußens: Es gab nach alter preußischer Art zwei Eröffnungsfeiern. Eine

die beginnende Aufführung des ,szenisch-musikalischen Mahnmals' ,,Menschenbrüder" bewußt eingesetzte Umgebung ist, hat für den Veranstalter,

nie) und der Otto Lilienthals (in seinen Plänen, durch Flugapparate Grenzen zu überwinden und Menschen frei wie Vögel zu machen) und das schließliche

dann wegen Landfriedensbruch anzuklagen.

Das Gericht hat sich dabei auf entsprechende Passagen der Strafprozeßordnung gestützt, die ein Zeugnisverweigerungsrecht nur zugestehen, wenn es sich bei dem Material um das Dritter, also von Informanten, handelt. Hat der Journalist selbst recherchiert, hat der Bildreporter selbst fotografiert, so ist sein Material nicht gegen den Zugriff des Justizapparates geschützt. (So oder so gelten die Bestimmungen über das Zeugnisverweigerungsrecht nur für Journalisten. Und auch nur dann, wenn es für ein regelmäßig erscheinendes Publikationsorgan ist, mithin also nicht für Schriftsteller.) Mit ähnlichen Argumentationen hatten schon Amts- und Landgericht Bremen den Zugriff auf Filme gutgeheißen, die ein Team des Norddeutschen Rundfunks 1979 bei einer Demonstration gegen Franz Josef Strauß vor der Bremer Stadthalle gedreht hatte. Nach dem gleichen juristischen Gedankengang erlaubten vergangenes Jahr Amts- und Landgericht Hannover die Beschlagnahme von 130 Photos aus den Räumen der ,,Neuen Hannoverschen Presse", die deren Re-

werden. SFB-Mitarbeiter hatten dann in einer Sendung kurz nach der Beschlagnahme schon von konkreten Einschränkungen ihrer Arbeit berichtet. Dreharbeiten in besetzten Häusern hätten abgebrochen werden müssen, weil man den Besetzern keine Garantie hätte geben können, was mit den Filmen hinterher passiert. Bei Demonstrationen hätte sich das Verhältnis zwischen Demonstranten und Filmteams deutlich verschlechtert. Zu den ständigen Beeinträchtigungen durch die Polizei kämen jetzt erstmals auch Beeinträchtigungen durch die Demonstranten.

Diese Beeinträchtigungen und Behinderungen der Presse durch die Polizei sind die andere Seite ein und derselben Sache: Demonstranten zu kriminalisieren und gleichzeitig die Maßnahmen der Polizei vor dem Publikum zu schützen. Einige Auszüge aus einer von Westberliner Journalisten zusammengestellten Dokumentation sind unten abgedruckt. Tatsächlich stellt die Berichterstattung der Presse gegenwärtig oftmals einen gewissen Schutz vor Übergrifffen seitens der Polizei dar, sofern sie darüber berichten kann.

Vermummte Zivilpolizei kontrolliert Presseausweis eines Kamerateams des SFB

ganda betreibt, ganz zu schweigen von all den übrigen Nazi-Blättchen? Aber wie anders als durch eine allgemeine Pressefreiheit soll sowohl eine ausreichende Information zur Meinungsbildung wie auch eine Meinungsbildung selbst geschehen, wenn die Möglichkeit zur Information und Meinungsäußerung nicht gegeben ist! (Insofern gehören Rundfunk und Fernsehen mit hier dazu) Es ist sicher nicht von ungefähr, daß alle revolutionären Bewegungen in aller Regel als eine der ersten Maßnahmen sich Publikationsmöglichkeiten geschaffen haben. Die Entwicklung in Polen ist erneut ein Beispiel hierfür: Presseorgane werden geschaffen, der Zugang zu den Medien wird gefordert.

Nun liegt auf der Hand, daß unter hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen die Freiheit zu publizieren noch

dert wurden. Es scheint, als hätte sich gegenwärtig der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit verschoben hin zu den Fragen, die die Einschränkung durch die Staatsgewalt betreffen, obwohl die anderen Fragen nicht erledigt sind. Vielleicht hat zu dieser Verschiebung auch die gegenüber Anfang der 70er Jahre erheblich gestiegene Zahl von alternativen und linken Presseorganen beigetragen.

Bleibt die Frage, welche Grenzen es für die Pressefreiheit gibt. Zum ersten sicher dort, wo Propaganda in Richtung Unterdrückung oder Vernichtung von Völkern oder Volksstämmen oder -teilen gemacht wird. Dies wird die faschistische Presse treffen. Die andere Grenze sind die Individualrechte der Einzelnen. Darunter fällt nicht das Bild des Polizisten (bekannt unter dem

Bezug auf eine Gesetzesänderung erhoben:

- In die Neufassung sollen auch die nicht berufsmäßig mit der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Druckwerken befaßten Personen, also nur gelegentlich in diesem Bereich Tätige in den Schutz des Zeugnisverweigerungsrechts und des Beschlagnahmeverbotes einbezogen werden.
- Das Beschlagnahmeverbot soll auch dann gelten, wenn Teilnahmeverdacht an einer Straftat besteht.
- Das Beschlagnahmeverbot soll auf selbst erarbeitetes Redaktionsmaterial, insbesondere Fotos, ausgedehnt werden.
- Filmberichterstattung und Buchpresse sollen ebenfalls in den Schutzbereich einbezogen werden
- Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot sollen auch den Anzeigenteil erfassen.

Auszüge aus einer Dokumentation Westberliner Journalisten

(die feder 8/81)

Am 14. Dezember fotografierten zwei Reporter im Auftrag der ,,Neuen" die Demonstration am Breitscheidplatz. Beide, Thomas Joey Müller und Michael Wilke, befanden sich zwischen den Fronten, als sie nahe des U-Bahnhofausgangs Kurfürstendamm plötzlich von sechs bewaffneten Zivilpolizisten festgenommen wurden. Es wurden ihnen die Arme verdreht, einer in den Würgegriff genommen, der Kopf wurde an den Haaren nach hinten gerissen und beide wurden in einen Einsatzwagen gesperrt. Über eine Stunde wurden sie auf dem Polizeiabschnitt 34 festgehalten. Bei der Festnahme wurde ein Teil der Fotoausrüstung beschädigt. Die Dienstnummer des verantwortlichen Zugführers für die Festnahme erhielten sie nicht.

Am 13. März 1981 wollte der Fotograf Michael Kipp die Durchsuchungsaktion der Ermittlungsbehörden bei der ,,Tageszeitung" fotografieren. Ein Staatsanwalt (Name bekannt) ließ Kipp daraufhin die Kameras abnehmen und stellte einen Polizisten ab, der auf die Kameras aufpassen sollte. Nachdem die Aktion abgeschlossen war, erhielt er seine Arbeitsgeräte wieder. Zur Begründung für das Fotografierverbot machte der Staatsanwalt das ,,Recht am eigenen Bild" geltend.

Am 14. März 1981 beobachtete auch der unter anderem für die ,,Tagesthemen" arbeitende Journalist Hans Ulrich Camin die Festnahme des Mannes (s.o.). Dabei sah er, wie der Fotoreporter Ralph Rieth beim Fotografieren von einem Polizisten mit dem Schlagstock angegriffen wurde. Der Polizist ließ sich auch durch Rieths Presseausweis nicht beeindrucken, sondern ließ erst nach Intervention mehrerer Journalisten von diesem ab. Wenig später wurden Camin und drei Kollegen bei der Absperrung des Platzes von den Beamten in eine Demonstrantengruppe gedrängt. Als sie den Presseausweis vorzeigten und darum baten, durchgelassen zu werden, gab einer der Beamten zur Antwort, das Presserecht sei außer Kraft gesetzt.

Am 24. März ließ die Staatsanwaltschaft in den Morgenstunden drei Häuser am Fränkelufer durchsuchen und faktisch räumen. 26 Personen wurden festgenommen. Bevor sie in das Polizeifahrzeug steigen mußten, wurden sie für den polizeilichen Erkennungsdienst fotografiert und dann für die anwesenden Foto- und Filmreporter zum Ablichten freigegeben. Wer sich weigerte, dem wurde der Kopf an den Haaren nach hinten gezogen. Als schreibende Journalisten die Festgenommenen danach befragen wollten, wie die Festnahme in den Häusern abgelaufen sei, wurden sie durch lautstarkes Dazwischenreden von den Polizeibeamten daran gehindert und später, als dies nichts nutzte, von den Beamten gewaltsam weggedrängt. Eine plausible Begründung über die gesetzliche Grundlage ihres Handelns und dafür, daß Journalisten einerseits die Festgenommenen fotografieren sollten, andererseits aber nicht befragen konnten, wurde nicht abgegeben.

Preußen-Ausstellung:

Zwei ganz verschiedene Eröffnungsfeiern

red.Berlin. Trotz großer offizieller Worte über die ,,Schattenseiten" Preußens: Es gab nach alter preußischer Art zwei Eröffnungsfeiern. Eine säuberliche mit 2 500 geladenen bedeutenden Gästen in der Philharmonie und eine fürs Volk auf dem Vorplatz des Museums. Die saubere natürlich zuerst: Samstag 11.00 Uhr. Teure Vormittagskleider und dunkle Anzüge werden durchs Foyer bewegt. Das Durcheinander entwirrt sich im Saal: die Sitzordnung ist streng abgestuft. Die erste Reihe gehört u.a. Ernst Albrecht, Prinz Louis Ferdinand, den Stadtkommandanten und Axel Springer mit Frau. Etwa ein Viertel der Plätze im Saal blieb leer; ihre Inhaber zogen es vor, den Tag anders zu verbringen. Nach einer artigen Musikdarbietung wurden drei Reden gehalten, die wichtiger genommen werden sollten, als das mittelmäßige gesellschaftliche Ereignis. (siehe Kasten)

Es versteht sich von selbst, daß der bedürftigen Gesellschaft anschließend zu Essen und zu Trinken serviert wurde.

Auf der öffentlichen Feier sah man ihren Wein und ihre Appetithappen nicht, aber auch nicht ihre schlechten Angewohnheiten beim Essen. Sie fand auf dem Ruinengelände vor dem Museum, dem ehemaligen Gebäude der Geheimen Staatspolizei direkt an der Mauer statt. Das Gelände ist nur notdürftig planiert worden, entwurzelte Nachkriegsbäume, Trümmerschutt und Stacheldraht liegen verstreut. Zwischen dem Maschendrahtzaun, der das Grundstück umschließt, und der Mauer fährt auf einem schmalen Weg ständig eine Militärpatrouille. Man steht etwas hilflos im Sandsturm, setzt sich auf den Schutt: Mauerfeeling. Was für die beginnende Aufführung des ,szenisch-musikalischen Mahnmals' ,,Menschenbrüder" bewußt eingesetzte Umgebung ist, hat für den Veranstalter, den Berliner Senat, zwei Tage nach dem 20. Jahrestag des Mauerbaus sicher noch einen anderen Sinn.

Die Aufführung ,,Menschenbrüder. Musik zum langen Sterben Preußens" von Jolyon Brettingham-Smith hat mir gefallen. Der Fortschrittstraum Ludwig van Beethovens (in seiner 9. Synfonie) und der Otto Lilienthals (in seinen Plänen, durch Flugapparate Grenzen zu überwinden und Menschen frei wie Vögel zu machen) und das schließliche Scheitern beider Träume werden dargestellt. Brettingham-Smith sagt dazu: ,,... weder die Musik Beethovens noch ,der freie unbeschränkte Flug des Menschen' haben diese Menschen zu Brüdern gemacht."

Die Veranstalter sehen die preußische Geschichte anders.

Auf der nichtöffentlichen Feier sprachen Richard von Weizsäcker, Staatssekretär Andreas von Schoeler und der Historiker Rudolf von Thadden, der für den erkrankten Festredner Prof. Weichmann eingesprungen war. Es zeigte sich schnell, daß das historische Thema sehr aktuelle Züge hat; die preußische Geschichte scheint für einige der alte Apothekenschrank zu sein, aus dem man alte Hausmittel gegen heutige Krisenerscheinungen probiert. Interessanterweise kam es mitten auf der Feier zu einer offenen Kontroverse. Während Weizsäcker mit der gewohnten vornehmen Zurückhaltung die Hausmittel Pflichtbewußtsein und Disziplin ins Gespräch brachte, widersprach ihm von Thadden offen. Von etwas schüchternem Beifall unterbrochen führte er aus, daß sie nicht auf heute anwendbar seien. Weiter gab er Weizsäcker zu bedenken, aus der preußischen Geschichte zu lernen, daß sich kein Staat in seinen Vorhaben und in seiner Ordnung ungestraft vom Willen seiner Bürger entferne! Der ursprünglich vorgesehene Vortrag Weichmanns (der gedruckt verteilt wurde) hätte nach Weizsäcker Diagnose gleich die Rezepte ausgestellt.

Ganz augenscheinlich ist man sich in der Auswertung geschichtlicher Erfahrung zur Lösung der gegenwärtigen Krise uneinig.

Einer Redewendung, die dagegen allen Rednern und Artikeln gemein ist, sollte man genauer auf den Grund gehen. Jeder spricht von Licht und Schatten, von Fortschritt und Reaktion und von Gut und Böse in der preußischen Geschichte. Das ist m.E. ein stereotypes Taktieren mit einer Vergangenheit, die man nicht als glorreich verkaufen und zu der kein ungebrochenes Verhältnis im Volk hergestellt werden kann. Nie wird auseinandergehalten, was Fortschritt und was Reaktion war; daß Fortschritt z.B. eine hochentwickelte Technologie war, daß in Preußen eine bedeutende Industrie aufgebaut wurde, daß aber die bekannte preußische Zucht und innere Reaktion dafür gerade den Raum geschaffen hat. Kein Zufall, daß Weizsäcker es unentwirrbarer liebt und formuliert, ,,Fortschritt und Reaktion seien allzuoft eng ineinander verflochten".

USA horten international geächtetes Nervengas

chm. Anläßlich des Transports von großen Mengen mit GB-Gas gefüllten Bomben quer über die Rocky Mountains zwischen Colorado und Utah ist bekannt geworden, daß die US-Luftwaffe dieses tödliche Nervengas immer noch hortet. Die Bomben waren 1969 hergestellt worden mit der ausdrücklichen Zusage der USA, daß sie nach vier Jahren vernichtet würden. Sie beschlossen jedoch, sie als Abschreckung aufzuheben, weil die Sowjetunion ihre Vorräte an GB-Gas auch nicht vernichtet hätte. Ein Tropfen oder gar ein Hauch des GB-Gases genügt, um durch Nervenlähmung den Tod herbeizuführen. Schon 1925 war die erste Initiative ergriffen worden, um dessen Herstellung zu verbieten. Aber erst 1972 konnte ein Verbot im Rahmen des Verbots der ABC-Waffen durch die Genfer Abrüstungskonferenz durchgesetzt werden.

Ziele in Sizilien stationierter Cruise missiles

kvz. Auf Beschluß der italienischen Regierung sollen die 112 für Italien vorgesehenen Cruise Missiles in der Nähe von Comiso/Sizilien stationiert werden. In der italienischen Presse wir die Frage diskutiert, ob diese Raketen im Rahmen einer ,,Aufgabenerweiterung'' der NATO auch gegen Ziele im Nahen Osten, z.B. in Lybien gerichtet werden könnten. Italien ist zur Zeit mit etwa 1000 Atomsprengköpfen das zweitgrößte Atomwaffenlager Europas nach der BRD. Die Ablehnung der Raketenstationierung durch die Bevölkerung von Comiso ist fast einhellig. Die Kommune von Comiso und die umliegenden Kommunen sowie die Provinzregierung haben sich gegen den Regierungsbeschluß ausgesprochen, das sizilianische Regionalparlament fordert Rom zu neuen Verhandlungen auf. Die KPI lehnt die Stationierung von Mittelstreckenraketen in ganz Italien ab und fordert zudem einen ausdrücklichen Beschluß des römischen Parlaments, daß die Neutronenbombe nicht auf italienisches Gebiet verlagert werden dürfe. Sie will sich an die Spitze der Bewegung gegen die Raketenstaionierung stellen, wobei sie allerdings auch die ,,Verhandlungsbereitschaft'' der SU hervorhebt.

Führer der christlichen Milizen im Libanon trifft Sadat

chm. Der Führer der christlichen Milizen im Libanon, Baschir Gemayel, ist mit dem ägyptischen Präsident Sadat während dessen Besuch in den Vereinigten Staaten zusammengetroffen. Gemayel hatte zuvor die Bombardierungen Beiruts durch die israelische Luftwaffe verurteilt und erklärt, daß die Phalange bereit sei, bei entsprechenden Garantien die Bindungen zu Israel ,,zu lockern''. – Der libanesische Ministerpräsident Wazzan bereist diese Woche die arabischen Staaten am Golf. Er besucht auch Saudiarabien, das zur ,,Libanon-Kommission'' der arabischen Liga gehört. Wazzan will nochmals den Vorschlag der libanesischen Regierung vorbringen, eine arabische Gipfelkonferenz einzuberufen, um die Lage im Libanon zu beraten.

nach der BRD. Die Ablehnung der Raketenstationierung durch die Bevölkerung von Comiso ist fast einhellig. Die Kommune von Comiso und die umliegenden Kommunen sowie die Provinzregierung haben sich gegen den Regierungsbeschluß ausgesprochen, das sizilianische Regionalparlament fordert Rom zu neuen Verhandlungen auf. Die KPI lehnt die Stationierung von Mittelstreckenraketen in ganz Italien ab und fordert zudem einen ausdrücklichen Beschluß des römischen Parlaments, daß die Neutronenbombe nicht auf italienisches Gebiet verlagert werden dürfe. Sie will sich an die Spitze der Bewegung gegen die Raketenstaionierung stellen, wobei sie allerdings auch die ,,Verhandlungsbereitschaft'' der SU hervorhebt.

Führer der christlichen Milizen im Libanon trifft Sadat

chm. Der Führer der christlichen Milizen im Libanon, Baschir Gemayel, ist mit dem ägyptischen Präsident Sadat während dessen Besuch in den Vereinigten Staaten zusammengetroffen. Gemayel hatte zuvor die Bombardierungen Beiruts durch die israelische Luftwaffe verurteilt und erklärt, daß die Phalange bereit sei, bei entsprechenden Garantien die Bindungen zu Israel ,,zu lockern''. – Der libanesische Ministerpräsident Wazzan bereist diese Woche die arabischen Staaten am Golf. Er besucht auch Saudiarabien, das zur ,,Libanon-Kommission'' der

Kapitalisten wollen Duarte absetzen

chm. Die einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer El Salvadors sind mit Napoleon Duarte unzufrieden. Sie wollen seinen Sturz und eine ,,Regierung der nationalen Einheit'' (gemeint ist die Einheit zwischen ihnen und noch konservativeren Teilen des Militärs) ausrufen. Sich selbst preisen sie in der lokalen Presse inzwischen als ,,die Kräfte des Friedens und der Arbeit''. Auf ihrer Seite haben sie auf jeden Fall den Kommandeur der Nationalgarde, auf deren Konto ein Großteil der Vernichtungsaktionen gegen die FMLN und die Bevölkerung gehen. – Mitte Juli griff die Nationalgarde honduranisches Gebiet an, um die Flüchtlinge dorthin zu verfolgen. Aber der Erfolg dieser Aktionen scheint beschränkt zu sein. Das Einzugsgebiet der Guerillas hat sich erweitert. Sie sollen über ein Viertel des Landes unter Kontrolle haben. Nach Meldungen der Süddeutschen Zeitung haben sie die Stadt Perqin in der Provinz Morazan besetzt und die 3000 Angehörigen der Nationalgarde von dort vertrieben.

Erste Offensive der ,,nationalen Regierung Irans'' gescheitert

cof. Am Dienstag gingen die Entführer eines für den Iran bestimmten französischen Raketenschnellbootes an Land. Die monarchistische Untergrundgruppe ,,Azadegan'' (etwa: Die nach Freiheit streben) hat ihr Ziel, das Schiff bis zum ,,vollständigen Sturz'' des Khomeiny-Regimes als ,,Sitz der freien, nationalen Regierung'' zu behalten, wahrscheinlich aus Mangel an Treibstoff nicht erreicht. Der Kapernung scheinen umfangreiche Vorbereitungen vorausgegangen zu sein. Arabischen Meldungen zufolge war der vermutliche Anführer, der ehemalige Oberbefehlshaber der kaiserlich-iranischen Armee, Aranya, der seit 1972 in Paris lebt, vor 3 Wochen in die Türkei gereist, um zusammen mit 51 ehemaligen Generälen und 200 weiteren Offizieren über den Sturz der Regierung in Teheran zu beraten. Dieser Gruppe werden enge Beziehungen zur Familie des Schahs nachgesagt. Dessen Sohn Reza, der sich nach dem Tod seines Vaters in Ägypten zum Kaiser ausgerufen hat, teilte mit, er habe nichts mit der Aktion zu tun. Die Machthaber im Iran zeigen sich gleichwohl beunruhigt, zumal ,,Azadegan'' inzwischen behauptet, auch die Flucht iranischer Luftwaffenoffiziere mitsamt ihren Angehörigen ins Nachbarland Oman eingeleitet zu haben. Die iranische Regierung beschuldigt die US-Regierung und den CIA sowie Frankreich, Spanien und die Bundesrepublik – ,,die verdorbene Welt des Kapitalismus'' – der ,,Unterstützung der Konterrevolution''.

sischen Raketenschnellbootes an Land. Die monarchistische Untergrundgruppe ,,Azadegan'' (etwa: Die nach Freiheit streben) hat ihr Ziel, das Schiff bis zum ,,vollständigen Sturz'' des Khomeiny-Regimes als ,,Sitz der freien, nationalen Regierung'' zu behalten, wahrscheinlich aus Mangel an Treibstoff nicht erreicht. Der Kapernung scheinen umfangreiche Vorbereitungen vorausgegangen zu sein. Arabischen Meldungen zufolge war der vermutliche Anführer, der ehemalige Oberbefehlshaber der kaiserlich-iranischen Armee, Aranya, der seit 1972 in Paris lebt, vor 3 Wochen in die Türkei gereist, um zusammen mit 51 ehemaligen Generälen und 200 weiteren Offizieren über den Sturz der Regierung in Teheran zu beraten. Dieser Gruppe werden enge Beziehungen zur Familie des Schahs nachgesagt. Dessen Sohn Reza, der sich nach dem Tod seines Vaters in Ägypten zum Kaiser ausgerufen hat, teilte mit, er habe nichts mit der Aktion zu tun. Die Machthaber im Iran zeigen sich gleichwohl beunruhigt, zumal ,,Azadegan'' inzwischen behauptet, auch die Flucht iranischer Luftwaffenoffiziere mitsamt ihren Angehörigen ins Nachbarland Oman eingeleitet zu haben. Die iranische Regierung beschuldigt die US-Regierung und den CIA sowie Frankreich, Spanien und die Bundesrepublik – ,,die verdorbene Welt des Kapitalismus'' – der ,,Unterstützung der Konterrevolution''.

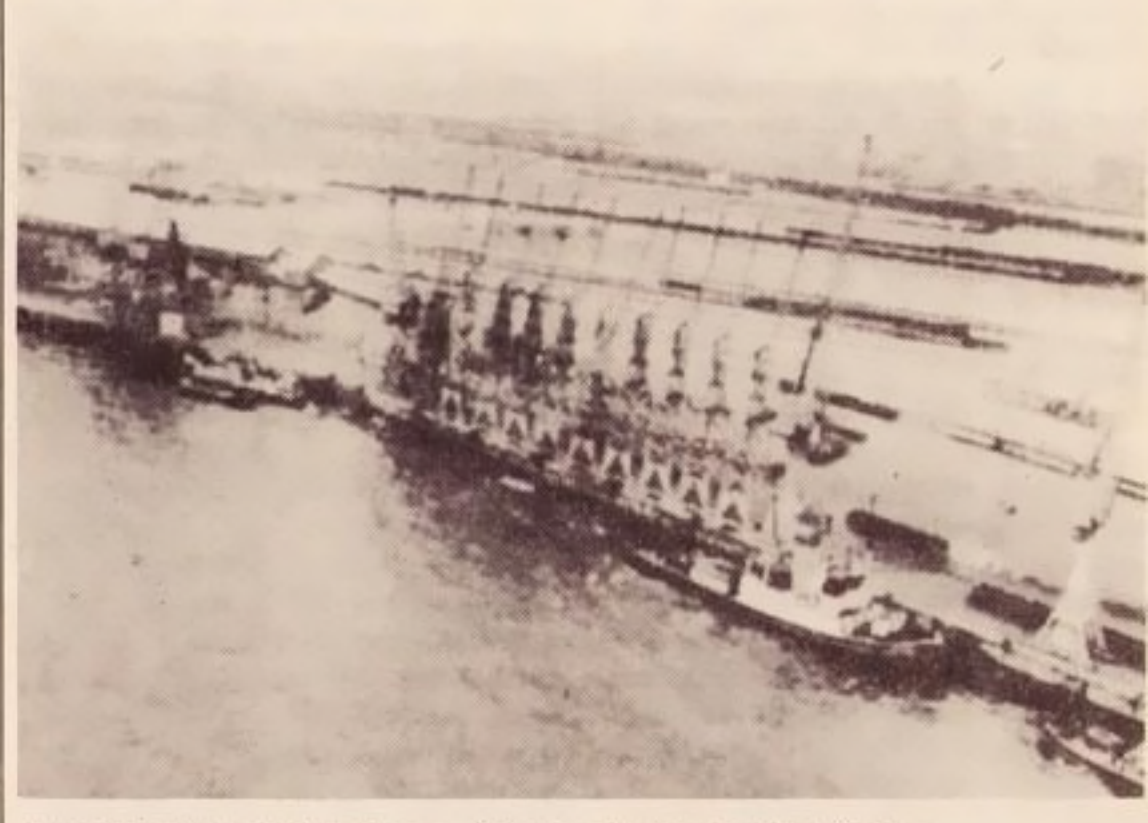
Südafrika ins südliche Angola einmarschiert

Proteste von Angola und Sambia / UNO-Sitzung zu Namibia am 3. September

chm. Am 17.8. meldete die angolanische Nachrichtenagentur ANGOP, daß südafrikanische Truppen 40 km tief ins Landesinnere von Namibia aus eingedrungen seien. Zugleich protestierte die sambische Regierung, daß von Südangola aus das westliche Sambia ebenfalls von den südafrikanischen Truppen angegriffen worden sei. Schon seit Anfang August häuften sich die Meldungen, daß von Südafrika provozierte Zwischenfälle an der namibisch-angolanischen Grenze immer mehr würden. Südafrika hat selbst diese Meldungen bestätigt und erklärt, daß die Stationierung von SAM 3 und SAM 6 Raketen im südlichen Angola, die von Kubanern betrieben würden, eine direkte Bedrohung Namibias, weil sie die SWAPO stärkten, darstelle und daß seine Streitkräfte diese Bedrohung abwehren würden.

Im südlichen Angola sind die Stützpunkte der SWAPO konzentriert, deren militärische Operationen sich hauptsächlich auf das namibisch-angolanische Grenzgebiet konzentrieren. Die SWAPO, obwohl im restlichen Namibia militärisch nur spärlich vertreten, wird sowohl von der Mehrheit der namibischen Bevölkerung als auch von der UNO und der Organisation für afrikanische Einheit als die einzig legitime Vertreterin des namibischen Volkes anerkannt. Auf ihrer Gipfelkonferenz vom Juni haben die afrikanischen Staaten nochmals ihre Unterstützung für die SWAPO bekräftigt und gefordert, daß die UN-Resolutionen zu Namibia, vor allem die Resolution 435, endlich verwirklicht werden sollten. Die Resolution 435, 1978 von der UNO verabschiedet wurde, fordert den Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia, die Durchführung freier Wahlen unter UN-Aufsicht – eine UNO-Friedenstruppe soll in Namibia stationiert werden, um diese Wahlen zu ermöglichen – und hebt hervor, daß die SWAPO in diesen Wahlen das namibische Volk vertritt.

Die südafrikanische Regierung hat bisher die Umsetzung dieser Resolution verhindert. Bestärkt in ihrer Sabotage fühlt sie sich in den letzten Monaten durch die neue US-Regierung. Schon während des Wahlkampfes hatte Reagan wiederholt erklärt, daß er die Politik der Carter-Regierung gegenüber Südafrika nicht fortzusetzen gedenke. (Carter hatte vorsichtige Absetzbewegungen im Rahmen seiner Menschenrechtskampagne von dem Apartheidsregime gemacht, um mit den umliegenden afrikanischen Staaten besser ins Geschäft zu kommen.) Im Juni, kurz vor der OAU-Gipfelkonferenz, schickte Reagan den stellvertretenden Außenminister William Clark ins Südliche Afrika. Er bezeichnete seine Gespräche mit der südafrikanischen Regierung als gut, sie seien glatt verlaufen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn schon im Mai hatte es Erklärungen aus den Kulissen des amerikanischen Außenministeriums gegeben, daß die Resolution 435 ,,gestorben'' sei. Die Alternative, die die USA präsentieren, ist die, daß noch vor den Wahlen eine Verfassung für Namibia ausgearbeitet werden solle, die die



Südafrikanische Schiffe im namibischen Hafen von Walvis Bay

Rechte der weißen Minderheit ausdrücklich festschreibt, daß keine UN-Truppe nach Namibia entsandt wird, sondern daß eine Truppe aus ,,befreundeten'' afrikanischen Staaten die Aufgabe der Überwachung der Wahlen übernimmt. Diesen Vorschlag lehnte die OAU einstimmig ab. Zur gleichen Zeit, als dieser Vorschlag bekannt wurde, veröffentlichte der Leiter der Transafrica Organisation, die ihren Sitz in Washington hat und die amerikanische Politik der Unterstützung der rassistischen Regierung in Südafrika ablehnt, Randall Robinson, ein Geheimpapier des US-Außenministeriums, in dem ein Vorschlag für die Namibiaverfassung enthalten ist. Dieser Vorschlag sieht die Aufteilung Namibias in Zonen nach den jeweiligen Stammesgrenzen und die Abtrennung des Siedlungsgebietes der weißen Minderheit von dem restlichen Namibia nach dem Vorbild der Homelands, wie von Südafrika in seinen eigenen Grenzen praktiziert, vor.

Die Anwesenheit südafrikanischer Truppen in Namibia ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Das ehemalige ,,Deutsch-Südwestafrika'' war nach dem ersten Weltkrieg vom Völkerbund unter die Mandatsherrschaft Südafrikas gestellt worden. Nach Auflösung des Völkerbundes 1946 hatte sich Südafrika geweigert, das Mandat der UNO zu übergeben. 1966 erklärte die UNO-Generalversammlung, daß das Mandat Südafrika entzogen und Namibia direkt unter UNO-Kontrolle gestellt werde. Dieser Entschließung folgten auch der Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof in Den Haag. Das südafrikanische Regime scherte sich allerdings wenig um diese Beschlüsse und begann durch die Schaffung von ,,homelands'' seine Apartheidpolitik auf Namibia zu übertragen. Da er kannte die UNO die SWAPO als einzig rechtmäßige Vertreterin des namibischen Volkes an. Südafrikas politische Manöver wie z.B. die Gründung der ,,Demokratischen Turnhallen-Allianz'', ein nach Ethnien zusammengesetztes Bündnis, das angeblich die Regierungsgeschäfte in Namibia führt, hat an der Illegalität seiner Anwesenheit nichts geändert.

Die interantionale Anerkennung der SWAPO ist gewachsen. Angesichts der für den 3. September vorgesehenen Namibia-Sondersitzung der UNO wäre die militärische Vernichtung der SWAPO in ihrem Hauptoperationsgebiet ein Sieg für den südafrikanischen Kolonialstaat.

afrikanische Einheit als die einzig legitime Vertreterin des namibischen Volkes anerkannt. Auf ihrer Gipfelkonferenz vom Juni haben die afrikanischen Staaten nochmals ihre Unterstützung für die SWAPO bekräftigt und gefordert, daß die UN-Resolutionen zu Namibia, vor allem die Resolution 435, endlich verwirklicht werden sollten. Die Resolution 435, 1978 von der UNO verabschiedet wurde, fordert den Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia, die Durchführung freier Wahlen unter UN-Aufsicht – eine UNO-Friedenstruppe soll in Namibia stationiert werden, um diese Wahlen zu ermöglichen – und hebt hervor, daß die SWAPO in diesen Wahlen das namibische Volk vertritt.

Die südafrikanische Regierung hat bisher die Umsetzung dieser Resolution verhindert. Bestärkt in ihrer Sabotage fühlt sie sich in den letzten Monaten durch die neue US-Regierung. Schon während des Wahlkampfes hatte Reagan wiederholt erklärt, daß er die Politik der Carter-Regierung gegenüber Südafrika nicht fortzusetzen gedenke. (Carter hatte vorsichtige Absetzbewegungen im Rahmen seiner Menschenrechtskampagne von dem Apartheidsregime gemacht, um mit den umliegenden afrikanischen Staaten besser ins Geschäft zu kommen.) Im Juni, kurz vor der OAU-Gipfelkonferenz, schickte Reagan den stellvertre-



Südafrikanische Schiffe im namibischen Hafen von Walvis Bay

Rechte der weißen Minderheit ausdrücklich festschreibt, daß keine UN-Truppe nach Namibia entsandt wird, sondern daß eine Truppe aus ,,befreundeten'' afrikanischen Staaten die Aufgabe der Überwachung der Wahlen übernimmt. Diesen Vorschlag lehnte die OAU einstimmig ab. Zur gleichen Zeit, als dieser Vorschlag bekannt wurde, veröffentlichte der Leiter der Transafrica Organisation, die ihren Sitz in Washington hat und die amerikanische Politik der Unterstützung der rassistischen Regierung in Südafrika ablehnt, Randall Robinson, ein Geheimpapier des US-Außenministeriums, in dem ein Vorschlag für die Namibiaverfassung enthalten ist. Dieser Vorschlag sieht die Aufteilung Namibias in Zonen nach den jeweiligen Stammesgrenzen und die Abtrennung des Siedlungsgebietes der weißen Minderheit von dem restlichen Namibia nach dem Vorbild der Homelands, wie von Südafrika in seinen eigenen Grenzen praktiziert, vor.

de. Dieser Entschließung folgten auch der Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof in Den Haag. Das südafrikanische Regime scherte sich allerdings wenig um diese Beschlüsse und begann durch die Schaffung von ,,homelands'' seine Apartheidpolitik auf Namibia zu übertragen. Da erkannte die UNO die SWAPO als einzig rechtmäßige Vertreterin des namibischen Volkes an. Südafrikas politische Manöver wie z.B. die Gründung der ,,Demokratischen Turnhallen-Allianz'', ein nach Ethnien zusammengesetztes Bündnis, das angeblich die Regierungsgeschäfte in Namibia führt, hat an der Illegalität seiner Anwesenheit nichts geändert.

Die interantionale Anerkennung der SWAPO ist gewachsen. Angesichts der für den 3. September vorgesehenen Namibia-Sondersitzung der UNO wäre die militärische Vernichtung der SWAPO in ihrem Hauptoperationsgebiet ein Sieg für den südafrikanischen Kolonialstaat.

Die ,,eiserne Lady'' hat Krach im Hause

Von Thomas Frank

Zu den stärksten Szenen im neuen ,,James Bond'' gehört zweifellos das Telefonat Margaret Thatchers mit einem Papagei: Sie im Glauben, mit James Bond verbunden zu sein, der Vogel scharf auf ,,Küßchen''. In den politischen Verhältnissen in England gibt es im Augenblick wenig Freundliches für die Regierungschefin: In der Konservativen Partei schwelen Widersprüche. Die Halbzeitbilanz der Legislaturperiode war auch im eigenen Lager nicht geprägt von optimistischen Durchhalteparolen.

Am 17. Juni hatte es aufgrund von Widersprüchen die erste Kabinettsitzung zur Wirtschaftspolitik überhaupt gegeben – eine Sondersitzung. Der frühere konservative Premier Heath griff die Thatchersche Wirtschaftspolitik öffentlich frontal an. Im Juli stieß die Ankündigung des Schatzkanzlers, falls die angepeilten Ausgaben für die nächsten Jahre nicht überschritten werden sollten, seien weitere Ausgabenkürzungen nötig, auf weitverbreiteten Unmut, auch im Kabinett. Der Arbeitsminister schlug ein Maßnahmenpaket zur Jugendarbeitslosigkeit vor, das große Ausgaben mit sich gebracht hätte, von dem dann noch die Hälfte gebilligt wurde. Mittlerweile hat der Minister für die Verbindung zum Parlament, Francis Pym, den Kernsatz der monetaristischen Politik, daß die Profitproduktion über die Bändigung der Inflation wieder auf die Höhe komme, in Frage gestellt und erklärt, die Arbeitslosigkeit sei eine ebensolche Herausforderung. Das mit Blick auf Wählerstimmen: Das britische Volk werde nicht länger bereit sein, die schlimmen Folgen der Rezession zu tragen, wenn kein Hoffnungsschimmer zu sehen sei. Die größten Schlagzeilen aber hat bisher der Widerspruch des Parteivorsitzenden, Lord Thorneycroft, auf die Aussage des Schatzkanzlers, eben dieser Hoffnungsschimmer sei am Horizont zu erblicken, gemacht. Pym und Thorneycroft verfügen beide über beste Verbindungen zur Finanzbourgeoisie, sie gehören dazu. Auf diese schwergewichtigen Einwände ist bisher auch die in solchen Fällen übliche Hinterbänklerkampagne zur Abservierung der Premiergegner ausgeblieben.

Margaret Thatcher gilt in Westeuropa als ein Exponent einer bestimmten Wirtschaftspolitik, gleichwohl kann sie den monetaristischen Lehrsätzen nicht kompromißlos folgen; in der internationalen Situation würde eine reine Gesundschrumpfungsroßkur schnell zum völligen Abhängen Großbritanniens führen. So gibt es weiterhin Subventionen, da ohne sie auch die entscheidenden Industrien nicht konkurrenzfähig wären, damit gibt es weiterhin Haushaltsdefizite und nicht die Steuersenkungen in dem Umfang, in dem sie gefordert werden. Die angekündigten Privatisierungen der staatlichen Betriebe kommen nicht voran, weil sie nicht profitabel genug arbeiten und erst Sanierungsprogramme erfordern, die Zeit kosten, wie erst jetzt wieder für British Airways festgestellt. Die Lohnsenkungspläne und der Abbau von Sozialleistungen haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt, wenngleich die Lohnerhöhungen dieses Jahr hinter der Inflation zurückbleiben. Die Halbheiten und auch die Kompromisse können, zumal unter dem Druck der strikten Ablehnung dieser Politik durch die Labourparty, die Widersprüche im Regierungslager nicht lösen. Die unter dem Eindruck der Jugendunruhen beschlossenen Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben den Geruch von Kosmetika nicht los. Von der Regierungsschefin wird das nicht mal energisch bestritten. Aus der monetaristischen Ecke wird eingewendet, daß solche Kosmetika teuer sind, damit die Genesung behindern und an Symptomen rummachen, wo es gerade darauf ankomme, die wohltuende Wirkung der Arbeitslosigkeit für künftige Konjunkturen zu nutzen. Manchem Hinterbänkler wird jetzt mit Blick auf das Wahlergebnis schon flau im Magen, und da sind solche Kosmetika durchaus recht. Die Zeitschrift ,,Economist'' rät zur Rückbesinnung auf die Grundlagen der ökonomischen Strategie der Tories: Inflationseindämmung und Steuersenkung.

Massive Kritik an der Steuerpolitik gibt es auch von den Gesellschaften, die in der Nordsee Erdöl fördern. Das Erdöl ist ein Eckstein in der britischen Politik. Die Steuerpolitik und -höhe verhindere einen weiteren Ausbau der Förderung (den die Regierung aber im Augenblick auch gar nicht will), und es könne sich Kapital in die USA verflüchtigen.

Die Tories als Partei bekommen den Unmut der Kapitalisten auch ganz handfest zu spüren: Die Finanzen der Partei bestehen wahrscheinlich zu über 50% (entsprechende Zahlen werden von den Tories dementiert) aus direkten Zahlungen von Kapitalisten und Unternehmensgesellschaften. Der übliche Rückgang dieser Zahlungen nach den Wahlen ist dieses Jahr ziemlich drastisch, es kommt gegenwärtig gerade noch 14% des Geldes aus dem Wahljahr in die Kassen.

Die Labourparty begründet mit der extremen Politik der Regierungschefin die Notwendigkeit einer radikalen Antwort. Zu ihrem Parteitag im September legt sie ein Programmentwurf für eine sozialistische Alternative vor, der so was Neues für die Partei ist. (Wahrscheinlich wird er angenommen und damit zum Kern des nächsten Wahlmanifestes.) Unter den Programmen der westeuropäischen Arbeiterparteien, die in die Lage kommen können, in nächster Zeit ihre Politik in der Regierung zu vertreten, wäre es sicherlich das weitestgehende. Die Zeit drängt auf eine Alternative, es ist zu hoffen, daß Labour die Diskussion darüber wirklich in den Mittelpunkt stellen kann.

Sandinistische Revolution, US-Boykott und innere Schwierigkeiten

lup. Am 19. Juli, dem 2. Jahrestag des Sturzes des Somoza-Regimes und des Sieges der sandinistischen Revolution, verkündeten die nicaraguanischen Regierungsjunta und die Führung der FSLN, der sandinistischen Partei, auf einer Massenkundgebung in der Hauptstadt Managua zwei wichtige innenpolitische Dekrete. Das eine beinhaltet die Konfiszierung von 19 großen Betrieben, die am 19. Juli in Staatsbesitz überführt wurden.

Das zweite Dekret beinhaltet die langangekündigte und erwartete Agrarreform. Bislang hatte die sandinistische Regierung lediglich den Grundbesitz der Somozabetriebe enteignet und in Staatsgüter verwandelt, der übrige private Grundbesitz war bislang nicht angetastet worden. Landbesetzungen von Bauern waren mehrmals von der Regierung und der FSLN verurteilt worden. Vor allem aber hatte sich die sandinistische Regierung stets geweigert, das Land unter die Bauern zu verteilen, um auf dieser Basis die Vergenossenschaftlichung auf freiwilliger Grundlage entwickeln zu können.

An diesem Rahmen hält auch das am 19. Juli verkündete Dekret fest, das zwar den Umfang der Landenteignung erweitert – es umfaßt den unproduktiven privaten Landbesitz ab einer bestimmten Größe und auch Teile der nach dem 19. Juli 1979 verstaatlichten Latifundien – aber auch dies Land soll lediglich an Bauernkooperativen übergeben werden.

Zwei Jahre nach der Niederschlagung des von den USA gestützten Somoza-Regimes weist die Revolution in Nicaragua zahlreiche Anzeichen einer sich vertiefenden Krise auf. Die wirtschaftliche Lage, die Nahrungsmittelversorgung, die soziale Lage der Arbeiter und Bauern ist nach wie vor äußerst schlecht, die Produktion hat noch nicht wieder den Stand des Jahres 1977 erreicht.

Das nationale Bündnis aus FSLN und dem nationalen Unternehmensverband und den von ihm bestimmten Parteien, die zumindest in der Endphase den Kampf gegen das Somoza-Regime unterstützt hatten, beginnt zu zerbrechen, und die bürgerlichen Kräfte – soweit sie nicht Teil der FSLN selber sind, geraten immer mehr in Opposition gegen die Regierung, was angesichts ihrer nach wie vor ungebrochenen ökonomischen Herrschaft die Wirtschaftskrise weiter verschärft. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes hat die Regierung einen Lohnstop verhängt und das Streikrecht faktisch außer Kraft gesetzt, was aber angesichts einer Inflation von nahezu 30% eine beständige Entwertung der Löhne bedeutet.

Ein großer Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten Nicaraguas ist zweifellos objektiven Umständen geschuldet. Das Somoza-Regime hatte die Abhängigkeit des Landes von seinen Agrarexporten vertieft und jegliche industrielle Entwicklung rundum gefesselt, das wenige, was es in dieser Hinsicht gab, während des Bürgerkrieges weitgehend verkommen lassen. Die menschlichen Opfer des Krieges waren gewaltig. Der von der Reagan-Regierung verhängte Wirtschaftsboykott, die Einstellung von unter Carter bereits zugesagten Hilfslieferungen hat die Nahrungsmittelprobleme verschärft. Das konnte auch nur zum Teil ausgeglichen werden durch andere Hilfen aus der 3. Welt und Westeuropa. Die Hilfen der Sowjetunion und des RGW sind ohnehin marginal, sie stehen offenbar in umgekehrtem Verhältnis zu dem Einfluß, den die Sowjetunion und Kuba zumindest auf die Außenpolitik Nicaraguas ausüben, das in seinem Abstimmungsverhalten etwa in der UNO das sowjetische Lager fast bedingungslos unterstützt. Und zu diesen Faktoren kommt noch hinzu der anhaltende militärische Druck geflüchteter Somoza-Anhänger, die sich in Honduras in Ausbildungscamps sammeln, mit stillschweigender Unterstützung durch die US-Regierung, und die auch in einigen nördlichen Orten Nicaraguas, aus denen sie zum Teil stammen, noch über nicht unbeträchtlichen Einfluß verfügen.

Angesichts dieser schwierigen Bedingungen sind die Errungenschaften, die seit dem Sturz Somozas erreicht wurden, nicht unbeträchtlich. So wurde etwa die Arbeitslosenrate von fast 40 auf ca. 12% gedrückt. Die Alphabetisierungskampagne hat offenbar zu beträchtlichen Erfolgen geführt, die Analphabetenrate, die unter Somoza noch 70% betrug, wurde weitgehend überwunden. Auch die Kampagne zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung scheint erste Erfolge zu erzielen.

Überlagert werden aber diese Errungenschaften durch zunehmende Anzeichen einer innenpolitischen Krise, vor allem einer Wirtschaftskrise. Ausfuhren von 470 Mio. Dollar standen im vergangenen Jahr Einfuhren von 870 Mio. Dollar gegenüber. Um das Überleben des industriellen Sektors sicherzustellen, würden mindestens 250 Mio. Dollar benötigt, erklärte jüngst der Industrieminister Federico Cerda, diese stünden aber nicht zur Verfügung. Zunehmend machen sich Ersatzteilprobleme bemerkbar, die dazu führen, daß Teile der Produktionsanlagen stillgelegt werden müssen. Nationale Bourgeoisie und Grundbesitzer, die nach wie vor 80% der landwirtschaftlichen Produktion kontrollieren, weigern sich weitgehend zu investieren und darüber zum Wiederaufbau des Landes beizutragen. Kapital wird aus den Betrieben herausgezogen und heimlich ins Ausland geschafft.

Ihre Opposition gegen die sandinistische Regierung erklärt sich sicherlich zum Teil aus den zahlreichen Fäden, die sie mit dem US-Imperialismus verbinden. Eine andere Bedingung ist aber, daß sie nach dem Sieg über das Somozaregime durch die FSLN mehr oder weniger ausmanövriert wurden, ebenso wie der proletarische Flügel der Revolution, der sich in einer Reihe sozialistischer Gruppierungen organisiert hatte, die Anfang 1980 teilweise verboten und deren Führer zum Teil verhaftet wurden. Die nationale Bourgeoisie verfügt überdies über einen nicht unbeträchtlichen politischen Einfluß, ihre Zeitung La Prensa ist mit 66000 Exemplaren nach wie vor die auflagenstärkste Zeitung des Landes (das Zentralorgan der FSLN, Barricada, hat eine Auflage von 18000). Neben den sandinistischen Gewerkschaften gibt es große Industrie- und Landarbeitergewerkschaften, die teilweise unter christdemokratischer Führung stehen.

Einen weiteren Faktor der innenpolitischen Krise bilden Widersprüche zwischen der sandinistischen Zentralregierung und der spanischsprachigen Bevölkerung der Pazifikküste und der indianischen und schwarzen Bevölkerung der Atlantikküste. Letztere betrachten sich traditionell als innere Kolonie der spanischsprachigen Nicaraguaner; sie hatten den Widerstand gegen das Somoza-Regime kaum mitgetragen. Nach dem Sieg über Somoza wurde die Verwaltung der indianischen Gebiete zumeist von eingereisten Kadern übernommen, und der Versuch, die Alphabetisierung der indianisch- und englischsprachigen Bevölkerung an der Atlantikküste in Spanisch durchzuführen, obendrein noch durch kubanische Lehrer, hatte die Beziehung der FSLN zu den Indianern nicht gerade verbessert. Trotzdem bildete sich in der Misurasata eine Indianerorganisation, die die Interessen der Indianer vertrat und die sandinistische Regierung unterstützte. Sie hatte sich insbesondere zur Aufgabe gemacht, die Frage der Besitztitel des indianischen Gemeindelandes mit der Regierung zu klären, die faktisch die gesamte Region zum Staatsbesitz erklärt hatte. Kurz vor Aufnahme der Verhandlungen wurde jedoch die gesamte Führung der Misurasata unter dem Vorwurf separatistischer Umtriebe verhaftet, ihr Führer Fagoth Muller wurde beschuldigt, Angehöriger der Sicherheitspolizei Somozas gewesen zu sein. Die Indianer wiesen den Vorwurf des Separatismus zurück und erklärten erneut ihren Willen zur Unterstützung der sandinistischen Revolution. Die Verhafteten wurden später – außer dem Vorsitzenden – freigelassen. Die Widersprüche zwischen den Indianern und der FSLN sind aber nach wie vor nicht gelöst.

Leben in den Vorstädten und armen Regionen Nicaraguas bedeutet: kein fließendes Wasser, keine Elektrizität, einförmige, oft karge Mahlzeiten, Ungeziefer, schlechte hygienische Verhältnisse, Krankheit. – Während der Alphabetisierungskampagne versuchten Lehrer zusammen mit den Gesundheitsbrigaden, dies Elend zu bekämpfen: Gesundheitsposten und Medikamentendepots wurden eingerichtet, Sümpfe trockengelegt, Obstbäume gepflanzt, Brunnen gegraben und Latrinen gebaut.

heh.Rom. Als die tansanische Armee Uganda 1979 von der Herrschaft Idi Amins befreite, trat das Ausmaß des Niedergangs, in den Amin das Land geführt hatte, erst nach und nach hervor. Die Kräfte, die für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes und seine nationale Einheit wirken, waren weitgehend zerstört: Transportwesen,

Uganda: Wiederaufbau unter schwierigen Bedingungen

werk Kampalas, gegen private Geschäfte und das staatliche Kaffeelager durch.
Tansania, das selber mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, hat im Mai und Juni diesen Jahres seine Truppen aus Uganda abgezogen. Es liegen noch keine Infor-

So waren die Ausgangsbedingungen nicht besonders gut, durch eine behut-
Der Verfall des ugandischen Shillings führte zur Entstehung eines blü-
schen Parteien bildeten einen Nationalen Befreiungsrat, der einzige Stabili-

Latifundien – aber auch dies Land soll lediglich an Bauernkooperativen übergeben werden.
Zwei Jahre nach der Niederschlagung des von den USA gestützten Somoza-Regimes weist die Revolution in Nicaragua zahlreiche Anzeichen einer sich vertiefenden Krise auf. Die wirtschaftliche Lage, die Nahrungsmittelversorgung, die soziale Lage der Arbeiter und Bauern ist nach wie vor äußerst schlecht, die Produktion hat noch nicht wieder den Stand des Jahres 1977 erreicht.
Das nationale Bündnis aus FSLN und dem nationalen Unternehmensverband und den von ihm bestimmten

und Westeuropa. Die Hilfen der Sowjetunion und des RGW sind ohnehin marginal, sie stehen offenbar in umgekehrtem Verhältnis zu dem Einfluß, den die Sowjetunion und Kuba zumindest auf die Außenpolitik Nicaraguas ausüben, das in seinem Abstimmungsverhalten etwa in der UNO das sowjetische Lager fast bedingungslos unterstützt. Und zu diesen Faktoren kommt noch hinzu der anhaltende militärische Druck geflüchteter Somoza-Anhänger, die sich in Honduras in Ausbildungscamps sammeln, mit stillschweigender Unterstützung durch die US-Regierung, und die auch in einigen nördlichen Orten Nicaraguas, aus denen sie

zum Wiederaufbau des Landes beizutragen. Kapital wird aus den Betrieben herausgezogen und heimlich ins Ausland geschafft.
Ihre Opposition gegen die sandinistische Regierung erklärt sich sicherlich zum Teil aus den zahlreichen Fäden, die sie mit dem US-Imperialismus verbinden. Eine andere Bedingung ist aber, daß sie nach dem Sieg über das Somozaregime durch die FSLN mehr oder weniger ausmanövriert wurden, ebenso wie der proletarische Flügel der Revolution, der sich in einer Reihe sozialistischer Gruppierungen organisiert hatte, die Anfang 1980 teilweise verboten und deren Führer zum Teil verhaf-

Einen weiteren Faktor der innenpolitischen Krise bilden Widersprüche zwischen der sandinistischen Zentralregierung und der spanischsprachigen Bevölkerung der Pazifikküste und der indianischen und schwarzen Bevölkerung der Atlantikküste. Letztere betrachten sich traditionell als innere Kolonie der spanischsprachigen Nicaraguaner; sie hatten den Widerstand gegen das Somoza-Regime kaum mitgetragen. Nach dem Sieg über Somoza wurde die Verwaltung der indianischen Gebiete zumeist von eingereisten Kadern übernommen, und der Versuch, die Alphabetisierung der indianisch- und englischsprachigen Bevölkerung

te Region zum Staatsbesitz erklärt hatte. Kurz vor Aufnahme der Verhandlungen wurde jedoch die gesamte Führung der Misurasata unter dem Vorwurf separatistischer Umtriebe verhaftet, ihr Führer Fagoth Muller wurde beschuldigt, Angehöriger der Sicherheitspolizei Somozas gewesen zu sein. Die Indianer wiesen den Vorwurf des Separatismus zurück und erklärten erneut ihren Willen zur Unterstützung der sandinistischen Revolution. Die Verhafteten wurden später – außer dem Vorsitzenden – freigelassen. Die Widersprüche zwischen den Indianern und der FSLN sind aber nach wie vor nicht gelöst.

Uganda: Wiederaufbau unter schwierigen Bedingungen

heh.Rom. Als die tansanische Armee Uganda 1979 von der Herrschaft Idi Amins befreite, trat das Ausmaß des Niedergangs, in den Amin das Land geführt hatte, erst nach und nach hervor. Die Kräfte, die für das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes und seine nationale Einheit wirken, waren weitgehend zerstört: Transportwesen, Industrie und Handel waren zugrundegerichtet. Der Staat war bankrott. Die nationale Verwaltung hatte weitgehend aufgehört zu existieren, Armee und Polizei Amins hatten sich in plündernde Banditenhaufen aufgelöst.

Darüberhinaus hatte Amin bestehende Widersprüche zwischen den verschiedenen Ethnien (Volksstämmen) Ugandas aufs äußerste angestachelt. Um sich an der Macht zu halten, hatte er nicht nur zügellosen Terror ausgeübt, sondern zuletzt sogar verschiedene Armee-Einheiten und Volksstämme gegeneinander gehetzt.

Das koloniale Erbe

Der Partner der britischen Kolonialherren war die Oberschicht der traditionellen Königreiches Buganda. Sie war Statthalter der eigentlichen Herren entsprechend dem britischen System der ‚indirect rule', der indirekten Herrschaft, mit der das riesige Kolonialreich zusammengehalten wurde.

Die Soldaten jedoch wurden aus einer erblichen Militärkaste, den Nubi, rekrutiert. Die Nubi stammen aus dem Sudan und betrachten sich selber als Fremde in Uganda.

Als die Briten 1962 die Unabhängigkeit zugestanden, taten sie dies nach folgender politischer Formel: Der König von Buganda, Frederick Mutesa, wurde als Präsident eingesetzt. Er war zugleich Repräsentant der Oberschicht des relativ entwickelten Buganda. Milton Obote wurde Premierminister, mit relativ weiter Unterstützung der Bevölkerung. Seine eigentliche Basis jedoch waren die Volksstämme des ökonomisch besonders unterentwickelten Nordens Ugandas.

So waren die Ausgangsbedingungen nicht besonders gut, durch eine behutsame Politik die ethnischen Widersprüche zu überwinden und die ugandische Nation aufzubauen.

Im März 1966 vertrieb Obote, gestützt auf die Armee und Idi Amin, den bugandischen König und suspendierte die Verfassung. Als er versuchte, eigene Gefolgsleute in die Armee zu bringen, um dort seine Basis auszubauen, wurde er 1971 von Amin gestürzt.

Amins Herrschaft

Amin hatte zunächst die wohlwollende Unterstützung der westlichen Imperialisten, die sich legte, je mehr Amin sich als unwilliger und unzuverlässiger Partner herausstellte.

Uganda ist ein an Bodenschätzen reiches und fruchtbares Land. Die Engländer hatten es in einen Kaffeelieferanten verwandelt. Kaffee ist bis heute das Hauptexportprodukt geblieben. Anstatt die natürlichen Reichtümer für den Aufbau des Landes zu nutzen und die Bevölkerung zu mobilisieren, trat unter Amins Militärregime die allgemeine Korruption an die Stelle der öffentlichen Verwaltung. Die Militärs etablierten Klientel-Beziehungen zu den Geschäftsleuten, die nur gegen entsprechende Bestechungsgelder ihre Geschäfte betreiben konnten. Militärkommandeure wurden lokale Fürsten mit weitgehenden Machtbefugnissen.

Die Vertreibung der mit den Engländern ins Land gekommenen asiatischen Händler war nur kurz ein Ventil für den wachsenden Unmut über diese Entwicklung. Sie verschlechterte die Wirtschaftssituation weiter, und die wachsende Arbeitslosigkeit schuf das Rekrutierungsfeld für die entstehenden bewaffneten Banden.

Der Verfall des ugandischen Shillings führte zur Entstehung eines blühenden Schwarzmarktes, und der einhergehende Verfall der Erzeugerpreise ließ die Bauern nur noch für den Eigenbedarf produzieren oder ihren Kaffee nach Kenia schmuggeln, wobei sie sich an der Grenze regelrechte Gefechte mit der ugandischen Armee lieferten.

Als Amin begann, Gebietsansprüche gegen Kenia zu stellen und kenianische LKW's beschlagnahmte, schloß dies die Grenze und damit den Weg zum Meer. Amin war gezwungen, die Bedingungen des damaligen Präsidenten Kenyatta zu akzeptieren: Rückzug seiner Truppen von der Grenze, Kompensation für getötete kenianische Bürger, bzw. deren Freilassung aus dem Gefängnis und Unterlassung aller Drohungen.

Amins Gebietsansprüche gegenüber den Nachbarländern Tansania und Kenia waren einer der Gründe für die Auflösung der sich bis dahin günstig entwickelnden Ostafrikanischen Wirtschaftgemeinschaft 1977. Deren Ende war ein zusätzlicher Schlag gegen Ugandas Wirtschaft, was nur vorübergehend durch hohe Kaffee-Preise auf dem Weltmarkt und durch massive kubanische und sowjetische Hilfe verdeckt werden konnte. Der Überfall auf Tansania Anfang 1979 war dann nur der letzte Anstoß für seinen Sturz.

Die innenpolitische Lage nach Amins Sturz

Die Nationale Befreiungsfront, die zusammen mit der tansanischen Armee Amin vertrieb, war ein zusammengewürfelter Haufen, auf den sich der Wiederaufbau nicht stützen konnte. Die vier unter Amin exilierten politischen Parteien bildeten einen Nationalen Befreiungsrat, der einzige Stabilitätsfaktor jedoch war zunächst die tansanische Armee. Nach zwei Regierungen (Lule – zwei Monate, Binaisa – ein Jahr) übernahm die Militärkommission des Nationalen Befreiungsrates die Macht, an deren Spitze Anhänger Obotes standen. Sie bereiteten Wahlen vor, die im Dezember 1979 Obote wieder an die Macht brachten.

Obotes Ugandischer Volkskongreß (UPC) hat von diesen Parteien noch am ehesten einen nationalen Charakter, wenn auch seinen Schwerpunkt im Norden. Alle anderen Parteien vertreten Volksgruppen. Jene Gruppen, die den bewaffneten Kampf gegen Obotes Regierung führen, begründen dies vor allem mit Wahlmanipulationen, durch die sie benachteiligt worden seien. Die größte unter ihnen, MOSPOR, wird von dem ehemaligen Verteidigungsminister unter Lule und Binaisa geführt, dessen Partei (UPM) bei den Wahlen nur einen Sitz erhielt. Sie kontrolliert das 60×100 km große Gebiet der Akole.

Obote ruft seit seiner Wahl ständig zur nationalen Versöhnung auf bzw. kritisiert die partikularistischen Interessen der anderen Parteien. Im Rahmen dieser Versöhnungspolitik hat er auch begonnen, 3 000 ehemalige Soldaten und Polizisten aus Amins Armee aus den Gefängnissen zu entlassen. Solange Obote jedoch mit der Konsolidierung der nationalen Wirtschaft und Verwaltung nicht vorankommt, ist es fast unmöglich, die Nation politisch zu einigen. Bewaffnete Gruppen führten in diesem Jahr zahlreiche Angriffe gegen Polizeistationen, Gefängnisse, Kasernen und selbst gegen den Sitz des UPC in Kampala, das Elektrizitätswerk Kampalas, gegen private Geschäfte und das staatliche Kaffeelager durch.

Tansania, das selber mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, hat im Mai und Juni diesen Jahres seine Truppen aus Uganda abgezogen. Es liegen noch keine Informationen vor, ob sich dies positiv oder negativ auf die politische Situation auswirkt.

Die wirtschaftliche Lage

Drei Prozent des Welt-Kaffeexportes stammen aus Uganda. Der ugandische Erzeugerpreis für Kaffee wurde im Juni verdreifacht. Kenia hat Maßnahmen ergriffen, um seinen Abtransport zu erleichtern. Auf einer Konferenz mit der kenianischen Regierung Ende Mai wurden Maßnahmen über Sicherheit und Zusammenarbeit an der Grenze besprochen. Überhaupt entwickelt sich eine enge Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten, die mit Gipfelkonferenzen begann (im Januar mit Tansania, Kenia und Sambia in Kampala; und im Juni mit Sudan und Zaire in Zaire) und die in ministeriellen Arbeitsgruppen fortgesetzt wird und auf eine Wiederbelebung der Ostafrikanischen Gemeinschaft zielt.

Am 8. Juni haben IWF und Weltbank Uganda Kredite über 136 bzw. 70,5 Mio. Dollar gewährt. Bedingungen waren eine zehnfache Abwertung des Shillings, eine Erhöhung zahlreicher Steuern und eine Erhöhung der staatlich festgelegten Nahrungsmittelpreise, die zuletzt allerdings nur auf dem Papier existierten wegen der galoppierenden Inflation und des Schwarzmarktes.

Die weitere Entwicklung Ugandas wird hauptsächlich davon abhängen, inwieweit es Obote gelingt, eine Politik der nationalen Einheit zu verfolgen, und die ethnischen Gegensätze zu überwinden. Seine Politik der Unabhängigkeit, gestützt auf eine enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, hat gute Aussichten.

Zur Geschichte der „dual basing"-Strategie. Teil I

Reforger – Krücke der kriegsversehrten Supermacht

Von Dieter Wismann

Diesmal zwischen dem 25.8. und 20.9.81 wird wieder einmal von der Ostküste der USA bis an die DDR-Grenze der wichtigste amerikanische Part der NATO-Herbstmanöver abrollen: REFORGER, „REturn of the FORces to GERmany" (Rückkehr der US-Streitkräfte nach Deutschland). Geübt wird das Einfädeln der US-amerikanischen Verstärkung in das Nadelöhr eines europäischen „Kriegsschauplatzes". 17000 Soldaten per Flugzeug und zig tausend Tonnen an Ausrüstung per Schiff über den Atlantik. Bei oberflächlicher Betrachtung dieses militärisch wie technologisch beispiellosen Manövers können Furcht oder Faszination allzuleicht den Blick trüben für das Wesentliche dieses Ereignisses. Nur die Kenntnis seiner Geschichte kann Ursache und Zweck, Stärken und Schwächen der zugrundeliegenden Strategie aufspüren. Sie gibt zugleich nähere Aufschlüsse über die Chancen der NATO-Strategie heute und das tatsächliche Vermögen des US-Imperialismus zu globalstrategischem Handeln.

Das Konzept ist leicht skizziert: In offizieller Sicht der NATO ist Westeuropa ohne das strategische Hinterland USA nicht zu verteidigen. In der BRD präsent ist die US-Army aber nur mit rund 200000 Soldaten = 4 Divisionen + 3 Brigaden – ein bloßer „Stolperdraht" für den Warschauer Pakt, wie das im NATO-Jargon heißt. Zur Zeit lagert in den westdeutschen US-Depots aber schweres Kriegsgerät für komplette 3 weitere Divisionen. 1985 sollen gar Waffen, Munition usw. für nochmals 3 Divisionen bereitstehen. Die zum Einsatz dieser Kriegsmaschine erforderlichen Soldaten stehen jedoch in den USA – bzw. auf dem Papier. Im Ernstfall sollen sie herübergeschafft werden. „Dual basing", etwa Doppelstationierung, nennen das die US-Militärs: Voraussetzung für eine Verstärkung der US-Truppen in der BRD um 110%. Auf den ersten Blick ein Zeichen von Stärke, zumindest was Transporttechnologie, Organisationsvermögen und Waffenarsenal anbelangt.

Für REFORGER ist 1961 ein Schlüsseljahr. Die USA sieht sich im Verfolgen ihrer Weltherrschaftpläne von hauptsächlich zwei Entwicklungen bedroht: der Rivalität des Konkurrenten SU und dem Befreiungskampf der Völker der 3. Welt.

Nachdem die Sowjets 1949 das amerikanische Kernwaffenmonopol durchbrochen hatten, gelang ihnen 1953 die Detonation ihrer ersten Wasserstoffbombe. Im gleichen Jahr konnten die USA nur mit erheblicher Mühe im Korea-Krieg die Vorkriegskonstellation wieder einrenken. Offenbar jedoch noch lange keine Gründe, um in der Eisenhower-/Dulles-Administration Zweifel aufkommen zu lassen an der Wirksamkeit der „Politk der Stärke", der Strategie der „massiven Vergeltung" und an dem Plan, die Sowjetunion an die Wand zu rüsten. Jahrelang hatte die US-Regieung mit ihren Abrüstungsvorschlägen Friedfertigkeit demonstriert. Als die sowjetische Führung schließlich alle wesentlichen Punkte des US-Abrüstungsplans akzeptierte, ließ die US-Regierung die Verhandlungen platzen und brach ab 1955 ein bis dahin beispielloses Wettrüsten vom Zaum: erhebliche Verstärkung der Nuklearwaffe, Verdoppelung des Einsatzbestandes der USAF (Luftwaffe) usw. in den nur 2 Jahren bis 1957. Die illusionären Prämissen dieser Politik überdauerten ganze zwei Jahre. 1957 löste bekanntlich der erste Erdsatellit den sogenannten „Sputnik-Schock" aus. Der Schock war echt – nur wurde er nicht vor allem durch die sowjetische Satellitentechnik ausgelöst, sondern durch die SS-6 „Sapwood", die erste Interkontinentalrakete überhaupt, fähig, einen H-Sprengkopf 10000 km weit, also bis in jedes Ziel in den USA zu tragen. Die USA verfügten über keine Rakete mit einer auch nur annähernd so großen Schubkraft. Erstmals in der Geschichte ihrer Rivalität hatte die Sowjetunion die USA an einer wichtigen Front überholt. Zur Schließung dieser „Raketenlücke" versuchte der US-Imperialismus, die ganze Nation zu mobilisieren.

Regelrecht eng wurde es für den US-Imperialismus indes durch eine zeitlich nahezu parallele Entwicklung. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre nahm der Befreiungskampf der Völker einen Aufschwung, der Zusammenbruch der alten Kolonialreiche beschleunigte sich rapide; dramatischer Höhepunkt ist 1954 der Fall der französischen Indochina-Festung Dien Bien Phu. Und die US-Imperialisten sind bereits dabei. 1954 finanzieren sie 75% aller französischen Kriegskosten. Schon 6 Jahre danach ist der Bankrott der imperialistischen Erbfolgemacht in Südostasien offenkundig. Diem, Staatspräsident Südvietnams von US-Gnaden, ruft angesichts der mit den Mitteln der US-

nur wurde er nicht vor allem durch die sowjetische Satellitentechnik ausgelöst, sondern durch die SS-6 „Sapwood", die erste Interkontinentalrakete überhaupt, fähig, einen H-Sprengkopf 10000 km weit, also bis in jedes Ziel in den USA zu tragen. Die USA verfügten über keine Rakete mit einer auch nur annähernd so großen Schubkraft. Erstmals in der Geschichte ihrer Rivalität hatte die Sowjetunion die USA an einer wichtigen Front überholt. Zur Schließung dieser „Raketenlücke" versuchte der US-Imperialismus, die ganze Nation zu mobilisieren.

Regelrecht eng wurde es für den US-Imperialismus indes durch eine zeitlich nahezu parallele Entwicklung. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre nahm der Befreiungskampf der Völker einen Aufschwung, der Zusammenbruch der alten Kolonialreiche beschleunigte sich rapide; dramatischer Höhepunkt ist 1954 der Fall der französischen Indochina-Festung Dien Bien Phu. Und die US-Imperialisten sind bereits dabei. 1954 finanzieren sie 75% aller französischen Kriegskosten. Schon 6 Jahre danach ist der Bankrott der imperialistischen Erbfolgemacht in Südostasien offenkundig. Diem, Staatspräsident Südvietnams von US-Gnaden, ruft angesichts der mit den Mitteln der US-

Marionetten nicht mehr aufzuhaltenden Befreiungsbewegung nach US-Hilfe. Hundert sogenannter „US-Berater" werden geschickt, um die Marionettentruppen „auf Vordermann zu bringen". Der Fall Vietnams droht fast ein Jahrzehnt nach der gerade noch glimpflich abgelaufenen Entwicklung in Korea sich zur ernsten Störung für die Weltherrschaftspläne der USA zu entwickeln. Und die USA verfügt mit ihrer hauptsächlich auf den Nuklearschlag ausgerichteten Streitmacht und der Stratetgie der massiven (nuklearen) Vergeltung über keinerlei erfolgversprechendes Instrumentarium, um dieser Entwicklung Herr zu werden. Der Chef des US-Heeres, General M. Taylor, kann sich unter den vereinigten Stabschefs aller Waffengattungen mit seiner Doktrin begrenzter konventioneller Kriegführung nicht durchsetzen und hängt seine Uniform an den Nagel.

Im Jahre 1961 bündeln sich die Bemühungen des US-Imperialismus, sich in dieser krisenhaften Entwicklung gezielt auf die doppelte Bedrohung einzustellen. 1961 tritt Kennedy die Präsidentschaft an. Auf militärischem Gebiet ergreift er vor allem folgende Maßnahmen: Das Verteidigungsbudget wird drastisch erhöht – mit dem Schwergewicht auf der konventionellen Rüstung. In der US-Army beginnt die systematische Ausbildung für den „Dschungelkrieg". Während der Amtszeit Kennedys wird die Personalstärke der Army um fast 10% erhöht. General Taylor wird persönlicher Berater Kennedys und ein Jahr später Chef des Stabes, ranghöchster US-General. Schließlich ist 1961 ein Scheitelpunkt in der Entwicklung der US-Raketenstreitmacht erreicht. Nach der Entwicklungsphase der 1. Generation militärischer Großraketen steht die Phase von deren Serienproduktion und Installation an. Bei Veranschlagung aller wesentlichen Faktoren, wie Sprengkraft, Reichweite usw. kann man sagen, daß die USA die Sowjetunion in Sachen Raketenwettrüsten während der Amtszeit Kennedys (also bis 1963) eingeholt und überholt hat.

Trotz der doppelten Bedrohung und Belastung steht der US-Imerpialismus keineswegs mit dem Rücken an der Wand. Die Aussichten, die Krise zu bewältigen, scheinen vielmehr günstig. Der Kurswechsel fällt zeitlich zusammen mit einer außergewöhnlich langen Aufschwungphase der US-Wirtschaft zwischen 1961 und 66. Der höchste Verteidigungsetat in Friedenszeiten wirkt da sicher stimulierend. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote von um die 6% begünstigt die Rekrutierung. Und der Ton, den die US-Politik unter Kennedy anschlägt, verstärkt den beträchtlichen moralischen Bonus, den die Supermacht in der Welt immer noch hat. Die Rolle des Weltpolizisten ist weltweit noch nicht geäch-

US-Truppen in der BRD um 110%. Auf den ersten Blick ein Zeichen von Stärke, zumindest was Transporttechnologie, Organisationsvermögen und Waffenarsenal anbelangt.

wicklungsphase der 1. Generation militärischer Großraketen steht die Phase von deren Serienproduktion und Installation an. Bei Veranschlagung aller wesentlichen Faktoren, wie Sprengkraft, Reichweite usw. kann man sagen, daß die USA die Sowjetunion in Sachen Raketenwettrüsten während der Amtszeit Kennedys (also bis 1963) eingeholt und überholt hat.

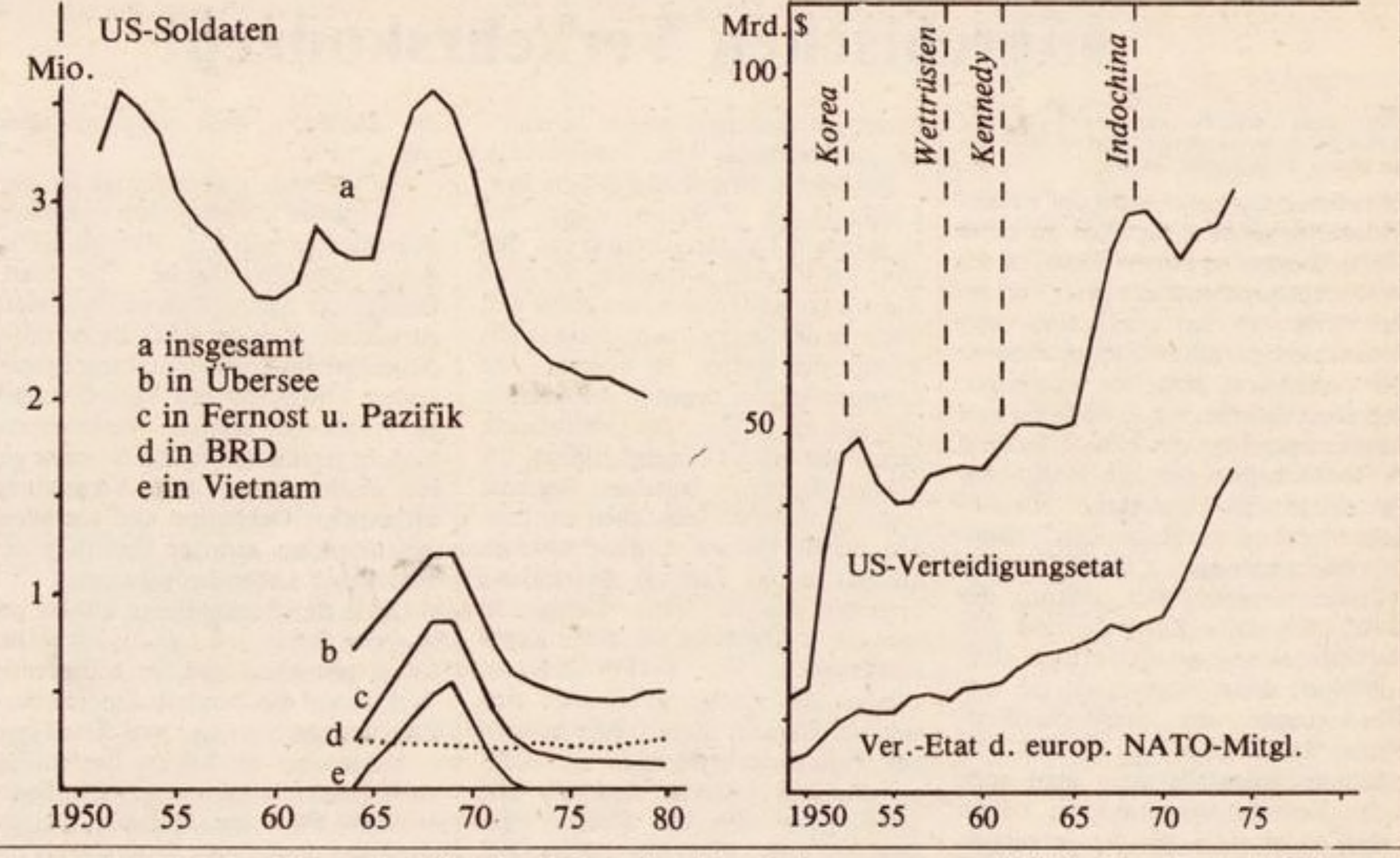
Trotz der doppelten Bedrohung und Belastung steht der US-Imerpialismus keineswegs mit dem Rücken an der Wand. Die Aussichten, die Krise zu bewältigen, scheinen vielmehr günstig. Der Kurswechsel fällt zeitlich zusammen mit einer außergewöhnlich langen Aufschwungphase der US-Wirtschaft zwischen 1961 und 66. Der höchste Verteidigungsetat in Friedenszeiten wirkt da sicher stimulierend. Die vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote von um die 6% begünstigt die Rekrutierung. Und der Ton, den die US-Politik unter Kennedy anschlägt, verstärkt den beträchtlichen moralischen Bonus, den die Supermacht in der Welt immer noch hat. Die Rolle des Weltpolizisten ist weltweit noch nicht geäch-

tet. Der Krieg in Indochina jedoch wird die Kräfte des US-Imperialismus so anspannen, daß deren Grenzen an einigen Nahtstellen bereits zutage treten.

Schon 1961 – die US-Berater sind erst einige Monate in Vietnam – wird der militärische Druck der Armee der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams derart bedrohlich, daß Vizepräsident Johnson erklärt, die US-Berater würden in die Kämpfe eingreifen, sollten sie selbst angegriffen werden.

In dieser Lage ordnet Verteidigungsminister McNamara 1962 eine Studie über die Verbesserung der Lufttransportkapazitäten und deren Einsatzdoktrin an, worauf sich unter Militärs und Experten eine heftige Kontroverse anschließt. Denn der durchsichtige Zweck des Ganzen war es, hauptsächlich die US-Truppen in der BRD auszudünnen, um die nötige Mannschaftsstärke für den Krieg in Indochina freizubekommen und Kosten einzusparen – und das alles ohne die Schlagkraft in Westeuropa nachhaltig zu schwächen. Diese „unmögliche" Aufgabenstellung ließ sich nur durch weitere Nuklearrüstung einerseits und die Möglichkeit schneller Truppenverlegung auf dem Luftwege lösen. 1964 kann McNamara vor dem Kongreß berichten, daß seit 61 das Kernwaffenpotential verdoppelt, die taktischen Jagdgeschwader um ein Drittel und die Lufttransportkapazität um 75% verstärkt wurden. 1961 wandten die Kritiker ein, daß ein solches Konzept eine Vorwarnzeit der NATO von 30 Tagen, günstiges Wetter, freie bzw. nicht zerstörte Flugplätze und diese außerdem in ausreichender Nähe zu den Gerätedepots und ausreichende Einlagerung von Kriegsgerät und Ersatzteilen etc. für die Flugzeuge voraussetze. Ungeachtet dieser Kritik wird 1963 die Probe aufs Exempel gemacht. In der ersten „BIG LIFT"-Operation werden die 15000 US-Soldaten der 2. Armored Division übungsweise in die BRD transportiert. Eine militärisch fragwürdige, aber gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den NATO-Verbündeten gleichermaßen effektvolle propagandistische Aktion, wenn man bedenkt, daß 1. die dafür nötigen materiellen Voraussetzungen noch nicht ausreichend geschaffen waren und 2. im Gefolge diese Manövers die Mannschaftsstärke der US-Truppen in der BRD und Westeuropa kräftig reduziert wird. 1969 verfügt die 7. US-Army nur noch über 85% ihrer Stärke des Jahres 1964. Der Tiefstand ist 1972 mit einer Reduzierung auf 80% des alten Potentials er-

die Flugzeuge voraussetze. Ungeachtet dieser Kritik wird 1963 die Probe aufs Exempel gemacht. In der ersten „BIG LIFT"-Operation werden die 15000 US-Soldaten der 2. Armored Division übungsweise in die BRD transportiert. Eine militärisch fragwürdige, aber gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den NATO-Verbündeten gleichermaßen effektvolle propagandistische Aktion, wenn man bedenkt, daß 1. die dafür nötigen materiellen Voraussetzungen noch nicht ausreichend geschaffen waren und 2. im Gefolge diese Manövers die Mannschaftsstärke der US-Truppen in der BRD und Westeuropa kräftig reduziert wird. 1969 verfügt die 7. US-Army nur noch über 85% ihrer Stärke des Jahres 1964. Der Tiefstand ist 1972 mit einer Reduzierung auf 80% des alten Potentials er-



Die Daten über die Entwicklung der Militärhaushalte zu jeweiligen Preise stammen aus: NATO. Tatsachen und Dokumente, Brüssel 1976, S. 330 f. Die Verteidigungsausgaben der BRD sind erst ab 1953 eingerechnet. – Die Daten über die Entwicklung der Truppenstärke sind vom Verfasser aus folgenden Quellen zusammengestellt worden: Österreichische Militärzeitschrift 2/77, 2/74, 2/77, 2/80, 2/81; Militärpolitik. Dokumentation. Extra 2, Berlin. Einige wenige Daten sind vom Verfasser geschätzt.

reicht. Diktiert wurden diese Maßnahmen vom Kriegsgeschehen in Indochina und den begrenzten US-Ressourcen.

Ohne massive Intervention der USA war der Krieg 1964 nicht mehr zu gewinnen. 1965 beginnt die USAF das Bombardement Nordvietnams rund um die Uhr. Die ersten Marines landen in Da Nang, Brückenkopf für den Aufbau der Bodentruppen. Mehr Waffen und Gerät als während des 2. Weltkriegs und des Korea-Krieges zusammengenommen kommt amerikanischerseits zum Einsatz. Trotzdem entfalten die Vietnamesen 1968 ihre TET-Offensive. Nur nach Auffüllung der US-Truppen auf 550000 Mann (1969) ist sie zum Stehen zu bringen. Grob geschätzt sind das jedoch nur 60% bis 70% der direkt oder mittelbar in den Krieg eingespannten Streitmacht im Raum Pazifik, Fernost und Südostasien. Diese Streitmacht wiederum umfaßt zu diesem Zeitpunkt mehr als 70% aller amerikanischen Verbände in Übersee, also einschließlich Europa und Lateinamerika. Trotzdem sei die Schlagkraft der US-Truppen in der BRD wenigstens in der ersten Hälfte der 60er Jahre nicht beeinträchtigt worden, da nur Personal für Logistik und Administration abgezogen wurde – erklärt das Pentagon. Mag sein – gleichwohl ein propagandistischer Betrug. Denn von den 550000 Soldaten in Vietnam waren nur ca. 80000 Soldaten im herkömmlichen Sinne Kampftruppen; der „Rest" unverzichtbare technische „Hilfstruppen". 1968 schließlich, im Jahr der TET-Offensive, wird die 1. mech. InfDiv aus der BRD abgezogen – Geburtsstunde des „Reforger"-Konzepts. Dieses seit 1969 alljährliche Manöver hatte anfangs die offizielle Funktion, den raschen Rücktransport dieser einen Division in die BRD zu üben. Seit 1964 waren aber Truppen im Personalumfang von 4 Divisionen abgezogen worden. Bezieht man das 2. Standbein der militärischen US-Präsenz in Europa neben der 7. US-Army und den Flugzeugstaffeln der TACAIR, nämlich die 6. Flotte im Mittelmeer, in die Kalkulation ein, deren Mannschaftsstärke 1973 nur noch 37% der von 1964 betrug, dann wird die Zwangslage, in die das vietnamesische Volk den US-Imperialismus hineinmanövriert hat, noch deutlicher.

1969 Waffenstillstand mit der DRV. Dollarkrise. Johnson verfügt angesichts des Defizits im Staatshaushalt Steuererhöhungen und drastische Sparmaßnahmen. 1975 Kriegsende. Die Folgen der US-Niederlage sind unübersehbar. Vor allem gibt der Sieg der Völker Südostasiens den Kämpfen gegen Imperialismus und Hegemonismus Auftrieb. Die jedoch militärisch weitreichendsten Folgen schlagen wiederum bis auf die NATO durch. Es ist nicht nur ein bis heute nicht ersetzbarer strategischer Stützpunkt verloren gegangen, sondern der Kern der aktiven US-Streitkräfte ist in diesem Krieg verschlissen worden. Die greifbaren Erscheinungsformen: Desertion in ungekanntem Ausmaß; rund ein Drittel der Mannschaften drogenabhängig; Insubordination bis hin zur Liquidie-

die Zwangslage, in die das vietnamesische Volk den US-Imperialismus hineinmanövriert hat, noch deutlicher.

1969 Waffenstillstand mit der DRV. Dollarkrise. Johnson verfügt angesichts des Defizits im Staatshaushalt Steuererhöhungen und drastische Sparmaßnahmen. 1975 Kriegsende. Die Folgen der US-Niederlage sind unübersehbar. Vor allem gibt der Sieg der Völker Südostasiens den Kämpfen gegen Imperialismus und Hegemonismus Auftrieb. Die jedoch militärisch weitreichendsten Folgen schlagen wiederum bis auf die NATO durch. Es ist nicht nur ein bis heute nicht ersetzbarer strategischer Stützpunkt verloren gegangen, sondern der Kern der aktiven US-Streitkräfte ist in diesem Krieg verschlissen worden. Die greifbaren Erscheinungsformen: Desertion in ungekanntem Ausmaß; rund ein Drittel der Mannschaften drogenabhängig; Insubordination bis hin zur Liquidie-

rung von Offizieren durch Mannschaften usw. Diese Truppe war derart demoralisiert und zersetzt, daß die US-Führung zur Rettung ihres Bestandes kein anderes Mittel sah als die Radikalkur der Abschaffung der Wehrpflicht. Ein Schritt vom Regen in die Traufe, wie das die Entwicklung immer deutlicher zeigt. Und nach dem schrittweisen Abzug von GI's während des Krieges das wohl folgenreichste Resultat des Indochinakrieges für die Lage der NATO. Selbst Reagan, der sich die Hebung der Kampfmoral der US-Soldaten, ja des ganzen Volkes geradezu zu einer seiner vornehmsten Aufgaben gemacht hat, sieht absehbar keine Chance für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Daß die imperialistischen Ziele der USA nicht mehr vom „amerikanischen Volk in Waffen", sondern nur noch von einer Söldnertruppe verfochten werden können, ist in der Tat nicht nur von streng militärischer Bedeutung.

1969 leitet Nixon die Entwicklung zur Aufstellung einer Berufsarmee ein, die schließlich 1973 erfolgt. Viele zurückkehrende Verbände gehen über die BRD und lassen die Truppenstärke 1973 vom Tiefstand 210000 (1972) kurzzeitig auf 229000 Mann anschwellen. Zwischen 1974 und 1977 aber sind „nur" rund 213000 US-Soldaten in der BRD, weniger als während aller Vietnamkriegsjahre, mit Ausnahme von 1972. Und der erhoffte Nebeneffekt, eine erhebliche Kosteneinsparung, blieb aus. Zwischen 1973 und 79 blieb die Zahl der US-Soldaten und Marines weitgehend konstant, deren Unterhaltskosten jedoch stiegen um 60% und werden voraussichtlich bis 1983 um über 100% steigen. Der Vietnamkrieg in den Knochen, konkurrenzlos schlechte Besoldung und eine hohe Arbeitslosigkeit treiben meist nur die verlumptesten Elemente des amerikanischen Volkes in die Reihen der Armee. Besonders herb ist der Mangel an hochqualifiziertem Personal. Durchaus üblich ist die Praxis, daß Teile der Besatzungen von Flugzeugträgern und Atom-U-Booten von Schiff zu Schiff ausgeliehen werden, um sie vollständig bemannen zu können. Die farbigen 15% der US-Bevölkerung sind in der Army mit 29% überrepräsentiert. Nur 30% der Soldaten ist auch nach 4 Jahren noch in der Army; nur 27% der Piloten nach 12 Jahren noch in der Air Force. Häufig wird im Zivilberuf das Doppelte verdient. Die Jahrgänge nach 1973 haben keine militärische Ausbildung erhalten und können nicht aus dem Stand mobilisiert werden. Für einen Krieg in Europa rechnet die US-Führung nach 120 Kriegstagen mit einem Bedarf von 1,3 Mio. Mann plus Reserve – rund das dreifache der verfügbaren Kräfte.

Für eine Supermacht, deren militärische Präsenz in all ihren Einflußzonen Existenzbedingung ist, ist dieser Zustand auf längere Sicht fatal. In Konkurrenz zur Sowjetunion erweist sich zudem die grundsätzliche Überlegenheit des amerikanischen Systems der freien Lohnarbeit und der politischen Demokratie in der Frage der Rekrutierung als Unterlegenheit gegenüber dem sowjetischen System – zumindest heu-

Army mit 29% überrepräsentiert. Nur 30% der Soldaten ist auch nach 4 Jahren noch in der Army; nur 27% der Piloten nach 12 Jahren noch in der Air Force. Häufig wird im Zivilberuf das Doppelte verdient. Die Jahrgänge nach 1973 haben keine militärische Ausbildung erhalten und können nicht aus dem Stand mobilisiert werden. Für einen Krieg in Europa rechnet die US-Führung nach 120 Kriegstagen mit einem Bedarf von 1,3 Mio. Mann plus Reserve – rund das dreifache der verfügbaren Kräfte.

Für eine Supermacht, deren militärische Präsenz in all ihren Einflußzonen Existenzbedingung ist, ist dieser Zustand auf längere Sicht fatal. In Konkurrenz zur Sowjetunion erweist sich zudem die grundsätzliche Überlegenheit des amerikanischen Systems der freien Lohnarbeit und der politischen Demokratie in der Frage der Rekrutierung als Unterlegenheit gegenüber dem sowjetischen System – zumindest heu-

te. Die bei einem Sold von 6 Dollar pro Monat gezogenen sowjetischen Soldaten belasten den sowjetischen Militärhaushalt mit rund 10 bis 25% seines Gesamtumfangs, während heute rund 60% des US-Budgets für die Personalkosten der Berufsarmee beansprucht werden. Bislang konnte der US-Imperialismus diese durch den Indochinakrieg zum Vorschein gekommene strategische Schwäche weitgehend technologisch kompensieren, durch mehr und mehr modernere Waffen, den strategischen Lufttransport, REFORGER usw. Daß die Chancen für diesen Ausweg in den letzten Jahren zunehmend schwinden, soll im 2. Teil erläutert werden.

Weltenergiekonferenz Nairobi: USA wollen ihren Export stärken

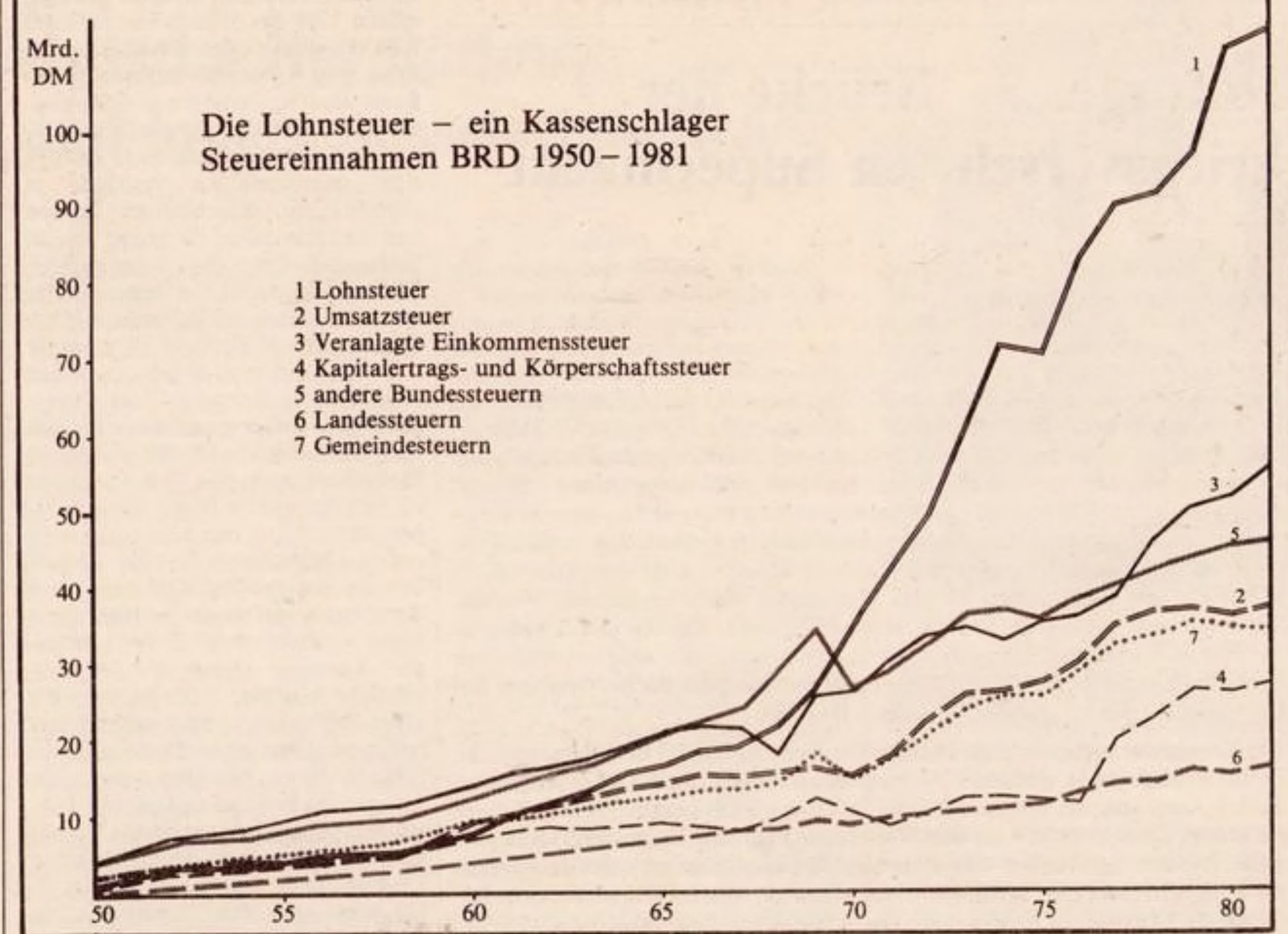
vol. Auf der Weltenergiekonferenz in Nairobi soll am Mittwoch zum ersten Mal das Aktionsprogramm beraten werden. Für die weitere Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft in der Dritten Welt schätzt die Weltbank einen Investitionsbedarf von 450 Mrd. Dollar im Energiesektor für die nächsten 10 Jahre. Der Verbrauch an Energie in den Entwicklungsländern wird dann (in Steinkohleeinheiten umgerechnet) von 2380 Mio. t auf 9200 Mio. t steigen. Die zentrale Frage, um die sich die Auseinandersetzungen auf dieser UN-Konferenz entwickeln, ist: Wer zahlt, wer verwaltet das Geld und wer verteilt es.

Die in der Gruppe 77 zusammengeschlossenen Entwicklungsländer verlangen, daß die Industriestaaten ihre Verantwortung gegenüber den Ländern der Dritten Welt anerkennen und diese Mittel für die Energieinvestitionen zusätzlich zur bisherigen Entwicklungshilfe aufbringen. Sie sollen durch Institutionen der UN, in denen die Entwicklungsländer eine Mehrheit haben, verwaltet und verteilt werden.

Die USA dagegen lehnen eine solche Verantwortung ab, sie sind nur bereit zu zahlen, wenn auch die Sowjetunion sich an dem Projekt beteiligt und wenn keine internationale Organisation sich in die Mittelvergabe einschaltet und wenn in erster Linie die „Privatinitiative“, d.h. ihre Energiemonopole, freien Raum zur Entfaltung erhalten.

Die Sowjetunion hat eine Beteiligung nur unter der Bedingung zugesichert, daß „das Wettrüsten“ beendet wird. Da sie selber es zum großen Teil betreibt, läuft dies auf Nichtbeteiligung hinaus.

Die EG Staaten versuchen sich in einer Vermittlerrolle zwischen USA und der Dritten Welt: Sie akzeptieren eine internationale Institution zur Verwaltung und Verteilung der Gelder, möglichst die Weltbank (wo sie und die USA die Mehrheit haben). Sie sind auch bereit, dafür etwas zu zahlen, unklar ist, wieviel. Auf der Konferenz sind als Finanzierungsmöglichkeiten genannt: Steuer für die internationale Behörde auf Öl oder Energie insgesamt, oder auf den Außenhandel.



Die Bundesregierung verfährt nicht erst seit neuestem nach dem alten Sprichwort „Wer hat, dem wird gegeben, wer nichts hat, der wird ausgeplündert“. Bei den Staatseinnahmen aus Steuern sind die Steuern der Lohnabhängigen die Kassenschlager: die Lohnsteuer hielt 1950 einen Anteil von 9,6% an allen Steuereinnahmen, 1960 12,1%, 1970 23,0% und 1979 28,3%; die Umsatzsteuer, heute Mehrwertsteuer, die die „Konsumenten“ zahlen müssen, hatte 1979 einen Anteil von 14,9%. Dagegen blieb der Steueranteil für veranlagte Einkommensteuer von 1950 11,1% bis 1979 auf 11,0% fast konstant. Die Körperschaftssteuer senkte ihren Anteil von 7,7% 1950 auf 6,7% 1979. Die weiteren Bundes- und Landessteuern sind im wesentlichen ebenfalls indirekte Besteuerung der Lohnabhängigen, die Gemeindesteuern der Kapitalisten bzw. Selbständigen.

Wirtschaftsdaten BRD – Ende der Krise ist nicht in Sicht

vol. Das Volkseinkommen der BRD ist im ersten Halbjahr nur um 1,5% gestiegen. Dies ist der niedrigste Wert in den letzten 12 Jahren. Die Bauindustrie, die häufig in Krisen als Frühindikator benutzt wird, weil Konjunkturveränderungen sich dort relativ schnell zeigen, erwartet ihr Tief entgegen allen bisherigen Voraussschätzungen erst im Jahr 1982. Die Zahl der Beschäftigten ist in den ersten 6 Monaten um 250000 gesunken, was auf eine tiefe Strukturveränderung am Arbeitsmarkt hindeutet. Die Inflationsrate nähert sich immer stärker den 6% an, was die diesjährigen Tarifabschlüsse und die Reallohnsenkung weiter verschärft. Gleichzeitig sinkt die Nachfrage im Inland in allen Bereichen, sowohl beim Verbrauch wie bei den Investitionen. Einzig die Investitionsnachfrage aus dem Ausland hat sich positiv (+ 11,8%) entwickelt, was aber an der Entwicklung eines neuen Leistungsbilanzdefizits in Rekordhöhe nichts wesentlich ändert.

Ernte 1982: Schlechter als im Vorjahr

vol. Durch die schweren Regenfälle mitten in der Erntesaison des Getreides sind Sommerweizen, -gerste und Roggen noch einmal schwer getroffen worden. In einigen Gebieten gab es schon vor diesen Überschwemmungen insbesondere in Südhessen Totalausfälle bei der Ernte: in Nordhessen, Bayern und Niedersachsen aufgrund der Überschwemmungen in diesem Frühjahr. Ca. 1 Mio. t weniger Getreide wird wahrscheinlich dieses Jahr abgeerntet. Aufgrund gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität rechnen die Landwirtschaftskammern mit Einnahmeeinbußen der Landwirte um 6 bis 10%. Verschlechterungen in den Ernteergebnissen und auch den Einnahmen werden weiterhin erwartet bei: der Roggenernte aufgrund zu nasser Witterung; die Rapsernte wird um 30 bis 50% aufgrund des schlechten Wetters, aber auch großer Schädlingsschäden sinken; ebenso bei den Obstbauern, wo Frost und ebenfalls Schädlinge schwere Schäden bewirkt haben. Einzig bei den Hackfrüchten (Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais) wird ein normales Ergebnis erwartet.

Der „Weinkrieg“ zwischen italienischen und französischen Winzern soll durch Eingreifen der EG entschärft werden. Letzte Woche wurde eine Schiffsladung italienischer Weine in Frankreich durch Heizöl unbrauchbar gemacht. Die italienischen Weinlieferungen nach Frankreich werden aufgrund der Überproduktion in Italien von 4 auf 10 Mio. hl steigen, die französischen Winzer haben selber noch 12 Mio. vom letzten Jahr, die sie ebenfalls noch verkaufen wollen. Die EG hat jetzt im Eilverfahren die Destillation von 2 Mio. hl italienischer Weine zu Alkohol beschlossen.

Frankreich hat die USA aufgefordert, ihr bei der Verteidigung des Franc-Wechselkurses zu helfen. Sie beruft sich auf die Stützungsaktion gegenüber dem Dollar 1973 durch die europäischen Notenbanken.

Die Woche im Rückblick

EG und Frankreich haben Hilfslieferungen für Polen beschlossen. Während Nahrungsmittellieferungen der EG in Höhe von 175 Mio. DM wegen Finanzierungsproblemen festliegen, hat Frankreich einen Großteil seiner Agrarüberschüsse nach Polen verkauft: 400000 t Weizen, 11000 t Fleisch und 15000 t Zucker. Die EG hat lauten Dank verkündet, da sie sonst die Lagerhaltung und Aufkaufpreise dieser Überschüsse hätte finanzieren müssen.

Die BP-AG hat als letzte ihre Benzinpreise um 5 Pf. erhöht und damit eine neue Welle der Benzinpreiserhöhungen eingeleitet. Die Konkurrenz hatte vor 14 Tagen nur um 3 Pfg. erhöht, sie wird jetzt nachziehen wollen. Seit Januar ist der Benzinpreis um 28 Pfg. gestiegen.

Startbahn West:

Kritik der Bürgerinitiativen am anarchischen Verkehrskonzept

(Dieser Artikel stellt die Fortsetzung von KVZ S. 11 dar und soll u.a. die dort vertretenen Thesen mit Daten belegen, gestützt auf die gleichen Quellen.)

„Bei den Passagieren steht der Frankfurter Flughafen in der Welt an elfter und in Europa an zweiter Stelle, in der

buser, „Verkehrsnutzen und Alternativen zur Startbahn West, Januar 1981).
Die beiden Schaubilder (Starts bzw. Landungen je ½ Stunde) zeigen, daß es jeweils 4 Landungsspitzen pro Tag gibt, wo Flugzeuge massiert aus allen

der Startbahn West abholzen lassen will.
Vollkommen gerechtfertigt ist also die Kritik der Bürgerinitiative an dieser anarchischen weil kapitalistisch betriebenen Verkehrsplanung. Die Start-

schaulich, daß die Beherrschung solcher Probleme, die das Ineinandergreifen und die Funktion tausender von Teilarbeiten und Vorgängen verlangen – was in der bürgerlichen Gesellschaft als charakteristische Eigenschaft des

Kapitals gilt – durch die selber, durch die assoziierten Produzenten möglich ist. Und, soll dieses Probelem in gesellschaftlichem Interesse gelöst werden, die gesellschaftliche Verfügung über die Verkehrsmittel erforderlich ist.

Landungen je halbe Stunde dunkel: Anteil der zu streichenden Flüge
22 20 18 derzeitige

en Raum zur Entfaltung erhalten.
Die Sowjetunion hat eine Beteiligung nur unter der Bedingung zugesichert, daß „das Wettrüsten“ beendet wird. Da sie selber es zum großen Teil betreibt, läuft dies auf Nichtbeteiligung hinaus.
Die EG Staaten versuchen sich in einer Vermittlerrolle zwischen USA und der Dritten Welt: Sie akzeptieren eine internationale Institution zur Verwaltung und Verteilung der Gelder, möglichst die Weltbank (wo sie und die USA die Mehrheit haben). Sie sind auch bereit, dafür etwas zu zahlen, unklar ist, wieviel. Auf der Konferenz sind als Finanzierungsmöglichkeiten genannt: Steuer für die internationale Behörde auf Öl oder Energie insgesamt, oder auf den Außenhandel.

die Umsatzsteuer, heute Mehrwertsteuer, die die „Konsumenten“ zahlen müssen, hatte 1979 einen Anteil von 14,9%. Dagegen blieb der Steueranteil für veranlagte Einkommensteuer von 1950 11,1% bis 1979 auf 11,0% fast konstant. Die Körperschaftssteuer senkte ihren Anteil von 7,7% 1950 auf 6,7% 1979. Die weiteren Bundes- und Landessteuern sind im wesentlichen ebenfalls indirekte Besteuerung der Lohnabhängigen, die Gemeindesteuern der Kapitalisten bzw. Selbständigen.

Der „Weinkrieg“ zwischen italienischen und französischen Winzern soll durch Eingreifen der EG entschärft werden. Letzte Woche wurde eine Schiffsladung italienischer Weine in Frankreich durch Heizöl unbrauchbar gemacht. Die italienischen Weinlieferungen nach Frankreich werden aufgrund der Überproduktion in Italien von 4 auf 10 Mio. hl steigen, die französischen Winzer haben selber noch 12 Mio. vom letzten Jahr, die sie ebenfalls noch verkaufen wollen. Die EG hat jetzt im Eilverfahren die Destillation von 2 Mio. hl italienischer Weine zu Alkohol beschlossen.

Frankreich hat die USA aufgefordert, ihr bei der Verteidigung des Franc-Wechselkurses zu helfen. Sie beruft sich auf die Stützungsaktion gegenüber dem Dollar 1973 durch die europäischen Notenbanken.

Die Woche im Rückblick

EG und Frankreich haben Hilfslieferungen für Polen beschlossen. Während Nahrungsmittellieferungen der EG in Höhe von 175 Mio. DM wegen Finanzierungsproblemen festliegen, hat Frankreich einen Großteil seiner Agrarüberschüsse nach Polen verkauft: 400000 t Weizen, 11000 t Fleisch und 15000 t Zucker. Die EG hat lauten Dank verkündet, da sie sonst die Lagerhaltung und Aufkaufpreise dieser Überschüsse hätte finanzieren müssen.

Die BP-AG hat als letzte ihre Benzinpreise um 5 Pf. erhöht und damit eine neue Welle der Benzinpreiserhöhungen eingeleitet. Die Konkurrenz hatte vor 14 Tagen nur um 3 Pfg. erhöht, sie wird jetzt nachziehen wollen. Seit Januar ist der Benzinpreis um 28 Pfg. gestiegen.

Niedersachsen aufgrund der Überschwemmungen in diesem Frühjahr. Ca. 1 Mio. t weniger Getreide wird wahrscheinlich dieses Jahr abgeerntet. Aufgrund gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität rechnen die Landwirtschaftskammern mit Einnahmeeinbußen der Landwirte um 6 bis 10%. Verschlechterungen in den Ernteergebnissen und auch den Einnahmen werden weiterhin erwartet bei: der Roggenernte aufgrund zu nasser Witterung; die Rapsernte wird um 30 bis 50% aufgrund des schlechten Wetters, aber auch großer Schädlingsschäden sinken; ebenso bei den Obstbauern, wo Frost und ebenfalls Schädlinge schwere Schäden bewirkt haben. Einzig bei den Hackfrüchten (Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais) wird ein normales Ergebnis erwartet.

Startbahn West:

Kritik der Bürgerinitiativen am anarchischen Verkehrskonzept

(Dieser Artikel stellt die Fortsetzung von KVZ S. 11 dar und soll u.a. die dort vertretenen Thesen mit Daten belegen, gestützt auf die gleichen Quellen.)

„Bei den Passagieren steht der Frankfurter Flughafen in der Welt an elfter und in Europa an zweiter Stelle, in der Fracht entsprechend an vierter und erster Stelle. Er hat am Linien- und Charterverkehr der Bundesrepublik einen Anteil von 36%, am interkontinentalen Verkehr von rund 80% und am Frachtverkehr von 74%. Frankfurt ist Drehscheibe: fast die Hälfte der Passagiere sind Umsteiger.“ (Grundzüge der Luftverkehrspolitik“, Bundesverkehrsminister Hauff, nach „Verkehrsreport 2/81“, Zeitung der ÖTV). Ob diese Zustände und ihre Fortentwicklung gesellschaftlich sinnvoll sind, diese Frage spielt bei den Überlegungen der Startbahn-West-Planer keine Rolle. Ein Geschäft ist machbar, jedenfalls wenn man noch mehr Verkehr auf Frankfurt ziehen kann, so ist die Logik der beteiligten Kapitale.

„Die Kapazität des Flughafens Frankfurt ist erschöpft“ – das ist das ursächliche Argument der Flughafen AG und der hessischen Landesregierung bei ihren Ausbauplänen zur Startbahn 18 West. Der Frankfurter Flughafen ist mit 84,2% als einziger Flughafen in Westdeutschland relativ hoch ausgelastet, vgl. z.B. Köln 34,7%, Hamburg 37,3%, München 52,9%. An seine Kapazitätsgrenzen stößt er allerdings bei unveränderter Verkehrsstruktur nur aufgrund der Umsteigefunktion. Verteilte man die durchschnittlich etwa 600 Flugbewegungen (Starts und Landungen) pro Tag auch nur gleichmäßig auf die 16 Tagesstunden, so betrüge die Belastung nur 35 Flüge pro Stunde und läge damit weit unter den 55 Flugbewegungen pro Stunde, die der Flugplankoordinator als Eckwert angibt (Angaben nach Lebuser, „Verkehrsnutzen und Alternativen zur Startbahn West, Januar 1981).

Die beiden Schaubilder (Starts bzw. Landungen je ½ Stunde) zeigen, daß es jeweils 4 Landungsspitzen pro Tag gibt, wo Flugzeuge massiert aus allen Richtungen ankommen, um kurze Zeit später in der Startspitze massiert in alle Richtungen starten zu können. Die Landungsspitzen liegen in den Starttälern und umgekehrt, das gewährleistet gerade die hohe Umsteigfunktion, die Fluggesellschaften bestehen. Begrenzt sind vor allem die möglichen Landungen, die mit 180 sec. Abstand mehr als dreimal so viel Zeit zur Abwicklung brauchen wie die Starts. Demgemäß wird die 3. *Start*bahn nur einen Kapazitätszuwachs von 6–8% bringen, nämlich die wenigen Flugzeuge aufnehmen können, die auf dem bisherigen Parallelbahnsystem in den Landungsspitzen gestartet sind. Zu den Landungsspitzenzeiten könnten geringfügig mehr Flugzeuge landen. All das ist von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Rhein-Main eindeutig belegt und hat auch schon seine Wirkung gezeigt, weshalb Börner jetzt als Argument vornehmlich den Knüppel „Arbeitsplätze“ schwingt, um die er sich inbrünstig sorgt.

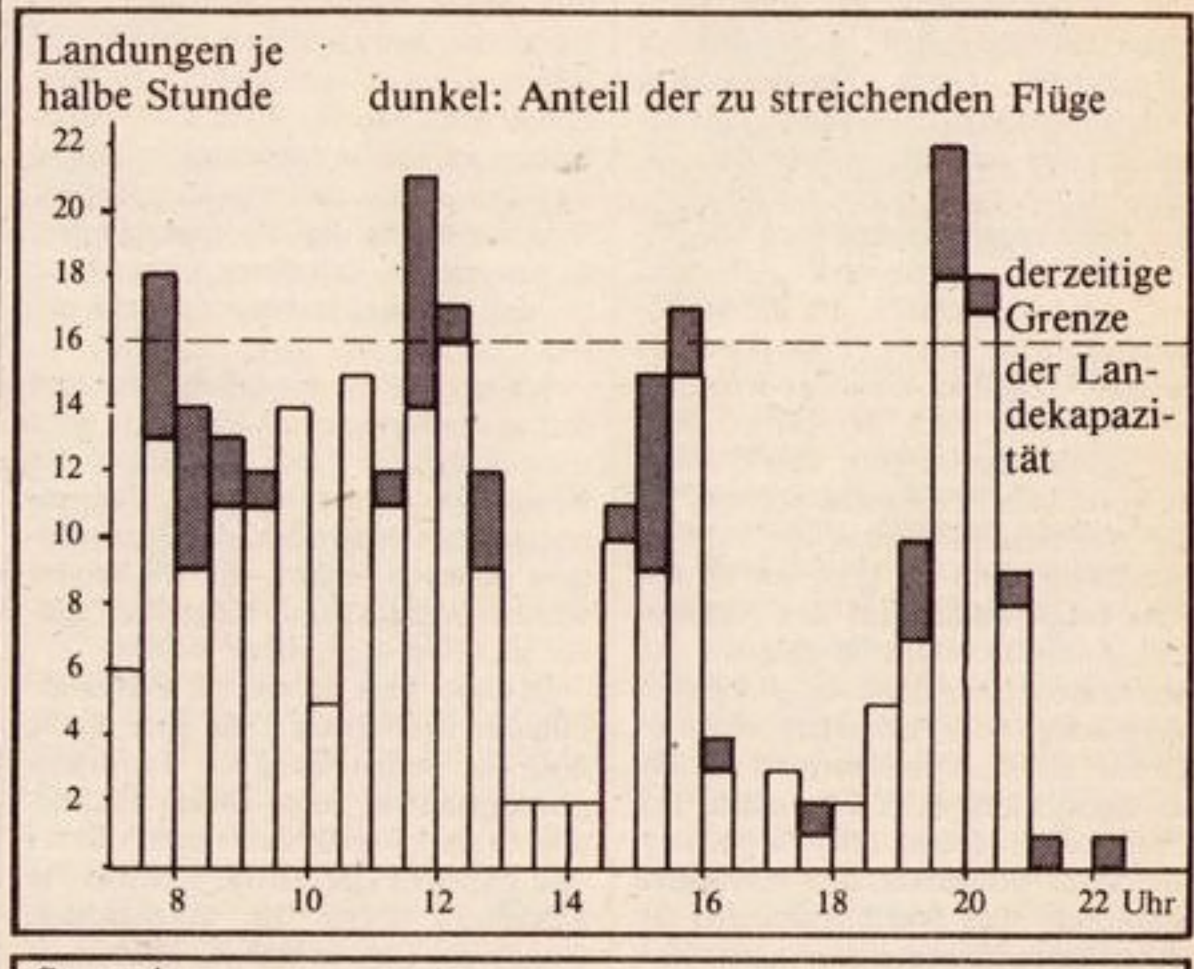
Viel größere Kapazitätserweiterung brächte die geplante Startbahn West allerdings für eine ausgedehnte militärische Nutzung, die nicht an die Umsteigefunktion und die damit verbundene Verkehrsverteilung gebunden ist.

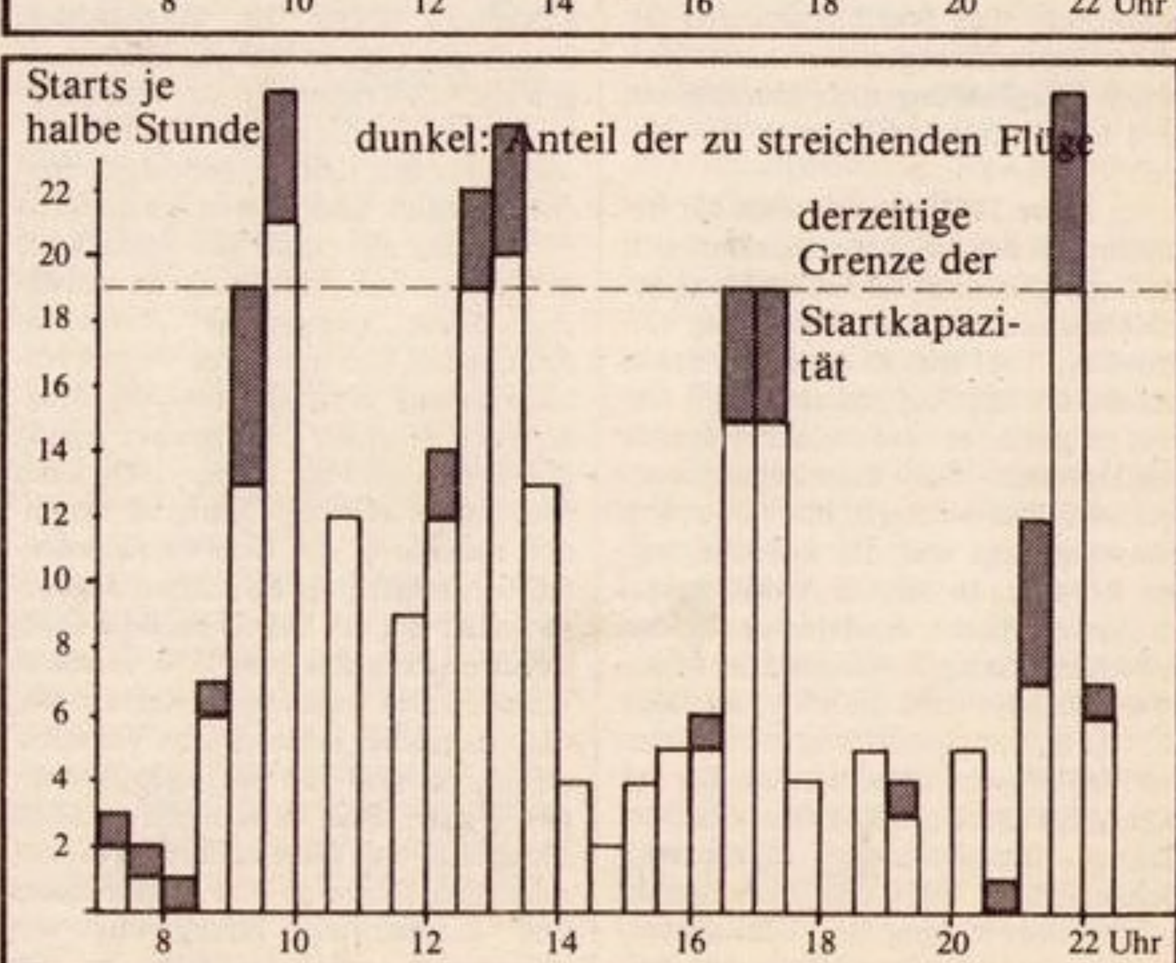
Bei gleichbleibender Verkehrsstruktur und einem von Verkehrsminister Hauff erwarteten jährlichen Zuwachs der Flugbewegungen von 1,5% wäre zudem die geringe Kapazitätserweiterung von 6–8% in ca. 5 Jahren erschöpft und es hieße wieder: „Frankfurt ist dicht“. Das Gelände, das die FAG aufgekauft hat, ist tatsächlich weit größer als das, was sie zum Bau der Startbahn West abholzen lassen will.

Vollkommen gerechtfertigt ist also die Kritik der Bürgerinitiative an dieser anarchischen weil kapitalistisch betriebenen Verkehrsplanung. Die Startbahngegner haben Alternativkonzepte entwickelt. Statt der FAG die Profitbedingungen im Konkurrenzkampf gegen andere Flughäfen und Verkehrsträger zu verbessern, soll das Verkehrsproblem in gesellschaftlichem Interesse gelöst werden, ohne riesige Vergeudung öffentlicher Geldmittel und vor allem mit möglichst geringer Belastung der natürlichen Lebensbedingungen.

Die in den Schaubildern dunkel gerasterten Starts und Landungen sollen sofort gestrichen und der betreffende Verkehr auf die Bundesbahn-Intercity-Züge verlagert werden, weil diese Flüge
a. aus weniger als 300 km Entfernung nach Frankfurt kommen (Köln, Saarbrücken, Nürnberg, Stuttgart, Düsseldorf) und deshalb die Zeitersparnis gegenüber dem Zug weniger als eine Stunde beträgt, und/oder
b. von der Lufthansa mit 40% preisermäßigt werden, um überhaupt die Maschinen besetzt zu kriegen, oder
c. kleine Maschinen sind, die ebensogut auf dem nahegelegenen Flugplatz Egelsbach abgewickelt werden können.

Allein diese von der Bürgerinitiative geforderte Umstrukturierung in Richtung einer planmäßigen gesellschaftlichen Verkehrsregelung brächte eine sofortige Kapazitätsentlastung von 15%, bei Verlagerung des gesamten innerdeutschen Flugverkehrs auf die bestehenden Bahnlinien 30%. Zahlreiche weitere Vorschläge sind z.B. in der genannten Broschüre von Lebuser enthalten. Für die Landesregierung und die FAG sind derartige Forderungen äußerst brisant, belegen sie doch anschaulich, daß die Beherrschung solcher Probleme, die das Ineinandergreifen und die Funktion tausender von Teilarbeiten und Vorgängen verlangen – was in der bürgerlichen Gesellschaft als charakteristische Eigenschaft des Kapitals gilt – durch die selber, durch die assoziierten Produzenten möglich ist. Und, soll dieses Probelem in gesellschaftlichem Interesse gelöst werden, die gesellschaftliche Verfügung über die Verkehrsmittel erforderlich ist.





Tourismus:

Ware in der Hand der Konzerne?







Die drei größten Tourismuskonzerne sind NUR (Neckermann, GUT/DGB, Jettours), TUI (u.a. Quelle, Tigges, Scharnow, abr) und ITS (Kaufhof, Hertie, Glücksreisen), viertgrößtes Reiseunternehmen sind die ADAC-Reisen. An TUI sind die Deutsche Bank und der Bund über Lufthansa und Bundesbahn und die Deutsche Reisebüro GmbH maßgeblich beteiligt, die Deutsche Bank hat allerdings auch über Karstadt eine erhebliche Beteiligung am angeblich scharfen Konkurrenten NUR, an dessen Aktien allerdings auch die Commerzbank Teilhaber ist. Die Dresdner Bank verteilt ihre Aktien zur Abwechslung auf ITS und TUI. Verwandt ist in der großen Tourismusfamilie letztlich jeder mit jedem, der Markt ist verflochten, die Verwandschaftsgrade bestimmen sich nach der Menge der Aktienpakete.

meu.Nürnberg. Die Frage nach dem Unterschied zwischen einem Touristen und einem Terroristen wird ja auch so beantwortet, daß der letztere Sympathisanten habe. Der Witz birgt auch das alte Klischee der dumpfen, herdenartigen Neckermanntouristen, und wissenschaftliche Untersuchungen über den Tourismus sind bisher auch rar, zumindest kritische. Erforscht ist, wie das Deckblatt eines Reisekatalogs aussehen muß, damit sich die Reisen auch verkaufen, oder wie wichtig Sonne, Essen und Unterhaltung sind, kurz die Technik des Verkaufs der Ware Tourismus. Dabei bleibt die Ware selbst, ihre Zusammensetzung, die Bestandteile des Preises, die Verflechtung und Kontrolle der Märkte durch die Touristikkonzerne schamhaft verhüllt. Daß der Konsum von Reisen ein massenhafter Vorgang ist und in dieser Form gerade erst eine Generation alt, ist unbestritten. Ob sich die bisherige Entwicklung ungebrochen in die nächsten Jahre verlängern wird, ist fragwürdig.

1978 wurden weltweit 243 Millionen grenzüberschreitende Urlaubsreisende gezählt, das ist etwa so, als entleerten sich alle EG-Staaten auf einmal ihrer Bevölkerung. Ausgehend von dem Massencharakter des Reisens wird in Presse und Literatur zum Thema Tourismus häufig die Kontroverse aufgebaut, ob Massentourismus, Individualtourismus oder gar Alternativtourismus die bessere Form des Reisens sei. Das scheint mir eine relativ müßige Debatte, denn der Tourismus hat so globale Formen angenommen, daß er Landschaften, Infrastruktur und Warenproduktion der Ferienländer verändert hat, und jeder, der reist, wird in diesen Vorgang einbezogen – er mag es wollen oder nicht. Dabei wird häufig der Gesichtspunkt vernachlässigt, daß gerade die massenhafte und auch die organisierte Form des Reisens fortschrittliche und demokratische Züge hat. Unabhängig von Sprachkenntnis, Organisationsgeschick, Erfahrung und Vorbereitungszeit kann jeder so weit verreisen wie er will, vorausgesetzt, er kann den Preis zahlen. Urlaubsreisen sind, zumindest in den kapitalistischen Ländern, eine relativ selbstverständliche Ware geworden.

Die Deutschen: Weltmeister im Reisen?

Das gängige Klischee vom kaufkraftstarken, weitgereisten Bundesbürger hält den europäischen Vergleich nicht aus. Die westdeutsche Konsumtion an Urlaubsreisen ist unterdurchschnittlich. Nach Schätzungen sollen 1981 etwa 57% der Bevölkerung verreisen (in den Statistiken immer ohne Jugendliche unter 14 Jahren), bereits 1976 verreiste jeder zweite. Die Zahl der Reisenden steigt wesentlich langsamer als in den 60er und 70er Jahren. Eine Untersuchung von 1976 hat bei einem Vergleich von acht europäischen Ländern ergeben, daß – gemessen an der jeweiligen Bevölkerung – Westdeutschland in der Reisehäufigkeit den sechsten Platz einnahm, gefolgt nur noch von Belgien und Italien. Zwar waren zu diesem Zeitpunkt bereits 30% aller Reisen Auslandsreisen, aber Fernreisen mit 1,5% wieder unterdurchschnittlich selten.

Reiseverhalten 1976 in acht europäischen Ländern

	Reiseintensität in %	Auslandsreisen in %	Fernreisen in %
Schweden	66	19	2,5
Großbritan.	69	18	3,2
Niederlande	63	37	1,4
Frankreich	63	14	2,6
Schweiz	55	40	3,3
BRD	50	30	1,5
Belgien	48	13	1,7
Italien	42	3	0,5
Durchschnitt	56	18	2,0

Die Reiseintensität einer Bevölkerung läßt allerdings nur beschränkte Aussagen über den Lebensstandard zu, denn sie sagt ja nichts darüber aus, wieviele Millionen in ihrem ganzen Leben keinen Urlaub machen können, wie viele z.B. wegen größerer Anschaffungen oder Krankheit keinen Urlaub machen usw. Anhand der Statistik läßt sich allerdings sagen, daß sich seit 1956 die Zahl der Urlaubsreisen nahezu verdreifacht hat (Tabelle 2) und daß sich vor allem die Zahl der Auslandsreisen vermehrt hat, 1980 waren es 60% aller Reisen.

Sicher gibt es für die Wahl von Reisezielen sehr unterschiedliche Motive – in der Summe der ausländischen Reiseziele spiegelt sich aber deutlich wider, daß die Reisen vor allem auch finanziell sehr genau geplant und kalkuliert werden, denn gerade die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und die Kosten der Anfahrt zum jeweiligen Ferienland scheinen entscheidend. So liegt von 1978 bis 1980 Österreich auf Platz 1, gefolgt von Spanien und Italien, die allerdings in absoluten Zahlen schon erhebliche Einbußen hinnehmen mußten (s. Tabelle 3). So hatte Spanien von 1979 zu 1980 ein Minus von 200000 und Italien ein Minus von 300000 Touristen.

Über den Radius der Reisen und die Wahl der Verkehrsmittel lassen sich nur vage Prognosen machen, absolut und prozentual stieg das Auto als Verkehrsmittel im Urlaub an, trotz gestiegener Kosten; auch 1981 ist das Flugzeug nach bisherigen Meldungen weniger genutzt worden. Ökonomische Krisen, etwa die Rezession 1967/68, haben zwar zu einer relativen Stagnation, absolut aber zu einem weiteren Anstiegen der Reisen geführt.

Der Urlaub wird auch in Zeiten sinkender Reallöhne als mittlerweile selbstverständliche Ware nicht gestrichen werden können, aber möglicherweise werden sich die Formen des Reisens wieder ändern, da die finanziellen Mittel sparsamer eingesetzt werden müssen. Es ist möglich, daß die Auslandsreisen wieder in dem Maße sinken, wie die Lebenshaltungskosten der Ferienländer über die Kosten in Westdeutschland hinauswachsen.

Devisenverschleppung contra Wirtschaftsstabilität?

Die Prognose von der hausgemachten negativen Leistungsbilanz, von der volkswirtschaftlichen Unvernunft der deutschen Touristen ist in mehrfacher Hinsicht zynisch. Wer das Kippen der Flüsse und Seen, die Ruinierung der Nord- und Ostsee, das Zubetonieren der Landschaft zu verantworten hat, darf ohnehin nicht zum Heimaturlaub blasen. Abgesehen davon, daß sich diese Apostel ihren Platz an der Sonne ohnehin gesichert haben. In dieser Debatte, die besonders 1980 strapaziert wurde, blieb beiläufig unerwähnt, daß die großen Profiteure des Tourismusgeschäfts im eigenen Land sitzen. Eindeutig nachweisbar ist das für die Tourismuskonzerne: Je weiter das Ferienland entfernt ist, um so geringer ist der Anteil der Devisen, der tatsächlich im Ferienland selbst bleibt. Während Österreich noch ca. 80% der über den Tourismus eingenommenen Devisen verbleiben, hatten Länder wie Tunesien unterm Strich nur noch ca. 30% der Devisen zur Verfügung (nach Untersuchungen Mitte der 70er Jahre). Das liegt an zweierlei: Der Tourist in Österreich hat in der Regel nicht pauschal gebucht über einen Veranstalter, er fährt selbst und sucht sich sein Quartier. Aber je weiter das Ferienland entfernt ist, desto größer wird der Anteil der organisierten Reisen; für außereuropäische Länder liegt der Anteil der Konzerne bei 90%. Damit bleiben in der Regel alle Verwaltungs-, Versicherungs- und Transportkosten bei den Konzernen als Einnahmen, ebenso Veranstaltungen und Reiseleitung am Ort.

Zusätzlich müssen vor allem die Länder der Dritten Welt sowohl für die Errichtung der Tourismuszentren als auch für ihre Unterhaltung, in der Regel sogar für die Lebensmittel, Importe vornehmen. Daß der Tourismus gar eine Form der Entwicklungshilfe sei, behauptet nicht mal das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Tourismusinvestitionen aus Bundesmitteln betrugen 1976 23,7 Mio. DM, damit 0,4% aller vom Bund abgeschlossenen Darlehensverträge. In der Begründung der relativ geringen Mittel beruft sich das Ministerium auf die Fragwürdigkeit dieser Investitionen, denn: „Als gesichert kann gelten, daß die Importquote für Güter und Dienstleistungen (der Tourismusländer der Dritten Welt, der Verf.) um so höher ist, je mehr Erste-Klasse-Touristen das Land besuchen, je geringer der Grad der wirtschaftlichen Entwicklung des betreffenden Landes ist, je mehr ausländisches Kapital an den betreffenden Hotels beteiligt ist." (1)

Nach einer gerade veröffentlichten Studie der OECD-Staaten hat die Wachstumsrate des Tourismus aller Mitgliedsländer 1980 2% betragen, der Umsatz der ersten drei Monate 1981 lag unter dem des Vorjahres. Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Wachstumsraten der Schweiz mit 18% und der BRD mit 19% (nicht inflationsbereinigt). Somit ist die BRD schon in Hinblick auf das eigene Tourismusgeschäft in Wirklichkeit an keinerlei Beschränkungen interessiert, keine Beschränkungen empfehlen auch die Experten der OECD.

Massentourismus = Herrschaft der Konzerne?

Der Markt für das Tourismusgeschäft ist in der BRD im wesentlichen aufgeteilt und konzentriert auf die Konzerne TUI und NUR als Marktführer und Konkurrenten. Die Tourismuskonzerne vermitteln etwa ¼ aller Reisen, insgesamt wurden 1980 7,1 Mio. Pauschalreisen gebucht, allerdings ist die Tendenz rückläufig (1979: 7,2 Mio., 1978: 6,5 Mio.). Der Markt ist so verflochten, daß jeder Bankkonzern direkt oder indirekt im Geschäft ist (Deutsche Bank in TUI und NUR, Dresdner Bank in ITS / Kaufhof/Hertie-Reisen, Commerzbank in NUR). Der Bund verdient an TUI über Lufthansa, Bahn, Reisebüros.

Offensichtlich entspricht aber die Ökonomie der Pauschalreise nicht den Bedürfnissen der Touristen. Ein Blick auf die Eingangstür eines beliebigen Hotels in Jugoslawien oder Spanien offenbart in der Regel die ganze Veranstalterpalette, auf den Schildern stehen friedlich vereint TUI, NUR, Hertie-, Kaufhofreisen, ADAC und ihre Untergesellschaften. Die Ökonomie der Transporte erfordert ausgelastete Flugzeuge, zügige Transfers, Ballung der Hotels oder zumindest große Hotels. Gerade die Kontrolle über die Charterflüge macht die Marktbeherrschung aus, das Bundeskartellamt hat diesen Zustand 1980 zwar fest- aber nicht abgestellt. Die Flugreisen sind 1980 international auf den Stand von 1970 abgesackt. In Westdeutschland war das Ergebnis nicht so verheerend, der Rückgang von 0,8% entspricht etwa dem Rückgang des Pauschaltourismus.

Die Erfahrung mit dem Erholungswert der Ballungszentren des Tourismus, die ja alle optischen und akustischen Vorteile einer Trabantenstadt bieten, hat sicher einen Großteil der Touristen zum Aussteigen aus dieser Pauschalform gebracht. Die Konzerne haben, vor allem in der Wachstumsphase, den Bogen häufig überspannt. Zwar wurde nach einer Flut von Klagen 1979 durch das Reiserveranstaltergesetz einer juristischen Absicherung der Touristen gegenüber den Veranstaltern weitgehend Rechnung getragen, aber auch jetzt noch operieren die Veranstalter kühn. So nahmen im Sommer 1980 in Jugoslawien alle Veranstalter Buchungen nach Montenegro entgegen und teilten den Reisenden erst nach dem Transit an ganz andere Orte und in andere Hotels mit, daß die Hotels aufgrund des Erdbebens im Herbst 1979 entweder renovierungsbedürftig oder durch evakuierte Jugoslawen belegt waren. In jeder größeren Stadt kann man z.B. täglich die Wassertemperaturen des Mittelmeers erfahren – warum das Erdbeben und die veränderten Belegmöglichkeiten nicht über Telex mitgeteilt werden konnten, bleibt Branchengeheimnis.

Nicht zuletzt die Preise, vor allem in der Hauptreisezeit, die für Familien mit Kindern erhebliche Aufwendungen bedeuten, lassen gerade in Zeiten der Krise nachlassende Pauschalreisen vermuten. Es gibt zwar geringe Preisunterschiede zwischen den Veranstaltern auch bei gleichen Hotels (30 bis 50 DM pro Reise), aber letztlich kostet z.Zt. eine vierzehntägige Flugreise nach Mallorca in der Hauptsaison für eine dreiköpfige Familie 4000 DM bei Halbpension, dazu Mahlzeiten, Ausflüge usw. Nach meiner Erfahrung nutzen gerade Familien mit Kindern die Vor- und Nachsaisonpreise und steigen dann mit der Schulpflicht der Kinder auf andere Reiseformen um, etwa Camping, Wohnwagen.

Reiseverkehrsmittel 1978 bis 1980 in Prozent

	1978	1979	1980
PKW, auch Wohnwagen	60,2	59,4	59,2
Flugzeug	14,3	16,7	15,9
Bahn	16,8	14,7	15,6
Bus	7,1	7,5	7,7
Schiff	0,8	0,6	0,7

Umfrageergebnisse von Marktforschungsinstituten haben ergeben, daß mit zunehmender Reiseerfahrung die Bereitschaft, auf eigene Faust zu reisen, wächst. Sowohl das Standardhotel mit europäischem Komfort wie auch die Teilnahme an organisierten Ausflügen werden mit wachsender Erfahrung abgelehnt, stattdessen werden landestypische kleinere Hotels bevorzugt, und es wächst das Bedürfnis nach mehr Kontakt und Erfahrungen im Land selbst.

Hier waren die Touristikunternehmen vielleicht Wegbereiter einer Entwicklung, die sich gegen sie selbst wendet. Die von ihnen verkauften Ghettos wecken oder unterstützen das Bedürfnis, statt über Piratenfahrt und Animateure von TUI etwas über Fischerei und Ruinierung des Mittelmeers von den Bewohnern selbst zu erfahren.

Hier liegt sicher auch eine Besonderheit der Ware Tourismus. Während sich keiner die Waschmaschine ersatzweise zu Hause selbst zusammenbasteln kann, ist die Form der Reise relativ offen; im Prinzip kann sich jeder diese Ware bis zu einem gewissen Grad selbst zusammenstellen. Massentourismus ist von der Form her nicht gebunden an die Konzerne, es sei denn, sie erkauften sich das Monopol über Unterkünfte im In- und Ausland. Das tun sie aber wohlweislich nicht, die Konzerne buchen und reservieren die Betten und die Dienstleistungen – dabei sind sie vertraglich sogar in der Regel nicht an die Einhaltung ihrer Buchungen gebunden. Daraus resultieren auch die gelegentlichen Überbelegungen von Hotels, da sich die Hotels gegen Unterbelegung durch die Konzerne absichern wollen. Das Risiko ist delegiert, der Profit nicht.

Reiseziele im Ausland 1978 bis 1980 in %

	1978	1979	1980
Österreich	12,7	12,7	12,9
Italien	10,1	11,3	9,9
Spanien	10,5	10,2	9,2
Frankreich	5,3	4,4	4,3
Jugoslawien	4,1	3,6	4,3
Schweiz	2,0	1,7	2,8
Griechenland	2,2	2,5	2,2
Osteuropäische Länder	1,9	2,5	2,1
Niederlande	2,3	2,2	1,8
Skandinavien	1,5	1,7	1,4
Großbritannien/Irland	1,7	2,7	1,2
Andere europ. Länder	0,3	1,2	0,8
Außereuropäische Länder	2,6	4,3	5,3

Tourismus 1956 bis 1980

Jahr	Urlaubsreisende über 14 Jahre in Mio.	Von allen Urlaubsreisenden blieben im Inland %	Von allen Urlaubsreisenden fuhren ins Ausland %
1956	9,9	80	20
1958	11,5	73	27
1960	11,8	69	31
1962	13,7	60	40
1964	16,8	57	43
1966	17,0	54	46
1968	17,1	58	42
1970	18,5	46	52
1972	21,8	43	55
1974	23,5	42	56
1976	24,0	42	55
1978	25,8	39	59
1980	27,1	38	60

(1) Informationsvermerk des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 67, Februar 1981, S. 111

Quelle für alle Tabellen: Studienkreis Tourismus, Starnberg, verschiedene Veröffentlichungen Februar / März 1981. Ein Verzeichnis aller Veröffentlichungen zu beziehen über: Studienkreis Tourismus, Dampfschiffstraße 2, 8130 Starnberg, darunter auch die jährlich erscheinende Reiseanalyse ab 1973 mit reichhaltigem statistischem Material.

Literatur zum Thema: Gerhard Armanski, Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus – Ursachen, Formen, Folgen, Rotbuch 181, Berlin 1978

	1978	1979	1980
Österreich	12,7	12,7	12,9
Italien	10,1	11,3	9,9
Spanien	10,5	10,2	9,2
Frankreich	5,3	4,4	4,3
Jugoslawien	4,1	3,6	4,3
Schweiz	2,0	1,7	2,8

Jahr	Urlaubsreisende über 14 Jahre in Mio.	blieben im Inland %	fuhren ins Ausland %
1956	9,9	80	20
1958	11,5	73	27
1960	11,8	69	31
1962	13,7	60	40
1964	16,8	57	43
1966	17,0	54	46

grenzüberschreitende Urlaubsreisende gezählt, das ist etwa so, als entleerten sich alle EG-Staaten auf einmal ihrer Bevölkerung. Ausgehend von dem Massencharakter des Reisens wird in Presse und Literatur zum Thema Tourismus häufig die Kontroverse aufgebaut, ob Massentourismus, Individualtourismus oder gar Alternativtourismus die bessere Form des Reisens sei. Das scheint mir eine relativ müßige Debatte, denn der Tourismus hat so globale Formen angenommen, daß er Landschaften, Infrastruktur und Warenproduktion der Ferienländer verändert hat, und jeder, der reist, wird in diesen Vorgang einbezogen – er mag es wollen oder nicht. Dabei wird häufig der Gesichtspunkt vernachlässigt, daß gerade die massenhafte und auch die organisierte Form des Reisens fortschrittliche und demokratische Züge hat. Unabhängig von Sprachkenntnis, Organisationsgeschick, Erfahrung und Vorbereitungszeit kann jeder so weit verreisen wie er will, vorausgesetzt, er kann den Preis zahlen. Urlaubsreisen sind, zumindest in den kapitalistischen Ländern, eine relativ selbstverständliche Ware geworden.

Die Deutschen: Weltmeister im Reisen?

Das gängige Klischee vom kaufkraftstarken, weitgereisten Bundesbürger hält den europäischen Vergleich nicht

Spanien von 1979 zu 1980 ein Minus von 200000 und Italien ein Minus von 300000 Touristen.

Über den Radius der Reisen und die Wahl der Verkehrsmittel lassen sich nur vage Prognosen machen, absolut und prozentual stieg das Auto als Verkehrsmittel im Urlaub an, trotz gestiegener Kosten; auch 1981 ist das Flugzeug nach bisherigen Meldungen weniger genutzt worden. Ökonomische Krisen, etwa die Rezession 1967/68, haben zwar zu einer relativen Stagnation, absolut aber zu einem weiteren Anstiegen der Reisen geführt.

Der Urlaub wird auch in Zeiten sinkender Reallöhne als mittlerweile selbstverständliche Ware nicht gestrichen werden können, aber möglicherweise werden sich die Formen des Reisens wieder ändern, da die finanziellen Mittel sparsamer eingesetzt werden müssen. Es ist möglich, daß die Auslandsreisen wieder in dem Maße sin-

der Regel alle Verwaltungs-, Versicherungs- und Transportkosten bei den Konzernen als Einnahmen, ebenso Veranstaltungen und Reiseleitung am Ort.

Zusätzlich müssen vor allem die Länder der Dritten Welt sowohl für die Errichtung der Tourismuszentren als auch für ihre Unterhaltung, in der Regel sogar für die Lebensmittel, Importe vornehmen. Daß der Tourismus gar eine Form der Entwicklungshilfe sei, behauptet nicht mal das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Tourismusinvestitionen aus Bundesmitteln betrugen 1976 23,7 Mio. DM, damit 0,4% aller vom Bund abgeschlossenen Darlehensverträge. In der Begründung der relativ geringen Mittel beruft sich das Ministerium auf die Fragwürdigkeit dieser Investitionen, denn: „Als gesichert kann gelten, daß die Importquote für Güter und Dienstleistungen (der Tourismusländer der

Offensichtlich entspricht aber die Ökonomie der Pauschalreise nicht den Bedürfnissen der Touristen. Ein Blick auf die Eingangstür eines beliebigen Hotels in Jugoslawien oder Spanien offenbart in der Regel die ganze Veranstalterpalette, auf den Schildern stehen friedlich vereint TUI, NUR, Hertie-, Kaufhofreisen, ADAC und ihre Untergesellschaften. Die Ökonomie der Transporte erfordert ausgelastete Flugzeuge, zügige Transfers, Ballung der Hotels oder zumindest große Hotels. Gerade die Kontrolle über die Charterflüge macht die Marktbeherrschung aus, das Bundeskartellamt hat diesen Zustand 1980 zwar fest- aber nicht abgestellt. Die Flugreisen sind 1980 international auf den Stand von 1970 abgesackt. In Westdeutschland war das Ergebnis nicht so verheerend, der Rückgang von 0,8% entspricht etwa dem Rückgang des Pauschaltourismus.

Die Erfahrung mit dem Erholungs-

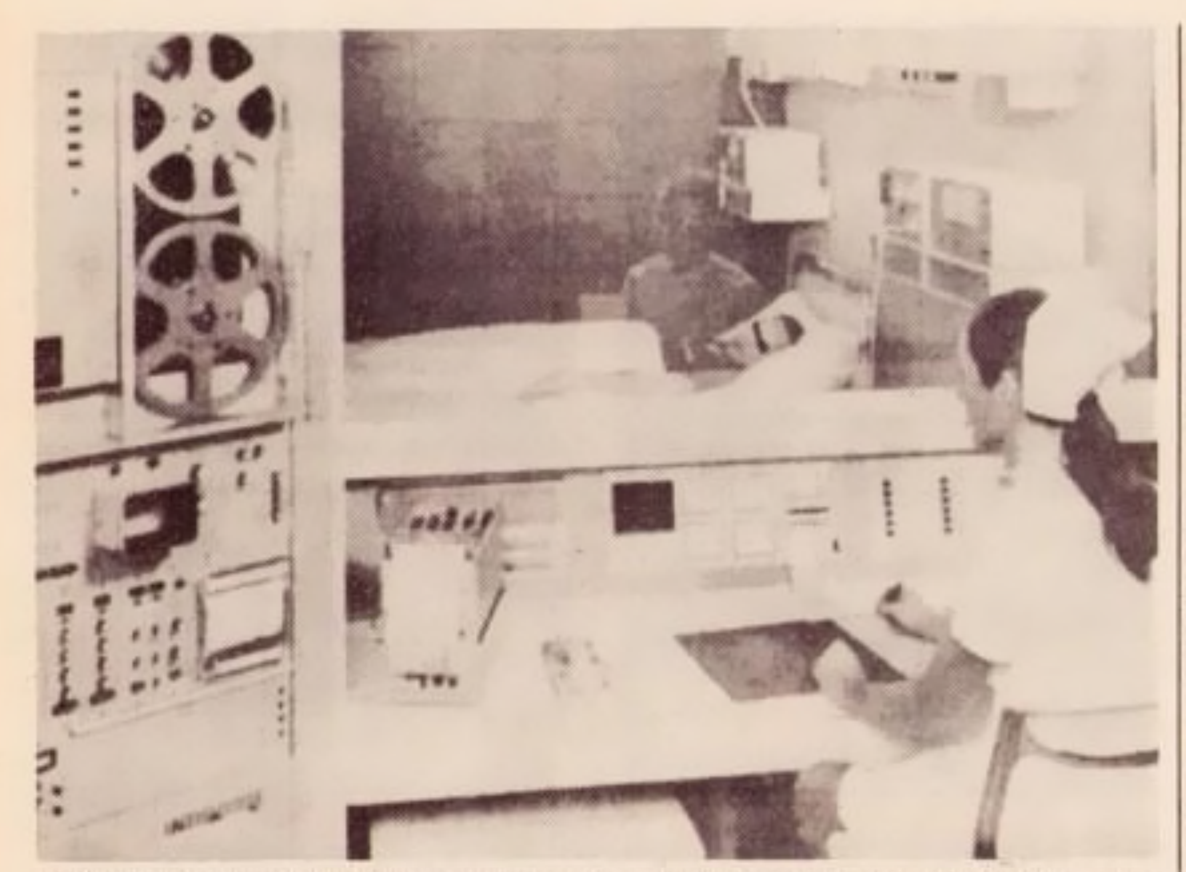
flüge usw. Nach meiner Erfahrung nutzen gerade Familien mit Kindern die Vor- und Nachsaisonpreise und steigen dann mit der Schulpflicht der Kinder auf andere Reiseformen um, etwa Camping, Wohnwagen.

Reiseverkehrsmittel 1978 bis 1980 in Prozent

	1978	1979	1980
PKW, auch Wohnwagen	60,2	59,4	59,2
Flugzeug	14,3	16,7	15,9
Bahn	16,8	14,7	15,6
Bus	7,1	7,5	7,7
Schiff	0,8	0,6	0,7

Umfrageergebnisse von Marktforschungsinstituten haben ergeben, daß mit zunehmender Reiseerfahrung die Bereitschaft, auf eigene Faust zu reisen, wächst. Sowohl das Standardhotel mit europäischem Komfort wie auch die Teilnahme an organisierten Ausflügen werden mit wachsender Erfahrung abgelehnt, stattdessen werden landestypische kleinere Hotels bevorzugt, und es wächst das Bedürfnis nach mehr Kontakt und Erfahrungen im Land selbst.

Hier waren die Touristikunternehmen vielleicht Wegbereiter einer Entwicklung, die sich gegen sie selbst wendet. Die von ihnen verkauften Ghettos wecken oder unterstützen das Bedürf-



Viele Schwestern seien schon nach zwei oder drei Jahren Intensivstation „geschafft“, erklären Münchner Krankenschwestern. Polizisten würden z.B., wenn sie einen Patienten bewachen, schon nach 3 Stunden abgelöst, weil die Aufmerksamkeit nachläßt. Schlechte Bezahlung und Überstunden kommen dazu.

DPG klagt gegen Post auf Zahlung der vollen Pauschale

mfl. Die Deutsche Postgewerkschaft hat Ende Juli beim Arbeitsgericht in Bonn Verbandsklage gegen die Bundespost erhoben. Sie will damit die Zahlung der vollen Pauschale von 120 DM auch an die 7800 jugendlichen Arbeiter und Angestellte der Post, die jünger als 25 Jahre alt sind, durchsetzen. Diese Pauschale ist Bestandteil des Tarifabschlusses für den Öffentlichen Dienst vom 9. Mai. Wörtlich heißt es darin: „Für die Monate März und April 1981 wird an Arbeiter und Angestellte ein Betrag von je 120 Mark gezahlt (Nichtvollbeschäftigte und Arbeitnehmer ohne vollen Monatsbezug anteilig).“ Die Post hat diese Pauschale dann bei der Auszahlung im Juni für die Jugendlichen um Beträge zwischen 4,80 DM und 54 DM gekürzt. In den Verhandlungen sei von einer Ausnahmeregelung für Jugendliche keine Rede gewesen, so daß auch sie ein Recht auf die volle Pauschale hätten, erklärt die DPG. Anfangs habe die Post der vollen Zahlung zugestimmt, doch der Bundespostminister hat dagegen Einspruch erhoben.

Zu wenig Unterstützung für die Fluglotsen

mfl. Außer den Boykottmaßnahmen der kanadischen und portugiesischen Fluglotsen gibt es verschiedene Solidaritätserklärungen mit den amerikanischen Fluglotsen. Die Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz verurteilt die Repressalien der Reaganregierung als Exempel, um den Widerstand der Arbeitnehmer gegen das Sparprogramm zu Lasten von Arbeitnehmern und sozial Schwachen zu brechen. Auch der Internationale Bund

beiter und Angestellte der Post, die jünger als 25 Jahre alt sind, durchsetzen. Diese Pauschale ist Bestandteil des Tarifabschlusses für den Öffentlichen Dienst vom 9. Mai. Wörtlich heißt es darin: „Für die Monate März und April 1981 wird an Arbeiter und Angestellte ein Betrag von je 120 Mark gezahlt (Nichtvollbeschäftigte und Arbeitnehmer ohne vollen Monatsbezug anteilig).“ Die Post hat diese Pauschale dann bei der Auszahlung im Juni für die Jugendlichen um Beträge zwischen 4,80 DM und 54 DM gekürzt. In den Verhandlungen sei von einer Ausnahmeregelung für Jugendliche keine Rede gewesen, so daß auch sie ein Recht auf die volle Pauschale hätten, erklärt die DPG. Anfangs habe die Post der vollen Zahlung zugestimmt, doch der Bundespostminister hat dagegen Einspruch erhoben.

Zu wenig Unterstützung für die Fluglotsen

mfl. Außer den Boykottmaßnahmen der kanadischen und portugiesischen Fluglotsen gibt es verschiedene Solidaritätserklärungen mit den amerikanischen Fluglotsen. Die Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz verurteilt die Repressalien der Reaganregierung als Exempel, um den Widerstand der Arbeitnehmer gegen das Sparprogramm zu Lasten von Arbeitnehmern und sozial Schwachen zu brechen. Auch der Internationale Bund
Freier Gewerkschaften (IBFG) hat ein Telegramm an Reagan geschickt. Andererseits registriert Reagan natürlich auch, daß weder der IBFG noch die Internationale Fluglotsenvereinigung weltweite Solidaritätsaktionen einleiten, was angesichts der Zerschlagung einer ganzen Gewerkschaft und der zu erwartenden Auswirkungen auf die Arbeiterbewegung wirklich angebracht wäre. Bisher jedenfalls erwägt Reagan sogar, streikende Fluglotsen, die der Nationalgarde oder der Reserve angehören, zum aktiven Dienst in den Kontrolltürmen abzukommandieren, für ein Drittel ihres bisherigen Gehalts. Ein von der Regierung angerufenes Verwaltungsgericht empfahl, der PATCO die Tarifautonomie abzuerkennen, was diese anfechten will. Der Erfolg hängt von der Unterstützung ab.

USA: Widerstand gegen soziale Demontage

kvz. Der Exekutivrat der Gewerkschaftsorganisation AFL-CIO hat den 19. September zum „Solidaritätstag“ erklärt, an dem in Washington demonstriert werden soll. Die Gewerkschaft könne nicht tatenlos zusehen, wenn die Sozialversicherung, wenn Minimallöhne, Arbeitsschutz und Krankenversicherung demontiert und abgewertet würden. „Wir finden nicht heute schlecht, wofür wir gestern gekämpft haben“, sagte der Präsident der AFL-CIO. An Reagans Budget- und Steuerkürzungen hat die Gewerkschaftsorganisation kritisiert, daß den Arbeitern und Bedürftigen einseitig alle Opfer zugemutet werden. Der AFL-CIO beziffert die Opfer in den nächsten drei Haushaltsjahren auf 214 Milliarden Dollar. Die größten Abstriche würden an der Sozialversicherung, den Gehältern im öffentlichen Dienst und an den Arbeitsbeschaffungsprogrammen gemacht. Die reichen und großen Gesellschaften würden hingegen in der gleichen Zeit mit 133 Milliarden Dollar an Steuerkürzungen belohnt.

Verbot von Gewerkschaftsarbeit

kvz. Die pakistanische Regierung hat per Kriegsrecht jede gewerkschaftliche Tätigkeit bei der staatlichen Fluggesellschaft PIA bis April nächsten Jahres verboten. Auf den Flughäfen von Karatschi und Islamabad sind Truppen aufgezogen und bisher 66 Angestellte der Gesellschaft festgenommen worden. Verstöße gegen das Verbot sollen mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren, 5 Stockschlägen und Geldbußen bestraft werden. Die PIA-Vorsitzende, Verteidigungsminister General Rahim Khan, kündigte gegenüber dem PIA-Management die Entlassung von 2500 der 22000 Angestellten an. Khan beschuldigte „Parasiten“ und „Berufsagitatoren“, die Fluggesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs gebracht zu haben. Den Beschäftigten werden Korruption, „Mißwirtschaft“ und „erpresserische Methoden“ bei Tarifforderungen vorgeworfen.

Kurzmeldungen:

ÖTV will gegen den Verstoß gegen das Ausbildungsgesetz vorgehen. Schüler der Zentralkrankenpflegeschule im Schwalm-Eder-Kreis müssen sich schriftlich dazu verpflichten, entweder 3 Jahre als Krankenpfleger in Kliniken

Verbot von Gewerkschaftsarbeit

kvz. Die pakistanische Regierung hat per Kriegsrecht jede gewerkschaftliche Tätigkeit bei der staatlichen Fluggesellschaft PIA bis April nächsten Jahres verboten. Auf den Flughäfen von Karatschi und Islamabad sind Truppen aufgezogen und bisher 66 Angestellte der Gesellschaft festgenommen worden. Verstöße gegen das Verbot sollen mit Freiheitsstrafen bis zu 5 Jahren, 5 Stockschlägen und Geldbußen bestraft werden. Die PIA-Vorsitzende, Verteidigungsminister General Rahim Khan, kündigte gegenüber dem PIA-Management die Entlassung von 2500 der 22000 Angestellten an. Khan beschuldigte „Parasiten“ und „Berufsagitatoren“, die Fluggesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs gebracht zu haben. Den Beschäftigten werden Korruption, „Mißwirtschaft“ und „erpresserische Methoden“ bei Tarifforderungen vorgeworfen.

Kurzmeldungen:

ÖTV will gegen den Verstoß gegen das Ausbildungsgesetz vorgehen. Schüler der Zentralkrankenpflegeschule im Schwalm-Eder-Kreis müssen sich schriftlich dazu verpflichten, entweder 3 Jahre als Krankenpfleger in Kliniken
des Kreises zu arbeiten oder die Ausbildungskosten zurückzuerstatten.

Das dem Staatsminister im Fürstentum Monaco zustehende Recht, Streiks für ungesetzlich zu erklären, ist vom obersten Gerichtshof des Fürstentums für verfassungswidrig erklärt worden.

Schweden: Sozialdemokraten und Gewerkschaften wollen sich für Arbeitnehmerfonds einsetzen, die von den Kapitalisten gezahlt werden sollen.

33000 Beschäftigte der portugiesischen Post sind in einen dreitägigen Streik getreten. Sie fordern 24,5% mehr Gehalt und soziale Verbesserungen. Die Post bietet 22% mehr Gehalt.

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts braucht der Öffentliche Dienst einen Lehrling, der in der Jugend- oder Personalvertretung ist, nicht zu übernehmen, wenn dieser nicht verfassungstreu ist.

Aus Protest gegen die von der indischen Regierung erlassenen Verordnungen zur Beschränkung des Streikrechts haben rund 10000 Menschen vor dem Parlament in Delhi demonstriert.

Arbeitnehmer dürfen wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit in Tarifkommissionen nicht gemaßregelt werden, entschied das Bundesarbeitsgericht und wies damit die Beschwerde eines Handelskonzerns zurück. Er hatte während Warnstreiks und gewerkschaftlichen Protestaktionen in Berlin gegen Gewerkschaftler „Abmahnungen“ wegen ihrer Teilnahme an Sitzungen der gewerkschaftlichen Tarifkommission ausgesprochen bzw. den Antrag auf Zustimmung zur Kündigung gestellt.

CDU-Magistrat entläßt DKP-Beamten fristlos und führt Regelanfrage ein

Personalrat strafversetzt / Stellenstreichungen / ÖTV will Herausforderung nicht ausweichen

wip.Frankfurt Ende Juni erhielt Detlef Schönrock, seit 1978 städtischer Beamter auf Widerruf, die Mitteilung, gegen ihn werde ein Vor-Ermittlungsverfahren eingeleitet. Grund: es bestehe der Verdacht, daß er wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP keine Gewähr biete, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Sechs Wochen später ist für Personaldezernent Brück, rechte Hand von Oberbürgermeister Wallmann und Frankfurter CDU-Kreisvorsitzender, der Fall ausgestanden: Er werde dem Magistrat vorschlagen, Schönrock nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes für den gehobenen Verwaltungsdienst, das ist Ende August, *fristlos* zu entlassen. Die Ermittlungen hätten ergeben, daß Schönrock durch seine politische Tätigkeit in grober Weise seine Dienstpflichten verletzt habe. OB-Wallmann und seine CDU-Mehrheitsriege im Magistrat werden sich nicht schwertun, den frommen Wunsch des Personaldezernenten schleunigst zu erfüllen.

Personalrat und ÖTV haben gegen die Entlassung Schönrocks scharf protestiert und angekündigt, die Sache werde nicht hingenommen, zumal mit der Entlassung erneut die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung außer Kraft gesetzt werden sollen: Sie sind bei *fristloser* Entlassung auf eine bloße Anhörung reduziert.

In einer umfangreichen Presseerklärung zeigte der Personalrat Ende letzter Woche auf, daß es OB Wallmann offenbar darum geht, die städtischen Bediensteten und ihre Personalvertretung mit einem ganzen Bündel von Angriffen zu überrollen:

– „In diesem Zusammenhang sieht auch der Personalrat eine Verbindung zu den gegen den Kollegen Alexander Schubart eingeleiteten disziplinarischen Vor-Ermittlungsverfahren wegen seiner Aktivitäten gegen die Startbahn West und den Versuch, ein Volksbegehren gegen den Bau zu erreichen.“

– Am 10.8. wird der langjährige Personalrat Peter Obenauer, seit acht Jahren im städtischen Ausbildungsamt beschäftigt, darüber informiert, daß er seit dem 1.8. auf eine Außenstelle des Stadtsteueramtes umgesetzt ist. Diese nur schlecht kaschierte Strafversetzung „hat vor allem das Ziel, daß er bei den im Oktober anstehenden Personalratswahlen in seinem Bereich nicht mehr kandidieren kann“.

– „Ende vergangener Woche wurde bekannt, daß der Magistrat beabsichtigt, bis zu 5% der Personalkosten im kommenden Haushalt zu streichen, was mindestens den Abbau von 600 Arbeitsplätzen bedeutet ...“

Dazu erklärte die ÖTV-Kreisverwaltung: „Um dergleichen durchzusetzen, ist es selbstverständlich, daß Oberbürgermeister Dr. Wallmann und Personaldezernent Brück seit längerer Zeit die demokratischen und sozialen Mitbestimmungsrechte der Personalräte angreifen, durch ausschließlich politisch motivierte Kündigungsverfahren massiven Druck ausüben und engagierte ÖTV-Gewerkschaftler versetzen – mit dem Versuch, sie zu isolieren oder als Wortführer betroffener Arbeitnehmer auszuschalten.“

Dazu Brück: Wenn die ÖTV verlange, die Kündigung des Beamten Schönrock zurückzunehmen, stelle das einen glatten Rechtsverstoß dar. Er sei vielmehr nach eindeutiger Rechtsprechung geradezu gehalten, Verfassungfeinde aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen. Der Vorsitzende der CDU-Stadtverordnetenfraktion, die bekanntlich über eine absolute Mehrheit verfügt, setzte nach: „Wenn sich der Personalrat, wie Ende letzter Woche geschehen, vehement gegen die Entlassung von Mitgliedern der DKP wende, kümmere er sich mehr um verfassungsfeindliche Außenseiter als um die Mehrheit der Bediensteten. Personalrat und ÖTV müßten sich fragen lassen, ob ihre Haltung darauf abziele, eine Öffnung des Öffentlichen Dienstes für Verfassungsfeinde zu erreichen. Die politische Vergangenheit der Wortführer des Personalrats und die Tatsache, daß ein DKP-Mitglied nicht nur diesem Gremium angehöre, sondern auch auf Antrag der ÖTV freigestellt worden sei, ließen den Schluß zu, daß sachfremde Motive die Haltung mancher Mitglieder des Personalrats bestimmten.“ (FAZ, 19.8.81)

ÖTV und Personalrat haben wohl erkannt, daß es notwendig ist, auf den Wallmann-Rundschlag mit geschlossenen Aktionen zu reagieren und nicht die eine oder andere Maßnahme gesondert zu sehen. Für Anfang September werden in allen Ämtern und Betrieben Personalversammlungen vorbereitet, die in eine Kundgebung auf dem Römerberg münden sollen.



mungsrechte der Personalvertretung außer Kraft gesetzt werden sollen: Sie sind bei fristloser Entlassung auf eine bloße Anhörung reduziert.

In einer umfangreichen Presseerklärung zeigte der Personalrat Ende letzter Woche auf, daß es OB Wallmann offenbar darum geht, die städtischen Bediensteten und ihre Personalvertre-

ist es selbstverständlich, daß Oberbürgermeister Dr. Wallmann und Personaldezernent Brück seit längerer Zeit die demokratischen und sozialen Mitbestimmungsrechte der Personalräte angreifen, durch ausschließlich politisch motivierte Kündigungsverfahren massiven Druck ausüben und engagierte ÖTV-Gewerkschaftler versetzen – mit dem Versuch, sie zu isolieren oder

ÖTV und Personalrat haben wohl erkannt, daß es notwendig ist, auf den Wallmann-Rundschlag mit geschlossenen Aktionen zu reagieren und nicht die eine oder andere Maßnahme gesondert zu sehen. Für Anfang September werden in allen Ämtern und Betrieben Personalversammlungen vorbereitet, die in eine Kundgebung auf dem Römerberg münden sollen.



Im Kampf gegen die Schließung des Ford-Werkes in Amsterdam hat jetzt auch der Internationale Metallarbeiterbund über Maßnahmen zur Unterstützung der niederländischen Arbeiter beraten. Die IG Metall hat zur Solidarität aufgerufen und ihre Unterstützung zugesagt, falls es zu Produktionsverlagerungen kommen sollte.

Gewerkschaftsausschlüsse von „Volksfront“-Mitgliedern

mfl. Im März hatte die ÖTV Ausschlußverfahren gegen Mitglieder der Volksfront eröffnet, jetzt will die HBV in Stuttgart zwei Mitglieder der Volksfront ausschließen. Vorgeworfen wird ihnen, einer Organisation anzugehören, „deren Vorhaben es ist, freiheitliche Gewerkschaftsorganisationen zu unterwandern und letztlich zu zerstören“. Dabei beruft sich die HBV keineswegs auf offizielle Publikationen (Programm oder Flugblätter) der Volksfront, sondern auf das Programm der KPD und deren Position zur Gewerkschaft. „Es besteht kein Zweifel darüber, daß die ‚Volksfront‘ nachweisbar eine von der KPD (früher KPD/ML) im Oktober 1979 initiierte und durch führende Mitglieder dieser Partei gesteuerte Organisation ist. Dies geht eindeutig aus dem im August 1978 verabschiedeten Aktionsprogramm der KPD/ML und der Erklärung des ZK der KPD/ML in seinem Tätigkeitsbericht zum IV. Parteitag im Dezember 1979 hervor“.

Es ist schon neu, daß eine Organisation nicht wegen ihrer eigenen Politik und ihres Programms für gewerkschaftsfeindlich erklärt wird, sondern aufgrund von Erklärungen einer anderen Organisation.

Einer der betroffenen, Klaus Kienzler, der Betriebsrat bei Hertie ist und diverse gewerkschaftliche Funktionen bekleidet, hat in seiner Antwort an die HBV erklärt, die Volksfront sei eine eigenständige Organisation, mit dem Ziel, einen antifaschistischen Kampf und den Kampf für den Frieden zu führen. Dies sei aber nicht gewerkschaftsfeindlich, sondern, außer der Sicherung und den Ausbau der sozialen Errungenschaften, auch die Aufgabe der Gewerkschaften. „In unserer Zeit ist eine Front des Volkes gegen Naziterror und Nachrüstung das Gebot der Stunde, und eigentlich sollte es vornehmste Pflicht jedes Gewerkschafters sein, sich in diese Front einzureihen.“ Die Volksfront sei keine faschistische und keine kommunistische Organisation. Jeder, der die Ziele der Organisation vertrete, sei willkommen. Die Tatsache, daß sich auch KPD-Mitglieder darunter befänden, würde die Volksfront genauso wenig zu einer von der KPD gesteuerten Organisation machen, wie die Gewerkschaft durch ihre Volksfront-Mitglieder plötzlich auf KPD-Linie steht. Weiter schreibt er in seiner Erklärung: „Die Möglichkeit der – auch grundsätzlichen – Kritik der Politik des DGB und seiner Einzelgewerkschaften muß möglich sein, sonst können wir uns das Wort „demokratisch“ schenken.“

Einer wirksamen Gewerkschaftpolitik stehen derartige Ausschlüsse nur entgegen. Klaus Kienzler wurde von seinen Kollegen in den Hertie-Betriebsrat gewählt und in die verschiedensten gewerkschaftlichen Funktionen wegen seiner offenbar anerkannten betrieblichen bzw. gewerkschaftlichen Arbeit. Ein Ausschluß aus der Gewerkschaft wird bei seinen Kollegen kaum auf große Unterstützung stoßen. In seiner Erklärung fordert er den HBV-Hauptvorstand auf, die Ausschlußdrohung gegen ihn rückgängig zu machen, den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB gegen die Volksfront abzulehnen und im DGB-Bundesvorstand auf eine Revidierung dieses Beschlusses zu drängen.

Regierung plant Lohnkürzung in den öffentlichen Diensten

Bis zu 200 DM sollen die Beamten nächstes Jahr weniger erhalten

mfl/vol. Schneeball scheint im Hochsommer das beliebteste Spiel in Bonn zu sein. Jedem Kürzungsvorschlag in den Sozialversicherungen bei Arbeitern und Angestellten folgt der entsprechende „Sparvorschlag" für die Beamten in den öffentlichen Diensten. Daß die Beamten bluten sollen, ist der Grundtenor der gesamten Presse, von wegen „Gerechtigkeit". Daß dabei aber nicht nur die Beamtenbesoldung gekürzt wird, sondern direkt in Tarifverträge der Arbeiter und Angestellten miteingegriffen wird, wird dabei gern verschwiegen. Die Maßnahmen gegen die Beamten beschränken sich aber keineswegs auf eine „Gerechtigkeit" im Kürzen, sondern es werden wesentliche Errungenschaften der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung angegriffen: Durch Eingriffe bei den Renten (Zusatzversorgung), in die Tarifautonomie, die Krankenversicherung und die Gehaltshöhe werden durch die Regierung neue Fixpunkte gesetzt, die sich für die gesamte Arbeiterklasse in den nächsten Jahren negativ auswirken können. Auch wenn jetzt das Bild des satten Beamten, dessen Willkür und Breitarschigkeit verhaßt ist, gern an die Wand gemalt wird, die Verhältnisse sind nicht so. Nur 9,5% der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten sind Beamte im höheren Dienst, die Mehrheit davon sind Lehrer. Der Rest der Beamten sind im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst mit einer Spannbreite der Löhne von 1600 DM bis ca. 4000 DM brutto. Die relative Sicherheit des Arbeitsplatzes, das relativ hohe Rentenniveau, die relativ billige Krankenversorgung usw. waren und sind ein positiver Maßstab für die Gewerkschaften und ihre Forderungen. Eine Verschlechterung dieser „Privilegien" wirkt sich schon deshalb auf die Kampfbedingungen der Klasse aus. Diese „Privilegien" sind aber auch teuer erkauft, wie sich jetzt herausstellt. Die halbe Sklaverei der Beamten durch das Beamtenrecht wird nicht nur zur Beseitigung bestimmter Vorteile der Beamten durch die Regierung genutzt, sondern sie geht mit ihrer jetzigen Regelung zur direkten Lohnkürzung über. Dies wird – falls es gelingt – die Kapitalisten beflügeln, Gleiches zu tun, und wird die Gegenwehr der Gewerkschaften erschweren. Diese Lohnkürzungen wirken am verheerendsten in den Bereichen Post und Bahn, wo die Arbeit am ehesten mit der Industrie vergleichbar ist und wo sich die Beamten im einfachen und mittleren Dienst ballen.

Der Aufruf der Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten gegen diesen Angriff, „die Lasten gerecht verteilen", wird der Aufgabe kaum gerecht. Die Bundesregierung nutzt die Halbsklaverei des Beamtenrechts, um direkt Lohnbestandteile zu kürzen, also wird man sich gegen diesen Angriff auf den Lohn und diese Beschneidung der Rechte von Lohnabhängigen durch das Beamtenrecht zur Wehr setzen müssen.

Die Kürzungsvorschläge der Regierung und der Presse im einzelnen: Das Gesamtvolumen wird mit 2,39 Mrd. DM angegeben, dabei sind die Gemeinden nicht mitgerechnet, und diese Zahl gilt wohl auch nur für 1982. Im Verlauf der nächsten Jahre wird sie steigen, z.B. 1985 sollen es schon 3,15 Mrd. sein. Damit ist auch offensichtlich nur ein Teil der Kürzungsvorschläge erfaßt. Die Lohnsumme von Bund und Ländern würde damit insgesamt um 2% verringert (allein bei den Beamten), was 4 bis 5% Lohnkürzung allein bei den Beamten bedeutet (47,5% Beamte 1977).

Die Besoldungserhöhungen sollen um drei oder vier Monate verschoben werden, das soll 83/84 wiederholt werden und für immer auf diesem Termin bleiben. Entweder sollen die Dienstaltersstufen einmalig von 2 auf 3 Jahre verlängert werden, andere fordern für immer. Bei einmaliger Rauszögerung bringts 1,7% der Löhne der Beamten. Dies gilt nicht für Beamte der Besoldungsgruppe B ab Ministerialrat de luxe bis Staatssekretär. Der Verheiratetenanteil im Ortszuschlag im öffentlichen Dienst soll ganz abgeschafft werden, das macht zwischen 90 und 150 DM je nach Ortszuschlagsklasse. In Berlin fällt der örtliche Sonderzuschlag weg. Die Beihilfen sollen auf das 4fache der ärztlichen Gebührenordnung beschränkt werden. 3000 Stellen sollen beim Bund, und bei vom Bund finanzierten Einrichtungen nochmal 3000 eingespart werden. Sicher ist weiterhin, daß die Zusatzrenten im öffentlichen Dienst von bisher 75% des Bruttogehalts auf das Nettogehalt (Vorschlag ÖTV entspricht ungefähr 69% des Bruttogehalts) oder auf 92 bis 96% des Nettogehalts gekürzt werden sollen. Darüberhinaus sind in der Debatte: Arbeitsmarktabgabe der Beamten (1,5%), Kürzung des Essensgeldzuschusses, Beseitigung von Zulagen, und zwar nicht nur der Ministerialzulagen, sondern aller möglichen. Kürzung oder Beseitigung der billigeren Kfz-Haftpflicht, der Barkredite, Erhöhung der Mieten in Dienstwohnungen, Kürzung der Trennungsentschädigung und der Umzugsgelder.

Mit der Verlängerung der Dienstaltersstufen will Baum die Einführung des neuen Bewertungssystems für Beamte verbinden. Deshalb sollen sie bei 75% der Beamten verlängert werden, und 25% sollen wie jetzt nach zwei Jahren die höhere Dienstalterszulage erhalten. Gelingt dies, hat die Regierung einen historischen Durchbruch zur Entfaltung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst erreicht. Die Kürzung der Ortszuschläge für Verheiratete wird durch den §29 BAT direkt auch für Arbeiter und Angestellte gültig. Die Kürzung der Zusatzversorgung trifft nur Arbeiter und Angestellte. Alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen treffen die Beamten ungleich. Hauptsächlich werden die Löhne der einfachen und mittleren Beamten gesenkt, der Beamtenbund behauptet bis zu 10% bei 2000 bis 3000 DM Einkommen. Sie werden sehr unterschiedlich gesenkt je nach Laufbahngruppe, Lebensalter, Familienstand, Tätigkeit. Dies soll den Widerstand erschweren und zersplittern. Durch die Verschiebung der Besoldungserhöhung wird ein einheitlicher Kampf von Arbeitern, Angestellten und Beamten enorm erschwert oder schon jetzt die Verschiebung auch für die Arbeiter und Angestellten durchgesetzt.

Für die nächste Zeit bereiten die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten Protestaktionen vor. Praktisch ist durch die Bundesregierung aber nicht nur die Frage der Abwehr dieser Kürzungsmaßnahmen aufgeworfen, sondern die Frage, ob sich die Gewerkschaften nicht für die Abschaffung des Beamtenrechts jetzt stark machen sollten. Das Aktionsprogramm des DGB zum Kampf gegen das besondere Dienstrecht als Leitfaden für Forderungen und Aktionen ist notwendig. Kurzfristig und dringlich ist die Bekämpfung aller Maßnahmen, sie sich gegen die unteren und mittleren Lohngruppen richten.



Demonstration von Verwaltungsangestellten vor dem Kölner Rathaus, während der Ratsausschuß über die Streichung von Planstellen berät.

Ehrenbergs Ermächtigung

„7. Änderungsgesetzentwurf des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes" und „Arbeitsschutzgesetz"

acm. Es käme tatsächlich einer Ermächtigung gleich, wenn die Bundesregierung sich über den „7. Änderungsgesetzentwurf des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes" Eingriffe in die Bundesanstalt für Arbeit und deren „Selbstverwaltung" sichern würde. Der Referentenentwurf aus dem Ministerium von Ehrenberg sieht eben dieses vor. Nämlich darüber, daß nicht nur an den Zumutbarkeitsregelungen und der Beitragsschraube gedreht werden soll, sondern dies zudem noch ohne Entscheidungsrecht der Gremien der Bundesanstalt. Vorgesehen sind die vereinfachte Vermittlung von jungen und ledigen Arbeitslosen und auch die Einteilung nach Arbeitslosen mit oder ohne Familie. Weiterhin soll bei den Umschulungen 12% weniger Unterhaltsgeld für Ledige und 5% weniger

entsprechend groß war auch das Geschrei der Kapitalvertreter. Dies ist auch der Fall bei der Vorstellung über die 59er Regelung, also vorzeitige Verrentung. Hier steht der Vorschlag, daß bei Arbeitern, die länger als 10 Jahre in einem Betrieb sind, die Kapitalisten außer dem Arbeitslosengeld auch die darauf anfallenden Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung bezahlen müssen.

Die widersprüchlichen Vorschläge und Maßnahmen lassen also eine einfache Errichtung einer Kampffront gegen diesen „7. Änderungsgesetzentwurf" durch die Gewerkschaften schwierig erscheinen. Es muß gegen jede einzelne für die Lohnabhängigen negative Maßnahme Front gemacht werden.

Und auch das, was bis jetzt über den

Subventionierung und Betrug bei Black&Decker

wed. Hatte der Geschäftsführer von Black & Decker/Idstein, Cott, auf der vorletzten Betriebsversammlung noch erklärt, daß die Geschäftsleitung in der gegenwärtigen Situation noch an keinen Personalabbau denke, so stellt sich die Lage jetzt anders dar. Durchgesickert ist, daß 70% der Produktion vom Idsteiner Werk nach Limburg ver-

Decker Produktions GmbH" in Limburg hat nämlich formalrechtlich mit Black & Decker/Idstein rein gar nichts zu tun. Ein Konkurrenzwerk quasi. Limburg ist „Bundesausbaustadt". Dieser Name birgt einige bare Münze hinter sich, denn alle Investitionen in dieser Bundesausbaustadt werden zu 20% aus Bundesmitteln subventioniert

klar mitgeteilt, daß ihn das nichts angehe, da Limburg ein eigenständiges Werk sei.

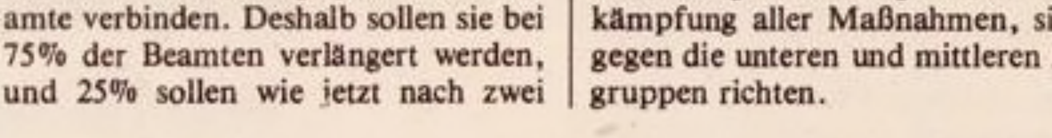
Jedoch nicht nur auf den bisher beschriebenen Ebenen wird es zu einigen Widersprüchen kommen. Müller, der CDU-Bürgermeister, („Unser Knüller: Hermann Müller") wird wohl auch ein etwas längeres Gesicht machen als nor-

Sicherheit des Arbeitsplatzes, das relativ hohe Rentenniveau, die relativ billige Krankenversorgung usw. waren und sind ein positiver Maßstab für die Gewerkschaften und ihre Forderungen. Eine Verschlechterung dieser „Privilegien" wirkt sich schon deshalb auf die Kampfbedingungen der Klasse aus. Diese „Privilegien" sind aber auch teuer erkauft, wie sich jetzt herausstellt. Die halbe Sklaverei der Beamten durch das Beamtenrecht wird nicht nur zur Beseitigung bestimmter Vorteile der Beamten durch die Regierung genutzt, sondern sie geht mit ihrer jetzigen Regelung zur direkten Lohnkürzung über. Dies wird – falls es gelingt – die Kapitalisten beflügeln, Gleiches zu tun, und wird die Gegenwehr der Gewerkschaften erschweren. Diese



Demonstration von Verwaltungsangestellten vor dem Kölner Rathaus, während der Ratsausschuß über die Streichung von Planstellen berät.

Mit der Verlängerung der Dienstaltersstufen will Baum die Einführung des neuen Bewertungssystems für Beamte verbinden. Deshalb sollen sie bei 75% der Beamten verlängert werden, und 25% sollen wie jetzt nach zwei



Dienstrecht als Leitfaden für Forderungen und Aktionen ist notwendig. Kurzfristig und dringlich ist die Bekämpfung aller Maßnahmen, sie sich gegen die unteren und mittleren Lohngruppen richten.

Ehrenbergs Ermächtigung

„7. Änderungsgesetzentwurf des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes" und „Arbeitsschutzgesetz"

acm. Es käme tatsächlich einer Ermächtigung gleich, wenn die Bundesregierung sich über den „7. Änderungsgesetzentwurf des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes" Eingriffe in die Bundesanstalt für Arbeit und deren „Selbstverwaltung" sichern würde. Der Referentenentwurf aus dem Ministerium von Ehrenberg sieht eben dieses vor. Nämlich darüber, daß nicht nur an den Zumutbarkeitsregelungen und der Beitragsschraube gedreht werden soll, sondern dies zudem noch ohne Entscheidungsrecht der Gremien der Bundesanstalt. Vorgesehen sind die vereinfachte Vermittlung von jungen und ledigen Arbeitslosen und auch die Einteilung nach Arbeitslosen mit oder ohne Familie. Weiterhin soll bei den Umschulungen 12% weniger Unterhaltsgeld für Ledige und 5% weniger für Umschüler mit Familie gezahlt werden, wie auch Einsparungen bei der Zahlung für die berufliche Rehabilitation vorgesehen sind. Zudem sollen Umschulungsmaßnahmen nur noch erfolgen, wenn eine bestimmte Zeit beitragspflichtiger Zahlung vorliegt. Wenn hier einzelne Zahlen noch nicht definitiv genannt werden können, so deshalb, weil der Entwurf noch einer gewissen Öffentlichkeitssperre unterlegen ist.

Die besagte Beitragserhöhung soll in Form einer halbprozentigen Erhöhung über den Zeitraum von 2 Jahren erfolgen.

Der DGB hat in einer Presseerklärung in der letzten Woche nicht nur die „faktische Entmachtung der Selbstverwaltungsorgane" über diesen Gesetzentwurf kritisiert, sondern die vorgeschlagenen Änderungen als gefährlich und die „Arbeitslosigkeit steigernd" bezeichnet. Richtig wird festgestellt, daß die Verdrängung aus der Umschulung – die bei der Absenkung der Unterhaltsgelder eintreten wird – nur zu einer Steigerung bei der Zahlung von Arbeitslosengeld führen wird und diese Entwicklung sodann wohl noch für steigende Beiträge als Begründung herhalten soll. Gegenüber den vorstehenden Vorhaben von Ehrenberg nehmen sich solche wie das von ihm angestrebte generelle Verbot der Leiharbeit im Baugewerbe; die Verrechnung von Ausfall- (spricht Kurzarbeit) und Überstunden in den Betrieben und erst ab 3% Unterschreitung der normalen Arbeitszeit die Zahlung von Kurzarbeitergeld – schon etwas anders aus, und

entsprechend groß war auch das Geschrei der Kapitalvertreter. Dies ist auch der Fall bei der Vorstellung über die 59er Regelung, also vorzeitige Verrentung. Hier steht der Vorschlag, daß bei Arbeitern, die länger als 10 Jahre in einem Betrieb sind, die Kapitalisten außer dem Arbeitslosengeld auch die darauf anfallenden Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung bezahlen müssen.

Die widersprüchlichen Vorschläge und Maßnahmen lassen also eine einfache Errichtung einer Kampffront gegen diesen „7. Änderungsgesetzentwurf" durch die Gewerkschaften schwierig erscheinen. Es muß gegen jede einzelne für die Lohnabhängigen negative Maßnahme Front gemacht werden.

Und auch das, was bis jetzt über den 92 Paragraphen starken Entwurf eines „Arbeitsschutzgesetzes" durchgesickert ist (denn der Entwurf ist ebenfalls noch nicht veröffentlicht), läßt noch keine eindeutigen Schlüsse zu. Dieses „Arbeitsschutzgesetz" soll zum einen die alte Arbeitszeitordnung von 1938, zum anderen die Arbeitsschutzvorschriften aus dem Jahre 1891 aus der Gewerbeordnung ablösen. Nach dem Urteil des BAG in Kassel, wo die 48-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit festgestellt wurde, soll der Gesetzentwurf eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden (gegenüber bisher 60) festschreiben sowie 2 Überstunden an 30 Tagen im Jahr erlauben. An diesem Punkt gibt es schon DGB-Befürchtungen, daß Lambsdorff nicht zustimmen wird und man vielleicht von vornherein erstmal auf 54 Stunden besteht. Das aber wäre eine schlechte Entwicklung. Beim Arbeitsschutz sind Maßnahmen vorgesehen wie: Einrichtung von paritätisch besetzten Arbeitsschutz-Beiräten; Abstellung eines Beamten bei jedem Gewerbeaufsichtsamt für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften; Einführung eines Beschwerde- und Leistungsverweigerungsrechtes für die Arbeiter in Fällen gefährlicher Arbeitsbedingungen bis zum Entscheid über die Beschwerde. Das würde ein solches Urteil, wie 1976 gefällt, wo ein Arbeiter wegen einer Beschwerde beim Gewerbeaufsichtsamt entlassen wurde, zukünftig unmöglich machen. – Auch hier also Tendenzen, mit denen sich die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Richtung ihrer Interessen auseinandersetzen kann.

Subventionierung und Betrug bei Black&Decker

wed. Hatte der Geschäftsführer von Black & Decker/Idstein, Cott, auf der vorletzten Betriebsversammlung noch erklärt, daß die Geschäftsleitung in der gegenwärtigen Situation noch an keinen Personalabbau denke, so stellt sich die Lage jetzt anders dar. Durchgesickert ist, daß 70% der Produktion vom Idsteiner Werk nach Limburg ver-lagert werden sollen, was zwingend mit sich bringt, daß ebensoviele Arbeiterinnen und Arbeiter der Produktionsabteilungen (ca. 500–600) entweder mitgehen oder sich überkurz oder lang auf der Straße wiederfinden werden. Interessant sind die Hintergründe der Geschichte und die Ziele der Geschäftsleitung:

Die neue Fabrik in Limburg wurde vertraglich im Januar 1980 mit der Stadt Limburg gesichert. Bemerkenswert schnell waren alle Formalitäten überwunden, und im Mai 1980 konnte mit der Erstellung der Fabrik begonnen werden. Als die Limburger Kapitalisten allerdings davon erfuhren, gab es zunächst einige Unruhe. Man rechnete damit, daß das Idsteiner Lohnniveau, welches um ca. 2,- DM pro Stunde über dem Limburger liegt, nach Limburg importiert werde. Etwas beruhigter war man, als man erfuhr, daß Black & Decker gerade auch wegen des niedrigen Lohnniveaus nach Limburg komme, um über künftige, etwas drastisch niedriger ausfallendere Lohnerhöhungen, den Lohn auf das Limburger Niveau um 300,- bis 400,- DM monatlich zu senken. „Tetra-Pack" in Limburg sah sich dennoch gezwungen, den Lohn der Facharbeiter im letzten Jahr außerordentlich um 1,- DM pro Stunde zu erhöhen, um zu verhindern, daß Facharbeiter zu Black & Decker abwandern.

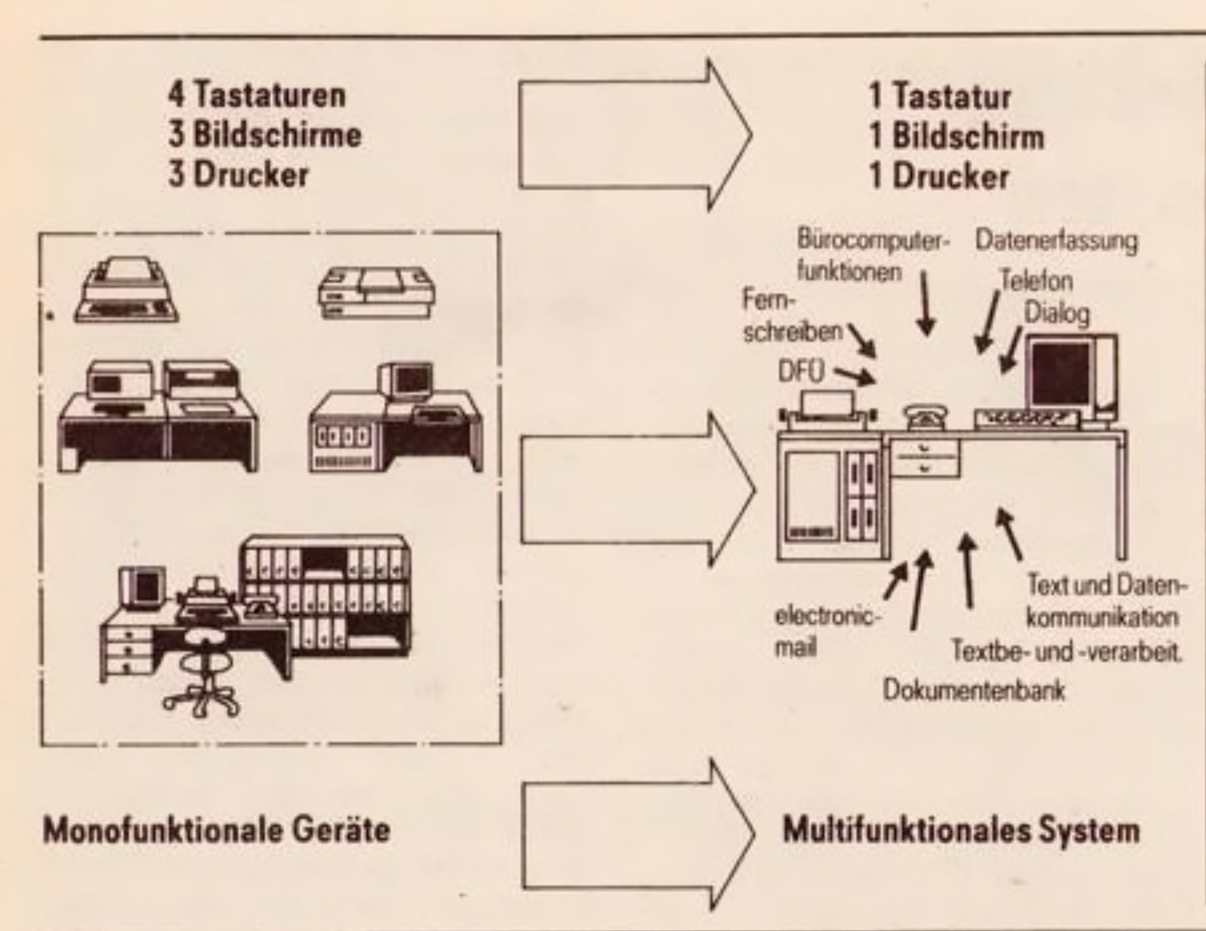
Ist die Lohndrückerei ein beliebtes Spielchen der Geschäftsleitung, so die Bilanzjonglierei und die Geldverschiebung ebenfalls. Die „Black & Decker Produktions GmbH" in Limburg hat nämlich formalrechtlich mit Black & Decker/Idstein rein gar nichts zu tun. Ein Konkurrenzwerk quasi. Limburg ist „Bundesausbaustadt". Dieser Name birgt einige bare Münze hinter sich, denn alle Investitionen in dieser Bundesausbaustadt werden zu 20% aus Bundesmitteln subventioniert (Anfang 1980 waren 20 Millionen DM Anfangsinvestitionen geplant, 4 Millionen DM davon an Subventionen; der jetzige Stand ist nicht bekannt, dürfte aber höher liegen).

Was also wollen unsere schlauen Geldverschieber machen? Sie verkaufen Maschinen soviel es geht von Idstein nach Limburg, wobei 20% des Verkaufspreises sich in klingender Münze aus dem Bundeshaushalt in die schon prall gefüllten Säckel von Black & Decker bewegen. Die Zuschüsse für solche „Bundesausbaustädte" wurden wohl damit begründet, daß es um Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Lande gehe. In der Realität zeigt sich, daß solch glorreiche Reformen als Ergebnis einige Geldverschiebereien innerhalb eines Unternehmens mit einem Staatsgesdchenk von 20% in Bar zum Endergebnis haben. Neue Arbeitsplätze werden in Limburg sowieso nicht so einfach entstehen: Der Geschäftsführer Cott hat auf der Betriebsversammlung am 10.6. angekündigt, daß in Limburg das „modernste Werk Europas" in Sachen Elektro-Heimwerkerindustrie entstehen werde. Sieht man sich an, daß im vergangenen Jahr ca. 10% der Arbeitsplätze in der Wickelei und in der Maschinenabteilung ein noch größerer Teil wegrationalisiert worden sind, so hat man einen Vorgschmack dessen, was dort ablaufen soll.

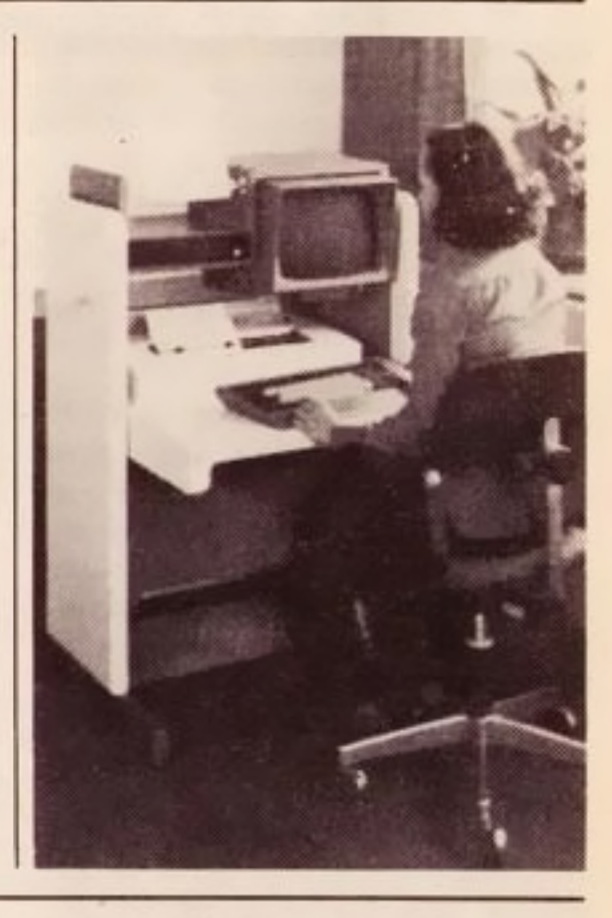
Dem Betriebsrat waren all diese Informationen bezüglich Limburg vorenthalten worden. Durch die Geschäftsleitung wurde ihm klipp und klar mitgeteilt, daß ihn das nichts angehe, da Limburg ein eigenständiges Werk sei.

Jedoch nicht nur auf den bisher beschriebenen Ebenen wird es zu einigen Widersprüchen kommen. Müller, der CDU-Bürgermeister, („Unser Knüller: Hermann Müller") wird wohl auch ein etwas längeres Gesicht machen als nor-mal. Die Stadt Idstein hatte gerade Black & Decker mit Steuererlassungen und billigem Boden Puderzucker in den Hintern geblasen, damit Black & Decker kommt. Aus lauter Freude über die Ansiedelung wurden die Straßennamen des Industriebereiches nach den jeweiligen Kapitalisten benannt. Wenn jetzt 70% der Produktion allerdings nach Limburg wandern und ca. 40% der Steuereinnahmen der Stadt aus Umsatzsteuern entspringen, von welchen der Großteil bislang auf Black & Decker entfallen ist, wird es fürs Müllerchen auch etwas schwierig.

Für die Belegschaft ist die Lage allerdings nicht ganz aussichtslos. Eingeweiht werden soll das neue Werk in Limburg mit einem Betriebsfest am 5.9.81. Danach sollen dort die ersten Maschinen aufgestellt werden und Anfang 1982 soll die Produktion anlaufen. Bislang haben sich ca. 150 freiwillig für Limburg gemeldet. Nachgeschoben werden müßten also mindestens 300–450. Die Geschäftsleitung wird dies stufenweise versuchen. Wenn man sich einig ist, das nicht mitzumachen, wird es für die Geschäftsleitung allerdings schwierig. Entlassungen im Facharbeiterbereich kann sich die Geschäftsleitung ohnehin nicht leisten, bis vor einem Jahr mußte sie noch welche aus dem Ruhrgebiet ankaufen. Wenn über 30 auf einmal entlassen werden, sind das Massenentlassungen und es müßte ein Sozialplan ausgehandelt werden, inklusive Abfindung. Wenn man sich einig ist, wird man also einiges zumindest herausholen können.



1. Aufgabenspezifische Anforderungen der Arbeitsplätze an die Technik sind unterschiedlich.
2. Es gibt für nahezu alle Kommunikations- und Informations-Anforderungen technische Unterstützung, wobei die Einzweckgeräte heute noch überwiegen.
3. Problem: Der Gerätevielfalt (Nutzungsgrad, Kosten, Gerätegröße) erschweren den Einsatz am Arbeitsplatz direkt
(Abb. 1)



Noch nicht einmal 100 Jahre sind vergangen, als der Einsatz von Schreib-und Rechenmaschinen den ersten Technisierungsschub und eine umfassende und weitreichende Produktivitätssteigerung der Arbeit im Büro mit sich brachte. Einen weiteren Aufschwung in der Entwicklung der Bürotechnisierung brachten in den fünziger Jahren der Einsatz der zentralen Computer-Technik; gewaltige Rechenzentren entstanden. Riesige klimatisierte und staubfreie Räume beherbergten eine hochempfindliche und immens teure Maschinerie.

Eine wahre Revolution in allen Bereichen der Wirtschaft brachte Mitte der siebziger Jahre die Entwicklung des Mikroprozessors. Plötzlich war es möglich, auf einer Fläche von weniger als einem Quadratzentimeter eine Informationsmenge unterzubringen und zu verarbeiten, die zuvor Platzkapazitäten von ganzen Büroräumen erfordert hätten. Preise, die um das tausendfache (!) geringer waren, als in den fünfziger Jahren die Großrechenzentren, und Gerätegrößen, die die neuen Geräte auf jedem Schreibtisch Platz finden ließen, brachte die dezentrale Computertechnik.

Die Büro- und Verwaltungsarbeit befaßt sich ausschließlich mit der Be-, Ver- und Erarbeitung von Informationen, setzt sie ins Verhältnis zueinander, vergleicht und entscheidet. Arbeiten, die eine Intelligenz voraussetzen, die ein Rechenwerk allerdings ersetzen, zumindest aber ergänzen kann. Wie vielfältig die Technologie ist, die heute an einem Büroarbeitsplatz zur Wahrnehmung der dort anfallenden Arbeiten zur Verfügung steht, ist auf Abb. 1 ersichtlich.

Telefon, Diktiergerät und Fotokopierer sind wohl die Klassiker unter den Büromaschinen. Sie sind heute aus keinem Büro mehr wegzudenken, ebensowenig wie der Fernschreiber. Die Vermittlung bildlicher Informationen, z.B. Graphiken, Lagepläne und

nicht mehr zu vertretende Anhäufung von Geräten. Der Weg wird daher von dem monofunktionalen zum multifunktionalen Gerät sein. (s. Abb. 2)

Die Verbesserung der Kommunikation wird nicht nur den weiteren Ausbau der vorhandenen Netze für Sprach-(Telefon), Text-(Fernschreiber) und Datenübertragung (per Datentelefon) anstreben, sondern auch bereits in

ben sich daher auch hauptsächlich im Bürobereich niedergeschlagen. Die Kosten selbst entfallen hier zu 5% auf die Schreibkräfte, zu 20% auf die Sekretärinnen, zu 60% auf die Sachbearbeiter und zu 15% auf die Führungskräfte. Im Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Produktivität in der Produktion. Geschätzt wird, daß im Produktionsbereich die Produktivität seit der

er sich den Vorgang erarbeitete, die Akte durchsah und dann in Verbindung mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen zu einer Meinungsbildung und Entscheidung sowie der Beantwortung der Anfage kam. Lange herrschte die Meinung vor, daß dieser Entscheidungsprozeß und die Lösungsfindung nur vom Menschen ausgeführt werden kann. Die Entwicklung „intelligenter"

Die Angestellten – Rationalisierungsreserve der Wirtschaft?

Innovation – Rationalisierung – Humanisierung. Das sind die Begriffe, die – wo immer über die Automation in Büro und Verwaltung geschrieben wird – anzutreffen sind. Innovation – technische Erneuerung, Rationalisierung – Einsparung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinerie, Humanisierung – Anpassung der Technik an den Menschen.

Von Barbara Wittig

Erprobung befindliche Dienste, wie z.B. Bildschirmtext, werden in die zukünftige Büroorganisation zur Nutzung öffentlich zugänglicher Informationen für Büroarbeit einbezogen.

Haupthindernis für die wünschenswerte allseitige Kommunikation per Datenübertragung ist die Vielfalt der im Einsatz befindlichen Systeme und Geräte, die in den meisten Fällen nicht unmittelbar miteinander kommunizieren können. Dieses Hemmnis ist insofern Resultat der kapitalistischen Produktionsweise, da für den Markt produziert wurde und nicht nach dem gesell-

Jahrhundertwende um 1000% gesteigert werden konne, im Büro- und Verwaltungsbereich dagegen lediglich um 50%. (s. Abb. 4).

Vieles spricht dafür, daß die Arbeitsintensivierung im Produktionsbereich nahezu bis an ihre Grenze getrieben wurde. Im Büro- und Verwaltungsbereich hingegen erhofft man sich noch gewisse Reserven. Nicht zuletzt die rezessive Entwicklung der Konjunktur zwingt die Kapitalisten dazu, menschliche Arbeitskraft, wo immer möglich, durch Maschinerie einzusparen. Die

Computer bewies das Gegenteil.

Fast 60% der in einem Büro anfallenden Arbeiten sind Routinearbeiten, die vom Computer in irgendeiner Weise übernommen werden können. Der Ansatzpunkt für den Einsatz der EDV besteht im wesentlich aus drei Feldern:

1. Die Speicherung von Informationen über Kunden, Verträge, Artikel nach verschiedenen Kriterien – also der Aufbau einer Datei und die dauernde Vervollständigung, die Dateipflege, ähnlich wie bisher die Schriftgutverwaltung, die Aktenführung.

In folgenden Bereichen der Büroarbeit hat die EDV bisher den größten Umfang angenommen:
– In der Auftragsbearbeitung von Versicherungen,
– in der Darlehenssachbearbeitung von Banken und Sparkasen,
– in der Erledigung des Zahlungsverkehrs in Banken,
– in den Einkaufsbereichen in der Materialwirtschaft der Industrie,
– ebenso in der Verkaufsabwicklung der Industrie
– neuerdings auch in den KFZ-Zulassungsstellen der Kommunalverwaltungen
– schwerpunktmäßig im Kassen-, Rechnungs-, Buchhaltungsbereich.

Es wird geschätzt, daß nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze der in der Bundesrepublik Beschäftigten in irgendeiner Weise von der elektronischen Datenverarbeitung berührt wird. Die Schnittstelle zwischen Mensch und Maschinerie ist fast ausnahmslos das Bildschirmgerät bzw. das Terminal.

Auswirkung der Technisierung auf die menschliche Arbeitskraft

Es ist sicherlich unbestritten, daß der Einsatz der Mikroelektronik in mancher Hinsicht auch Arbeitserleichterungen geschaffen hat. Da aber im Kapitalismus Maschinerie immer nur dann eingesetzt wird, wenn sie billiger ist als die menschliche Arbeitskraft, ist die Arbeitserleichterung, wo sie überhaupt stattfindet, nur eine Nebenerscheinung. Auch wenn sie von den Kapitalisten gern ins Feld geführt wird, um Rationalisierungen zu rechtfertigen.

Je differenzierter die Arbeitsorganisation betrieben wird, desto mehr unterbindet sie auch die zwischenmenschliche Kommunikation. Es kommt am Arbeitsplatz zu sozialer Isolierung mit schweren psychischen Beanspruchungen.

Die Einseitigkeit und inhaltliche Entleerung der Arbeit stellt hohe An-

ne hochempfindliche und immens teure Maschinerie.

Eine wahre Revolution in allen Bereichen der Wirtschaft brachte Mitte der siebziger Jahre die Entwicklung des Mikroprozessors. Plötzlich war es möglich, auf einer Fläche von weniger als einem Quadratzentimeter eine Informationsmenge unterzubringen und zu verarbeiten, die zuvor Platzkapazitäten von ganzen Büroräumen erfordert hätten. Preise, die um das tausendfache (!) geringer waren, als in den fünfziger Jahren die Großrechenzentren, und Gerätegrößen, die die neuen Geräte auf jedem Schreibtisch Platz finden ließen, brachte die dezentrale Computertechnik.

Die Büro- und Verwaltungsarbeit befaßt sich ausschließlich mit der Be-, Ver- und Erarbeitung von Informationen, setzt sie ins Verhältnis zueinander, vergleicht und entscheidet. Arbeiten, die eine Intelligenz voraussetzen, die ein Rechenwerk allerdings ersetzen, zumindest aber ergänzen kann. Wie vielfältig die Technologie ist, die heute an einem Büroarbeitsplatz zur Wahrnehmung der dort anfallenden Arbeiten zur Verfügung steht, ist auf Abb. 1 ersichtlich.

Telefon, Diktiergerät und Fotokopierer sind wohl die Klassiker unter den Büromaschinen. Sie sind heute aus keinem Büro mehr wegzudenken, ebensowenig wie der Fernschreiber. Die Vermittlung bildlicher Informationen, z.B. Graphiken, Lagepläne und
ähnliches ist per Telekopierer, genannt Telefax, auch schon seit längerem möglich. Allerdings ist dieses Verfahren sehr langsam, ca. 3 Minuten für 1 DIN A4-Seite, und da die Übermittlung per Telefon erfolgt, eben auch entsprechend teuer.

Im Schreibbereicht findet die elektronische Textverarbeitung zunehmend Bedeutung. Texte, einmal geschrieben und gespeichert, lassen sich beliebig oft wiederverwenden oder verändern. Textkomponente werden zu Briefen zusammengestellt, Kostenvoranschläge, Ausschreibungsunterlagen usw. beliebig oft und absolut fehlerfrei ausgedruckt.

Datensichtgeräte oder Dialogcomputer werden überall dort eingesetzt, wo schnell und häufig bestimmte Informationen benötigt werden. Jedem bekannt sind sicherlich Fahrkartenschalter der Bundesbahn oder in Reisebüros, wo der Angestellte dem Kunden sofort mitteilen kann, ob an seinem gewählten Reiseziel noch ein Hotelzimmer zu bekommen ist. – Oder am Bankschalter wird per Kennwort, Kontostand, Dispositionskredit, die letzten Kontenbewegungen aufgerufen. Der ein- oder ausgezahlte Betrag wird eingegeben, verbucht, ein Kontoauszug ausgedruckt, ohne daß noch einmal ein Angestellter den Beleg in die Hand nehmen muß.

Allerdings, wollte man alle Informations- und Kommunikationsgeräte neben den eigentlichen Arbeitsgeräten, z.B. dem Dialogcomputer, an einem Arbeitsplatz einsetzen, ergäbe das eine räumlich und bedienungstechnisch

Die Angestellten – Rationalisierungsreserve der Wirtschaft?

Innovation – Rationalisierung – Humanisierung. Das sind die Begriffe, die – wo immer über die Automation in Büro und Verwaltung geschrieben wird – anzutreffen sind. Innovation – technische Erneuerung, Rationalisierung – Einsparung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinerie, Humanisierung – Anpassung der Technik an den Menschen.

Von Barbara Wittig

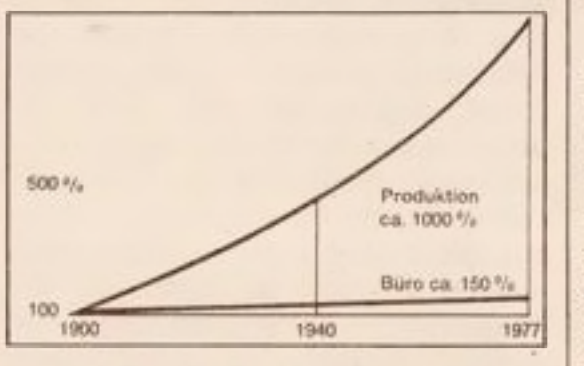
Erprobung befindliche Dienste, wie z.B. Bildschirmtext, werden in die zukünftige Büroorganisation zur Nutzung öffentlich zugänglicher Informationen für Büroarbeit einbezogen.

Haupthindernis für die wünschenswerte allseitige Kommunikation per Datenübertragung ist die Vielfalt der im Einsatz befindlichen Systeme und Geräte, die in den meisten Fällen nicht unmittelbar miteinander kommunizieren können. Dieses Hemmnis ist insofern Resultat der kapitalistischen Produktionsweise, da für den Markt produziert wurde und nicht nach dem gesell-
schaftlichen Bedürfnis.

Die technische Entwicklung hat gewaltige Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft und hat daher auch die verstärkte Aufmerksamkeit der Bundesregierung gefunden. 350 Mio. DM stellt das Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1978 Jahr für Jahr bereit, um „das Innovationspotential der kleinen und mittleren Unternehmen" zu aktivieren. Gewährt wurden Kapital- und Kredithilfen sowie steuerliche Hilfen. Kommunale Beratungsstellen, von denen es inzwischen nahezu 20 geben dürfte, werden ebenfalls vom Bundesministerium für Forschung und Technologie subventioniert.

Rationalisierung im Büro

Bedingt durch den technischen Wandel werden immer mehr Arbeitskräfte in der Arbeitsvorbereitung, in der Planung und Kontrolle eingesetzt. Diese Entwicklung brachte eine Verschie-



bung des Anteils der Beschäftigten in den Büros zu denen in der Produktion mit sich (s. Abb. 3). Die „Personalkostensteigerung" der letzten Jahre ha-

Jahrhundertwende um 1000% gesteigert werden konne, im Büro- und Verwaltungsbereich dagegen lediglich um 50%. (s. Abb. 4).

Vieles spricht dafür, daß die Arbeitsintensivierung im Produktionsbereich nahezu bis an ihre Grenze getrieben wurde. Im Büro- und Verwaltungsbereich hingegen erhofft man sich noch gewisse Reserven. Nicht zuletzt die rezessive Entwicklung der Konjunktur zwingt die Kapitalisten dazu, menschliche Arbeitskraft, wo immer möglich, durch Maschinerie einzusparen. Die

Computer bewies das Gegenteil.

Fast 60% der in einem Büro anfallenden Arbeiten sind Routinearbeiten, die vom Computer in irgendeiner Weise übernommen werden können. Der Ansatzpunkt für den Einsatz der EDV besteht im wesentlich aus drei Feldern:

1. Die Speicherung von Informationen über Kunden, Verträge, Artikel nach verschiedenen Kriterien – also der Aufbau einer Datei und die dauernde Vervollständigung, die Dateipflege, ähnlich wie bisher die Schriftgutverwaltung, die Aktenführung.

Wandel in der Berufswelt
Von je 100 Erwerbstätigen arbeiteten in:

	Bergbau, Landwirtschaft	Herstellung	Wartung, Montage	Dienstleistungen	Planung, Verwaltung	sonstigen Berufen
1961	15	15	18	26	16	10
1980	6	10	16	33	25	10

G 3753

immer billiger werdende Büromaschinerie bietet den wirtschaftlichen Anreiz.

Hat im reinen Schreibbereich die Technik längst ihre Anwendung gefunden, über Speicherschreibmaschinen, über Textverarbeitungssysteme, die einen einmal gespeicherten Text beliebig verändert, korrigiert immer wieder in gleichbleibender, fehlerfreier Qualität ausdrucken können, so geht jetzt das Bestreben dahin, in der Sachbearbeitertätigkeit, wo auch der Schwerpunkt der Personalkosten liegt, zu rationalisieren.

Eine beliebige Anfrage z.B. erforderte vom Sachbearbeiter bisher, daß

2. Die Durchführung von Berechnungen, Zuordnung und/oder Erteilung von Bescheiden, Bestätigungen, also die erste Form der Textverarbeitung durch die EDV. Z.B. werden inzwischen in allen Firmen, wo EDV eingesetzt wird, Mahnbelege nach Verstreichen der Zahlungsfrist automatisch ausgedruckt.

3. Die Erfassung der Arbeitsergebnisse und deren EDV-interne Weiterleitung in die entsprechenden Dateien. Z.B. Verzeichnung des Zahlungseinganges, Löschen aus dem Speicher für offene Rechnungen, Weiterleitung an die Datei für erledigte Vorgänge.

– neuerdings auch in den KFZ-Zulassungsstellen der Kommunalverwaltungen
– schwerpunktmäßig im Kassen-, Rechnungs-, Buchhaltungsbereich.

Es wird geschätzt, daß nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze der in der Bundesrepublik Beschäftigten in irgendeiner Weise von der elektronischen Datenverarbeitung berührt wird. Die Schnittstelle zwischen Mensch und Maschinerie ist fast ausnahmslos das Bildschirmgerät bzw. das Terminal.

Auswirkung der Technisierung auf die menschliche Arbeitskraft

Es ist sicherlich unbestritten, daß der Einsatz der Mikroelektronik in mancher Hinsicht auch Arbeitserleichterungen geschaffen hat. Da aber im Kapitalismus Maschinerie immer nur dann eingesetzt wird, wenn sie billiger ist als die menschliche Arbeitskraft, ist die Arbeitserleichterung, wo sie überhaupt stattfindet, nur eine Nebenerscheinung. Auch wenn sie von den Kapitalisten gern ins Feld geführt wird, um Rationalisierungen zu rechtfertigen.

Je differenzierter die Arbeitsorganisation betrieben wird, desto mehr unterbindet sie auch die zwischenmenschliche Kommunikation. Es kommt am Arbeitsplatz zu sozialer Isolierung mit schweren psychischen Beanspruchungen.

Die Einseitigkeit und inhaltliche Entleerung der Arbeit stellt hohe An-
sprüche an die Konzentrationsfähigkeit. Körperliche Schäden durch verkrampfte Haltung, Kopf- und Augenschmerzen sowie psychische Schäden sind die Folge. Ganz abgesehen von den Belastungen, die die Arbeit am Bildschirm an sich mit sich bringt.

Die Gewerkschaft fordere Arbeitssysteme, die es ermöglichen, daß einfache Arbeiten wechselweise von mehreren Beschäftigten ausgeführt, daß anspruchsvolle und erweiterte Aufgabengebiete integriert werden können und die Arbeitsablaufgestaltung in Eigenregie der Arbeitnehmer übernommen werden kann, so Günter Stephan, Vorstandsmitglied des DGB. Diese Forderung beinhaltet zweierlei Aspekte. Einerseits wirkt sie der Tendenz entgegen, durch Arbeitszerteilung und -zerlegung und Ausgliederung von Routinearbeiten die Beschäftigung billigerer und unqualifizierter Arbeitsgruppen zu beschäftigen, zum anderen vermindern Mischarbeitsplätze die Nachteile, die die Einführung der Technologie mit sich bringt.

Humanisierung der Arbeit muß sich sowohl auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes, die Arbeitsumgebung als auch der Arbeits- und Betriebsorganisation beziehen. Zunehmende Rationalisierungsbestrebungen im Büro- und Verwaltungsbereich verursachen steigenden Arbeitsplatzabbau und Belastungen aufgrund sich verschlechternder Arbeitsbedingungen, zunehmender Arbeitsbewertungen und Leistungsanreize und vermehrter Leistungskontrolle.

Bundesweiter Streik oder wie weiter?

Über die Aufgaben der Studentenbewegung

Von Jörg Frank

Auf seiner Sitzung vom 14.7. hat der vds-Zentralrat nebenstehenden Beschluß zu ,,bundesweit koordinierten Aktionen" gefaßt. Vorausgegangen war diesem Beschluß ein Diskussionsaufruf, der Ende Mai vom Zentralrat beschlossen und über vds-Flugblätter verbreitet wurde. In ihm wird erstmals der Vorschlag ,,bundesweiter Aktionen" konkreter formuliert, nachdem es im ,,vds-Arbeitsprogramm 1981" vielsagend heißt: ,,Die vds erwarten für das WS 81/82 eine Zuspitzung der materiellen und sozialen Lage an den Hochschulen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in den Studentenschaften verstärkt Möglichkeiten zu bundesweit koordinierten Maßnahmen und Aktionen zu diskutieren."

Zweifellos richtig ist, daß der Zentralrat von einer drastischen Verschärfung der Studien- und Lebensbedingungen im WS 81/82 für die große Mehrheit der Studenten ausgeht. Dafür spricht, daß sich dann die Verschärfungen der von der Regierung im Juni beschlossenen BAföG-Novelle vollständig bemerkbar macht, dafür spricht auch, daß im nächsten Semester stärker als bisher die Mittelkürzungen im Hochschulbereich in vielfältiger Form direkt spürbar werden als derzeit, wo sie oft noch als abstrakte Finanzpositionen in den Universitätshaushaltsplänen auftauchen. Zudem werden etwa 150000 Studienanfänger an die Hochschulen strömen, was die Studiensituation in den Seminaren und Instituten noch weiter verschärfen wird. Insofern ist die Absicht, die sich rapide verschlechternden Studienbedingungen und die soziale Lage, die Wohnungsnot bundesweit zu bekämpfen, keineswegs einfach so hergeholt. Die Auswirkungen und Absichten der Regierungspolitik laufen in verstärktem Maße darauf hinaus, den Zugang zur Hochschule, zu Bildung und Wissenschaft im allgemeinen, wieder allein vom Geldbeutel und somit letztlich von der sozialen Herkunft abhängig zu machen. Eine ausgedehntere Anwendung des Numerus Clausus ist in der Diskussion und in einigen Bundesländern schon in Anwendung. Eine Zukunftsperspektive für die, die sich unter miesen Bedingungen durchs Studium quälen und für die jetzigen Absolventen ist im Schwinden begriffen. Offensichtlich spricht vieles dafür, daß sich in der Hochschulpolitik und bzgl. der Lage an den Hochschulen eine qualitative Wende abzeichnet. Ihre ökonomischen Ursachen im Zusammenhang mit der kapitalistischen Krise und die politischen Absichten der Bourgeoisie dabei müssen näher untersucht werden. Deutlich wird hierbei aber auch schon, daß die Studentenbewegung zur erfolgreichen Gegenwehr eine richtige Strategie und Taktik braucht, die derzeit keine Strömung bzw. Verband in der Studentenschaft vorzuweisen hat (und wovon die Revisionisten behaupten, sie zu besitzen).

Was die augenblickliche Lage angeht, so genügt nicht einfach die Feststellung sich verschärfender Widersprüche durch die vds, um daraus nun ,,bundesweite Aktionen" oder nach Auffassung von MSB/SHB ,,bundesweiten Streik" abzuleiten. Auch die bloß quantitative Aufzählung verschiedener Aktionen im letzten Semester bis hin zur bundesweiten Demonstration von über 35000 gegen BAföG-Kürzung und Sparpolitik ist keine ernsthafte Analyse – denn dazu gehören nicht bloß die Streikgründe und möglichst konkrete Aktionsziele, sondern auch die Verfassung der potentiell Streikenden, also die Entwicklung der Bewegung, wobei ein, wenn auch ungleichmäßiger Aufschwung durchaus deutlich wird.

Die Frage ist, welche Schritte der gegenwärtigen Lage an den Hochschulen entsprechend gewählt werden müssen, und welche konkreten Ziele mit ihnen erreicht werden sollen. Für die Bestimmung eines ernstgemeinten Aktionsziels ist die Aneinanderreihung von allgemeinen Forderungen (wie im vds-Vorschlag vom Mai), die sicher alle mehr oder weniger richtig sind, die aber keine konkreten Teilziele festlegen, die in nächster Zeit durchgesetzt werden sollen und auch bei realistischer Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse durchgesetzt werden *können*, völlig unzureichend – gerade auch unter dem Gesichtspunkt, daß für Erfolge in kommenden Kämpfen die Unterstützung der Gewerkschaften und offenbar auch von Teilen der Sozialdemokratie erreicht werden muß. Solche Teilziele könnten sein, daß die BAföG-Anpassung im April 1982 zumindest die Lohnsteigerung ausgleicht u.ä. Nötig sind aber auch Forderungen gegen die drohenden Verschärfungen durch die geplante Anpassung der Studien- und Prüfungsordnungen an die (neuen) Landeshochschulgesetze. In den einzelnen Ländern jeweils anders stellt sich zudem das Problem, die Anerkennung bzw. bestimmte Rechte der Vertretungsorgane durchzusetzen. Obwohl insgesamt aufgrund der drastischen Verschärfung der Widersprüche die Bedeutung des Kampfes um Demokratisierung der Hochschule allgemein zunehmen wird, weil hierin nämlich im Kampf um eine Selbstverwaltung der Hochschule, ihre relative Unabhängigkeit vom bürgerlichen Staatsapparat die Perspektive liegt zwecks Durchsetzung dieser einzelnen Forderungen, von der Prüfungsordnung über die Hochschulfinanzierung bis hin zur materiellen Absicherung der Studenten, die darin münden, daß die Hochschulen als Teil des Volksbildungswesens von den Kindern der besitzlosen Klassen tatsächlich besucht werden können und ihnen so Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der Wissenschaft auch möglich wird.

Gerade bei den Mittelkürzungen sind die Auswirkungen in den einzelnen Bundesländern verschieden bzw. verschieden schnell spürbar. Die Probleme auf Landes- und örtlicher Ebene stellen sich jeweils sehr unterschiedlich – und erst recht auf ,,Bundesebene", wo konkret der Kampf um mehr BAföG ,,übrigbleibt". Wie sollen also in solch einer Situation für eine bundesweit einheitliche Aktion *einheitliche realistische Aktionsziele* aufgestellt werden, die *durch diese Aktion* erkämpft werden sollen? Der Grund hierfür liegt offenbar in der unterschiedlichen subjektiven Entwicklung der Bewegungen in den einzelnen Ländern und Hochschulen, und deshalb ist auch nicht verwunderlich, daß die Landesastenkonferenzen, die im Juli getagt haben, jeweils von ihren örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten ausgehen und oftmals Kritik an einer ,,von oben aufgepfropften Aktion" laut wird. Der Stand der gegenwärtigen Auseinandersetzung ist nicht reif für bundesweiten Streik – als Vorlesungs- und Veranstaltungsboykott an fast allen Hochschulen, womit sich durchaus Druck zur Ausübung konkreter Ziele ausüben läßt. Konkrete Zielsetzungen sowie eine weitergehende Perspektive, womit allein ein bundesweiter Zusammenschluß hergestellt werden kann, fehlen. Es werden sich also somit bundesweit keine Mehrheiten für einen ernsthaft gemeinten Streik finden. Ein *bundesweiter* Streik dagegen nur an wenigen Hochschulen bzw. an manchen, eben nur an wenigen Fachbereichen, bringt nicht nur eine unnötige Niederlage, sondern fördert auch Resignation und Spaltung.

Was jetzt tatsächlich sinnvoll wäre, ist die Beratung und Vorbereitung passender Aktionen auf Hochschul- und Landesebene, so z.B. zwecks Bekämpfung der Wohnungsnot, wo man jetzt sehen muß, wie der Stadt ausreichend Wohnraum (gerade auch angesichts der Studienanfänger) abverlangt werden kann. Auf Landesebene sollten gemeinsame Aktionen gegen Mittelkürzungen von ASten, Fachschaften, Schülervertretungen und Gewerkschaften wie landesweite Demonstrationen (vielleicht zum gleichen Zeitpunkt in allen Bundesländern) durchgeführt werden. Dies sollte die vds *koordinieren* und unterstützen, ebenso Streiks, wo sie tatsächlich sinnvoll und möglich sind und von den Studenten beschlossen wurden. In diese Richtung gehen auch die Vorschläge der Landesastenkonferenzen Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Der Zentralratsbeschluß läßt die Frage des Streiks noch offen. Da die Jusos jede Streikorientierung à la MSB ablehnten, hatten MSB/SHB mit ihrem Vorschlag auf bundesweiten Streik keine reelle Chance und der Antrag des LHV, der ,,eine Orientierung auf Streik für voreilig" hält, stellte sich als ,,Kompromiß" dar, der mit einigen Änderungen dann verabschiedet wurde. Trotz einer Reihe falscher Auffassungen und Ungereimtheiten ist die Haltung gegen Streik der Jusos und in der Konsequenz zumindest die Haltung des LHV Ausdruck der tatsächlichen Verhältnisse an den Hochschulen und somit auch der Beschluß in wenn auch verzerrter und beschränkter Weise.

Die Bewegung an den Hochschulen ist weitgehend noch spontan und beschränkt auf die unmittelbare Abwehr von Studienverschlechterungen. Von großer Bedeutung ist deshalb, daß ASten und Fachschaften im kommenden Semester viel an politischer Aufklärung und Diskussion leisten. Dies auch insbesondere deshalb, um zu einer Auseinandersetzung und Klärung über die Perspektive der Kämpfe der Studentenbewegung zu kommen, die die Revisionisten mit ihrer (im Gegensatz zu anderen) vorhandenen Theoriebildung nicht leisten können. Denn wie sonst soll es zu einer besseren Verbindung der Studentenbewegung mit der Gewerkschafts- und demokratischen Bewegung zwecks Aufbau einer Front gegen die Haushalts- und Steuerpolitik des bürgerlichen Staates kommen? Das alles würde wirkungsvoller sein als eine Woche ,,Aktionstage" (Vorschlag der Jusos im Zentralrat) oder ,,ein oder zwei Wochen Streik" (MSB-Bundesvorstand).

In Zusammenarbeit z.B. mit örtlichen Gewerkschaftsgliederungen, Schülern, Bürgerinitiativen wären Veranstaltungen, Foren etc. angebracht, die die politische Bewußtheit fördern und die Bedingungen und Perspektive der Kämpfe klären helfen, insbesondere auch zu den zwangsläufig aufgeworfenen Fragen

– der Ursachen der Mittelkürzungen und der Krise im allgemeinen
– des Zusammenhangs von Bildungspolitik und Hochschulreform mit den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise
– der Erkämpfung gesetzlicher Anerkennung der Vertretungsorgane und darüber hinaus die Diskussion über die Möglichkeit einer demokratischen Hochschulverfassung
– der Kriegsursachen und der Perspektive der Friedensbewegung
– der fortschreitenden Zerstörung der Natur durch die herrschende Produktionsweise.

Bei all dem ist wichtig, in den konkreten Kämpfen eine Aktionseinheitspolitik zu betreiben, die mehrheitsfähig ist und auch die Einbeziehung der Gewerkschaften ermöglicht. Es ist deshalb nur gut, daß der vds-ZR in beiden Resolutionen die Parole ,,Bildung statt Bomben" oder ,,BAföG statt Pershing II" nicht aufgenommen hat.

Beschluß des Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) bzgl. bundesweiter Wintersemesteraktionen

(...) Diese bundesweiten Aktionen gegen Sozialabbau und Aufrüstung im Wintersemester sollen den massiven Angriffen angemessen sein. Die Frage eines bundesweiten Streiks muß an den Hochschulen und in den Fachbereichen diskutiert werden; die derzeitigen Diskussionsmöglichkeiten reichen von Aktionswochen über einen zentral koordinierten Streiktag bis hin zur Einsetzung des Kampfmittels eines generellen, bundeseinheitlichen Streiks.

Zu Beginn des Wintersemesters (31.10./1.11.) werden die vds eine *Astenkonferenz* durchführen, mit dem Ziel
– die Diskussions- und Vorbereitungsergebnisse nochmals und aktuell zusammenzutragen und auszuwerten sowie
– insbesondere abschließend über die Frage eines Streiks zu diskutieren und zu entscheiden.

Die Wintersemesteraktionen sollen in ihrer Anlage, wie bereits im vds-Arbeitsprogramm 1981 vorgezeichnet, folgende Orientierungen zusammenfassen:
– die vorhandenen Möglichkeiten für die *Abwehr* vorgesehener Schritte des Bildungs- und Sozialabbaus sollen ausgeschöpft werden. (...) In diesen Aktionen kämpft die Studentenschaft um jede Verbesserung und um Teilerfolge. Insgesamt nimmt die Bedeutung der Bildungspolitik bei der Abwehr des Sozialabbaus keineswegs ab.
– Entwicklung einer eigenständigen Mobilisierung des Studentenbereiches als Teil eines die gesamte Gesellschaft prägenden Widerstandpotentials gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die breite Bevölkerungsmehrheit, gegen Aufrüstung und stetig wachsende Sinnentleerung der Lebensverhältnisse.
– Verzahnung der Studentenaktionen mit anderen Bereichen außerparlamentarischen Protestes (Widerstand der Friedensbewegung gegen den Stationierungsbeschluß, Ökologiebewegung, Hausbesetzerbewegung etc.), denn nur so kann es weiterhin gelingen, *breite politische und soziale Bedürfnisse* auch unter Einschluß wichtiger gesellschaftlicher Faktoren wie Bürgerinitiativen, Teilen von SPD und FDP oder Kirchen und insbesondere den Gewerkschaften weiterzuentwickeln zu einem echten Gegendruck.
– Besondere Bedeutung hat der Konsens der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa. Die Subventionierung und Protegierung der Atomindustrie durch die Bundesregierung zuungunsten zukunftsorientierter Investitionen wird kritisiert. Die vds unterstützen die Demonstration am 19.9. gegen die geplante WAA in Diemelstadt-Wethen und die Friedensdemonstration in Bonn am 10.10.
– Verbreiterung der Diskussion über Alternativen zum Studienbetrieb wie insbesondere auch zu Grundfragen der Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik. Dabei sollen Forderungen zu einer ,,alternativen Wirtschaftspolitik" entwickelt werden. (...)

,,Zwischen Revolution und Resignation?"
Eine empirische Untersuchung über ,,Alternativstruktur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft" / Buchbesprechung
acm. Das vorliegende Buch ist das Ergebnis einer zweijährigen Forschungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn* während der Jahre 1978–80. Der theoretische und empirische Ansatz war mit der Frage: ,,Hintergründe politischen Verhaltens von Studenten" verbunden, und die Autoren Krause, Lehnert und Scherer gehen dabei von dem historischen Ansatz der Studie von Habermas u.a. ,,Student und Poli-
rende SPD – habe aber eine ,,konstruktive Repolitisierung" in Form der ,,Neuen Linken", ,,Basisgruppen" und ,,Alternativbewegung" stattgefunden.
Von dieser Lageeinschätzung ausgehend haben die Autoren 500 Interviews an den Hochschulen Berlin (Zentrum der Studentenbewegung), Frankfurt (als zweites Zentrum, mit ,,Kritischer Theorie" und ,,Spontis"), Heidelberg
mentarischen Demokratie" sind durch tiefes Mißtrauen, aber Festhalten an diesem ,,Veränderungsweg" gekennzeichnet. An diesem Punkt aber fällt auf, daß ihre Fragestellung in bezug auf die gewaltsame Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu plakativ, zu extrem formuliert wurde und damit der Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung nur in breiten Schemata erfaßt wurde.

nanzpositionen in den Universitätshaushaltsplänen auftauchen. Zudem werden etwa 150000 Studienanfänger an die Hochschulen strömen, was die Studiensituation in den Seminaren und Instituten noch weiter verschärfen wird. Insofern ist die Absicht, die sich rapide verschlechternden Studienbedingungen und die soziale Lage, die Wohnungsnot bundesweit zu bekämpfen, keineswegs einfach so hergeholt. Die Auswirkungen und Absichten der Regierungspolitik laufen in verstärktem Maße darauf hinaus, den Zugang zur Hochschule, zu Bildung und Wissenschaft im allgemeinen, wieder allein vom Geldbeutel und somit letztlich von der sozialen Herkunft abhängig zu machen. Eine ausgedehntere Anwendung des Numerus Clausus ist in der Diskussion und in einigen Bundesländern schon in Anwendung. Eine Zukunftsperspektive für die, die sich unter miesen Bedingungen durchs Studium quälen und für die jetzigen Absolventen ist im Schwinden begriffen. Offensichtlich spricht vieles dafür, daß sich in der Hochschulpolitik und bzgl. der Lage an den Hochschulen eine qualitative Wende abzeichnet. Ihre ökonomischen Ursachen im Zusammenhang mit der kapitalistischen Krise und die politischen Absichten der Bourgeoisie dabei müssen näher untersucht werden. Deutlich wird hierbei aber auch schon, daß die Studentenbewegung zur erfolgreichen Gegenwehr
lich besucht werden können und ihnen so Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der Wissenschaft auch möglich wird.
Gerade bei den Mittelkürzungen sind die Auswirkungen in den einzelnen Bundesländern verschieden bzw. verschieden schnell spürbar. Die Probleme auf Landes- und örtlicher Ebene stellen sich jeweils sehr unterschiedlich – und erst recht auf ,,Bundesebene", wo konkret der Kampf um mehr BAföG ,,übrigbleibt". Wie sollen also in solch einer Situation für eine bundesweit einheitliche Aktion einheitliche realistische Aktionsziele aufgestellt werden, die durch diese Aktion erkämpft werden sollen? Der Grund hierfür liegt offenbar in der unterschiedlichen subjektiven Entwicklung der Bewegungen in den einzelnen Ländern und Hochschulen, und deshalb ist auch nicht verwunderlich, daß die Landesastenkonferenzen, die im Juli getagt haben, jeweils von ihren örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten ausgehen und oftmals Kritik an einer ,,von oben aufgepfropften Aktion" laut wird. Der Stand der gegenwärtigen Auseinandersetzung ist nicht reif für bundesweiten Streik – als Vorlesungs- und Veranstaltungsboykott an fast allen Hochschulen, womit sich durchaus Druck zur Ausübung konkreter Ziele ausüben läßt. Konkrete Zielsetzungen sowie eine weitergehende Perspektive, womit allein ein bundesweiter Zusam-
des bürgerlichen Staates kommen? Das alles würde wirkungsvoller sein als eine Woche ,,Aktionstage" (Vorschlag der Jusos im Zentralrat) oder ,,ein oder zwei Wochen Streik" (MSB-Bundesvorstand).
In Zusammenarbeit z.B. mit örtlichen Gewerkschaftsgliederungen, Schülern, Bürgerinitiativen wären Veranstaltungen, Foren etc. angebracht, die die politische Bewußtheit fördern und die Bedingungen und Perspektive der Kämpfe klären helfen, insbesondere auch zu den zwangsläufig aufgeworfenen Fragen
– der Ursachen der Mittelkürzungen und der Krise im allgemeinen
– des Zusammenhangs von Bildungs-
kunftsorientierter Investitionen wird kritisiert. Die vds unterstützen die Demonstration am 19.9. gegen die geplante WAA in Diemelstadt-Wethen und die Friedensdemonstration in Bonn am 10.10.
– Verbreiterung der Diskussion über Alternativen zum Studienbetrieb wie insbesondere auch zu Grundfragen der Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik. Dabei sollen Forderungen zu einer ,,alternativen Wirtschaftspolitik" entwickelt werden. (...)
politik und Hochschulreform mit den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise
– der Erkämpfung gesetzlicher Anerkennung der Vertretungsorgane und darüber hinaus die Diskussion über die Möglichkeit einer demokratischen Hochschulverfassung
– der Kriegsursachen und der Perspektive der Friedensbewegung
– der fortschreitenden Zerstörung der
Natur durch die herrschende Produktionsweise.
Bei all dem ist wichtig, in den konkreten Kämpfen eine Aktionseinheitspolitik zu betreiben, die mehrheitsfähig ist und auch die Einbeziehung der Gewerkschaften ermöglicht. Es ist deshalb nur gut, daß der vds-ZR in beiden Resolutionen die Parole ,,Bildung statt Bomben" oder ,,BAföG statt Pershing II" nicht aufgenommen hat.

,,Zwischen Revolution und Resignation?"

Eine empirische Untersuchung über ,,Alternativstruktur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft" / Buchbesprechung

acm. Das vorliegende Buch ist das Ergebnis einer zweijährigen Forschungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn* während der Jahre 1978–80. Der theoretische und empirische Ansatz war mit der Frage: ,,Hintergründe politischen Verhaltens von Studenten" verbunden, und die Autoren Krause, Lehnert und Scherer gehen dabei von dem historischen Ansatz der Studie von Habermas u.a. ,,Student und Politik" vom Jahre 1961 aus. Habermas hatte 1957 in dieser davon gesprochen, daß bei zwei Dritteln der Studenten ,,weitgehend unpolitische" und konservative Auffassungen – erklärt aus der Herkunft der Studierenden – vorherrschend seien.

Die Autoren bestehen auf einer Kontinuität der Studentenbewegung mit unterschiedlichen Entwicklungsphasen. So skizzieren sie die Entwicklung der Studentenbewegung in ihren Anfängen auf der Basis der ökonomischen Veränderungen in der BRD, der Expansionsphase des Kapitals und der damit verbundenen Änderungen der Bildungspolitik in der BRD.

Die Studentenbewegung habe sich in Abgrenzung von geltenden Normen und Werten entwickelt. Das anfängliche Zusammengehen zwischen SDS und SPD sei gesprengt worden durch die mangelnde Unterstützung der SPD in den Kämpfen gegen die Atombewaffnung, die Notstandsgesetze und das Einströmen marxistischer Theorien im der Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR z.B. Aus diesem Prozeß seien heterogene Kräfte hervorgegangen, und das habe zu einer neuen Form der Studentenbewegung geführt, in der anfänglich ,,orthodoxe" (DKP) und ,,maoistische" (KBW u.a.) Organisationen und Strömungen vorherrschend gewesen seien, deren Niedergang aber Mitte der siebziger Jahre einen Prozeß von ,,Rückzugs- und Fluchtbewegung" ausgelöst habe. Innerhalb dieses Prozesses – begleitet durch verstärkte staatliche Unterdrückung, gerade auch durch die regierende SPD – habe aber eine ,,konstruktive Repolitisierung" in Form der ,,Neuen Linken", ,,Basisgruppen" und ,,Alternativbewegung" stattgefunden.

Von dieser Lageeinschätzung ausgehend haben die Autoren 500 Interviews an den Hochschulen Berlin (Zentrum der Studentenbewegung), Frankfurt (als zweites Zentrum, mit ,,Kritischer Theorie" und ,,Spontis"), Heidelberg (ehemaliges Zentrum der ,,dogmatischen Linken"), Bonn (als konservative Uni) und Hamburg (stellvertretend für den ,,gewerkschaftlichen Flügel") durchgeführt.

Mag man auch mit einigen Vereinfachungen der historischen Entwicklung nicht einverstanden sein, so stellt ihre Untersuchung doch ein sehr umfangreiches Feld dar, auf der Grundlage sehr weit gefächerter Fragestellungen.

Die vielfältigen Aussagen, die sie dabei treffen, können hier wegen ihres Umfanges gar nicht dargestellt werden. Wesentliche Bereiche seien aber erwähnt: Die Erhebung der politischen Grundeinstellung der Studenten ist relativ differenziert (auch in der Liniendarstellung), wobei sie zu folgendem Ergebnis kommen: Konservative 13%, Liberale 32,6%, Sozialisten 22,4%, ,,Neue Linke" 23,0%, Kommunisten 9%. Ausgehend von diesen Ergebnissen untersuchen sie die soziale Herkunft, Bildungsschichtung, Sozialisationserfahrungen und politische Biographie der Studenten, um wiederum Querverbindungen zu den ,,politischen Grundanschauungen" herzustellen. Eine weitere Auffächerung vollziehen die Autoren entlang von Hochschulort, Geschlecht, Studiendauer und Fachrichtung.

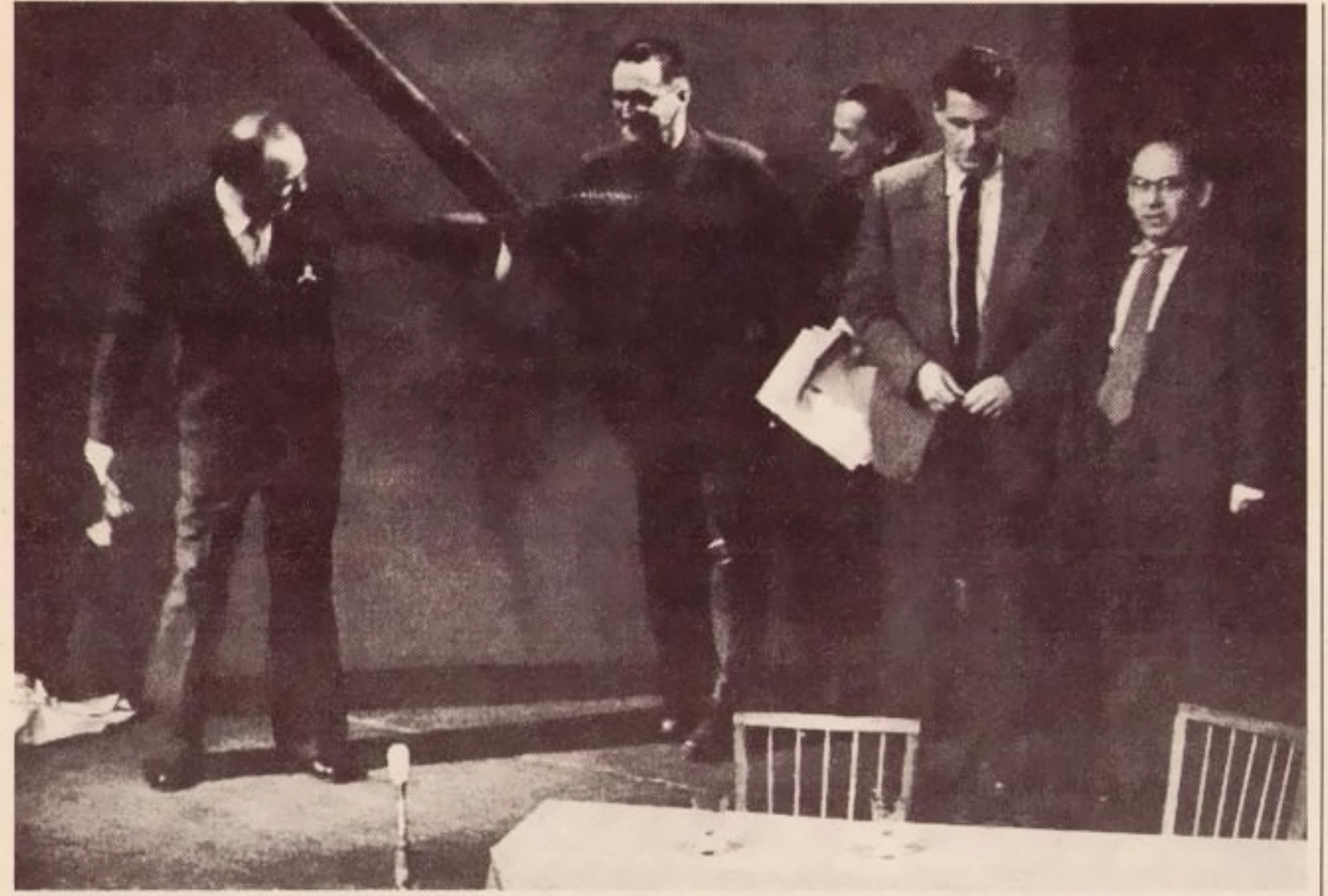
In dem Kapitel ,,Einstellung der Studenten zum gesellschaftlichen System" bleiben als herausragende Ergebnisse vor allem die breite Ablehnung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel hängen. Die ,,Grundpositionen zur parlamentarischen Demokratie" sind durch tiefes Mißtrauen, aber Festhalten an diesem ,,Veränderungsweg" gekennzeichnet. An diesem Punkt aber fällt auf, daß ihre Fragestellung in bezug auf die gewaltsame Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu plakativ, zu extrem formuliert wurde und damit der Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung nur in breiten Schemata erfaßt wurde.

Eine bedeutende Analyse ist ihnen in dem Komplex zur ,,Alternativkultur" gelungen, wo die Aufschlüsselung von Begriff und Inhalten zu differenzierten Ergebnissen führt. Sie weisen nach, daß insbesondere die ,,neuen Mittelschichten" (Angestellte, kleine Beamte und freiberuflich Tätige) die Träger der ,,alternativen Bewegungen" innerhalb der Studentenschaft sind, daß fast 40% sich ihr zugehörig fühlen.

Auch die Untersuchung der Studenten als Wähler bei den Bundestagswahlen weist neue, frappierende Ergebnisse auf: Der Anteil der SPD-Wähler geht zurück (CDU fast eine Minderheit), während ,,Bunte-Alternative Listen" in der Präferenz bei bis zu 29% landen. 81% derer, die SPD wählen, wählen sie als ,,kleineres Übel".

Die Komplexität und Vielschichtigkeit der Aussagen der Untersuchung kommt, wie gesagt, an dieser Stelle kaum zur Geltung. Tatsächlich ist das aber kennzeichnend für die Studie. Sicherlich fällt es schwer, in jeder Hinsicht Frageansätze und Struktur der Untersuchung zu überprüfen – das wird häufig nur ein Spezialist können. Insgesamt macht aber die Studie einen soliden Eindruck und stellt ein ausgedehntes Netz von Aussagen dar, die für die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen (und nicht nur dafür) von Bedeutung sind.

* Christian Krause u.a., Zwischen Revolution und Resignation? Alternativkultur und politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten. Verlag Neue Gesellschaft, 1980. 320 S., 29,80 DM.



Ernst Busch, Bert Brecht, Helene Weigel, Stephan Hermlin, Hanns Eisler

Bertolt Brecht:

Vorsicht bei der Verwahrung vom Erfahrungen

Me-ti sagte: Unsere Erfahrungen verwandeln sich meist sehr rasch in Urteile. Diese Urteile merken wir uns, aber wir meinen, es seien die Erfahrungen. Natürlich sind Urteile nicht so zuverlässig wie Erfahrungen. Es ist eine bestimmte Technik nötig, die Erfahrungen frisch zu erhalten, so daß man immerzu aus ihnen neue Urteile schöpfen kann.

Me-ti nannte jene Art von Erkenntnis die beste, welche Schneebällen gleicht. Diese können gute Waffen sein, aber man kann sie nicht zu lange aufbewahren. Sie halten sich auch zum Beispiel nicht in der Tasche.

Von Mi-en-leh sagten viele, er sei ein großer Praktiker gewesen, Le-peh aber ein großer Philosoph. Me-ti sagte: Le-pehs Praxis bewies, daß er kein großer Philosoph war, Mi-en-lehs Praxis bewies, daß er ein großer Philosoph war. Mi-en-leh war in der Philosophie praktisch und in der Praxis philosophisch.

Bevor Mi-en-leh den Verein gründete, beteiligte er sich an allgemeinen Erörterungen. Als die Meinungen genügend gleichgerichtet waren und die Vorbereitungen genügend fortgeschritten, lachte er über die, welche fortfuhren in allgemeinen Erörterungen, und wandte sich ganz dem Ausbau des Vereins zu. Aber es kamen immer wieder Zeiten, in denen die Probleme noch undeutlich, die Meinungen noch entfernt von der täglichen Arbeit (wenn auch selber tägliche Arbeit), wenig gleichgerichtet waren, und Mi-en-leh nahm wieder an Verallgemeinerungen teil. Das war lediglich praktisch. Während andere das Leben betrachten auf seine Ausbeute für Meinungen hin, beschäftigte sich Mi-en-leh mit Meinungen um des Lebens willen. Nur wenn man annimmt, der Philosoph lebe um der Philosophie willen, war Mi-en-leh kein Philosoph; aber so etwas anzunehmen, schien ihm selber nicht philosophisch.

Me-ti sagte: Man kann sich zu Verallgemeinerungen erheben wie der Vogel, der den Boden flieht, weil er zu heiß geworden ist, und wie der Sperber, der die Höhe aufsucht, um das Kaninchen zu erspähen, auf das er sich stürzen will.

Bertolt Brecht, aus: ,,Me-ti. Buch der Wendungen"

,,Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht"

Zu Bertolt Brechts 25. Todestag am 14. August / Von Bernd Wagner

Mit knapp vier Dutzend Theaterstücken, einer Reihe von Theaterbearbeitungen, einigen tausend Zeilen Gedichten und Lieder, mehreren Prosabänden und unzähligen Äußerungen zur Literaturtheorie, zur Kunst, zur politischen Entwicklung und zur Marxschen Theorie gehört Brecht ohne Zweifel zu den produktivsten deutschsprachigen Schriftstellern dieses Jahrhunderts. Sicher ist er auch der bekannteste deutsche Dichter der Gegenwart. Es gibt wenige Länder, wo Brecht nicht in der einen oder anderen Form publiziert, gespielt oder von ihm gelernt wird. Brecht wird, je nach den Theatermoden häufig oder weniger häufig, in Westdeutschland gespielt, wie er auch zum Standardrepertoire der DDR-Theater gehört. Stücke von ihm werden in Moskau aufgeführt, wie in New York oder auch in Beijing. Erstaunlich dieses Gleichmaß für einen Schriftsteller, der versucht hat, in seinen Stücken und Gedichten die materialistische Dialektik anzuwenden und der konsequent wie kaum ein anderer Künstler die ,,Geschichte von unten" gesehen und dargestellt hat und zum Eingreifen in diese Geschichte aufgefordert und auch Vorschläge gemacht hat.

Ist dieser Versuch Brechts gescheitert und er zu einem zahnlosen ,,Klassiker" geworden, der das Schicksal so vieler Dichter und Schriftsteller teilt, die einem durch endlose, jeden revolutionären Inhalt wegzaubernde Analysen in der Schule oder durch ermüdend-schablonenhafte oder ästhetisierend-inhaltslose Darstellungen auf der

gegenwärtig dieses Schicksal ereilt, wie es gegen Marx und Lenin spricht, daß sie in westdeutschen Schulbüchern zitiert werden oder in der DDR und der Sowjetunion aus ihren revolutionären Theorien eine apologetisierende, die Unterdrückung und imperialistische Expansion verteidigende Staatsphilosophie gemacht worden ist.

diese Wirklichkeit. Eingreifendes Denken als Künstler praktiziert, gezeigt und verfochten zu haben, das ist Brechts Leistung, und dieses eingreifende Denken gegenüber dem bloß theoretisierenden, betrachtenden Denken ist das dialektische Denken, wie es Marx begriffen und als erster formuliert hat. ,,Die *Große Methode*",

gen, und gibt es nicht wenige Stellen, die einer kritischen Prüfung nicht standhalten. Das kann nur denjenigen erstaunen und Anlaß zur Beckmesserei geben, dem der Charakter künstlerischer Arbeit wie wissenschaftlicher Arbeit insgesamt fremd ist und der mit der Elle einer vorgefertigten Schablone die Ergebnisse der künstlerischen Ar-

Und überhaupt, trotz allem scheinbaren Gleichklang der Würdigungen Brechts, er war und ist nie unumstritten. Der Weg zu einem ,,etablierten" Brecht ging nirgends ohne Reibereien und Streitereien ab, da ihm, um ihn zu etablieren, der revolutionäre Zahn gezogen werden mußte. Dies war so, als Brecht noch lebte und man ihn zu einer lebenden Legende machen wollte, und das war so, als er tot war und man ihn hüben und drüben auf ein Klassikerpodest erheben wollte. Brechts Werke mußten erst einmal, wie es Hanns Eisler ausdrückte, mit dem Stachel geschluckt werden, und das hat häufig Magenschmerzen verursacht.

Die Dialektik ist ein widerborstig Ding. Und wenn man Brechts Leistung in einem Satz zusammenfassen will, dann darin, daß er die Methode des dialektischen Materialismus von Marx und Lenin gelernt und als erster be-

schreibt Brecht in seinem ,,Buch der Wendungen" über die materialistische Dialektik, ,,ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt, Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen."

Als materialistischem Dialektiker galt Brechts Interesse in erster Linie der Wirklichkeit und nicht der Kunst. Als Künstler griff er in diese Wirklichkeit ein. ,,Es sind die schlechten Bücher, die das Interesse von der Welt auf sich lenken." Und damit verstellte er sich nicht nur einer undialektischen Betrachtung der Wirklichkeit, sondern auch einer ästhetisierenden Betrachtung seiner wie aller Kunst. ,,Um ein Kunstwerk zu beurteilen, muß man nicht die Ästhetik, sondern die Wirklichkeit befragen."

Jetzt ist es nur natürlich, daß ein neuer Weg nicht nur viel Anstrengung erfordert, sondern oft auch zielloses

beit mißt und in die vorgefertigten Schubladen steckt. Eine solche Kritik bleibt stumpf gegenüber Brecht und blamiert sich immer selbst. Das heißt nicht, daß wir Brecht auf eben ein solches Podest erheben, von dem er herunter geholt werden muß, daß es nichts an seinem Schaffen zu kritisieren gibt. Das wäre nicht nur völlig unmarxistisch, d.h. undialektisch, sondern auch ganz und gar ,,unbrechtisch", der selbst die meisten seiner Werke nach Kritiken und Diskussion um- und neugeschrieben hat. Nur ist das eben eine andere Art der Kritik, eine Kritik, die sich auf das Werk bezieht und was es will, ob es nützlich ist oder falsche Wege zeigt, mit dem Ziel, die Wirklichkeit durchschaubar zu machen. Nur so ist überhaupt Fortschritt und Entwicklung möglich. Dialektisches Denken muß immer auf sich selbst angewandt werden und entzieht sich einer Kanoni-

materialistischen Dialektik kennzeichnet das Werk Brechts. Dieser Stachel mußte ihm gezogen werden, um ihn zu einem ,,Klassiker" zu machen, in Westdeutschland wie in der DDR. Damit hat man die eine Seite der ,,Aktualität Brechts". Das Spiegelbild, und damit der unkritischen ,,Bewunderung" des amputierten Brecht verwandt, ist das Stabbrechen, das Verabsolutieren der Fehler, die ganz und gar unmarxistische Schablone, in die sich der ,,Dialektiker unter den bürgerlichen Schriftstellern", wie sich Brecht selbst bezeichnet hatte, so gar nicht pressen läßt. Die einen versuchen, das eingreifende, dialektische Denken zu eliminieren, weil sie dessen materielle Gewalt ahnen, und die anderen scheinen es nicht begriffen zu haben. So wird vielleicht verständlich, daß Brecht viele falsche Freunde hat und bei seinen ,,Gegnern" manches Falsche ist, daß er der KPD und der Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren auch unbequem war, daß es in der DDR wie in Westdeutschland viel Streit um seine Aufführungen gegeben hat und gibt, daß die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland zwischen unkritischer Lobhudelei und verständnisloser Ablehnung Haltung zu Brecht bezog und bezieht.

Auch wenn nicht wenige Marx und Lenin nur durch die Brille Brechts kennen – die sollten, um Marx und Lenin zu verstehen, Marx und Lenin lesen – so haben wir nicht zuviel Brecht, sondern zuwenig von Brecht, vor allem auch von seinen marxistischen und philosophischen Studien, gelesen, da er

rungen zur Literaturtheorie, zur Kunst, zur politischen Entwicklung und zur Marxschen Theorie gehört Brecht ohne Zweifel zu den produktivsten deutschsprachigen Schriftstellern dieses Jahrhunderts. Sicher ist er auch der bekannteste deutsche Dichter der Gegenwart. Es gibt wenige Länder, wo Brecht nicht in der einen oder anderen Form publiziert, gespielt oder von ihm gelernt wird. Brecht wird, je nach den Theatermoden häufig oder weniger häufig, in Westdeutschland gespielt, wie er auch zum Standardrepertoire der DDR-Theater gehört. Stücke von ihm werden in Moskau aufgeführt, wie in New York oder auch in Beijing. Erstaunlich dieses Gleichmaß für einen Schriftsteller, der versucht hat, in seinen Stücken und Gedichten die materialistische Dialektik anzuwenden und der konsequent wie kaum ein anderer Künstler die ,,Geschichte von unten" gesehen und dargestellt hat und zum Eingreifen in diese Geschichte aufgefordert und auch Vorschläge gemacht hat.

Ist dieser Versuch Brechts gescheitert und er zu einem zahnlosen ,,Klassiker" geworden, der das Schicksal so vieler Dichter und Schriftsteller teilt, die einem durch endlose, jeden revolutionären Inhalt wegzaubernde Analysen in der Schule oder durch ermüdend-schablonenhafte oder ästhetisierend-inhaltslose Darstellungen auf der
Bühne verleidet werden?

Es spricht so wenig gegen Brecht, daß ihn, bzw. einen Teil seines Werkes

Theorien eine apologetisierende, die Unterdrückung und imperialistische Expansion verteidigende Staatsphilosophie gemacht worden ist.

fende Denken gegenüber dem bloß theoretisierenden, betrachtenden Denken ist das dialektische Denken, wie es Marx begriffen und als erster formuliert hat. ,,Die *Große Methode*",

geben, dem der Charakter künstlerischer Arbeit wie wissenschaftlicher Arbeit insgesamt fremd ist und der mit der Elle einer vorgefertigten Schablone die Ergebnisse der künstlerischen Ar-

,,Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht"

Zu Bertolt Brechts 25. Todestag am 14. August / Von Bernd Wagner

Und überhaupt, trotz allem scheinbaren Gleichklang der Würdigungen Brechts, er war und ist nie unumstritten. Der Weg zu einem ,,etablierten" Brecht ging nirgends ohne Reibereien und Streitereien ab, da ihm, um ihn zu etablieren, der revolutionäre Zahn gezogen werden mußte. Dies war so, als Brecht noch lebte und man ihn zu einer lebenden Legende machen wollte, und das war so, als er tot war und man ihn hüben und drüben auf ein Klassikerpodest erheben wollte. Brechts Werke mußten erst einmal, wie es Hanns Eisler ausdrückte, mit dem Stachel geschluckt werden, und das hat häufig Magenschmerzen verursacht.

Die Dialektik ist ein widerborstig Ding. Und wenn man Brechts Leistung in einem Satz zusammenfassen will, dann darin, daß er die Methode des dialektischen Materialismus von Marx und Lenin gelernt und als erster be-
wußt und umfassend auf dem Theater, in den Gedichten und Prosastücken angewendet hat zur Darstellung der Wirklichkeit und zum Eingreifen in

schreibt Brecht in seinem ,,Buch der Wendungen" über die materialistische Dialektik, ,,ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt, Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen."

Als materialistischem Dialektiker galt Brechts Interesse in erster Linie der Wirklichkeit und nicht der Kunst. Als Künstler griff er in diese Wirklichkeit ein. ,,Es sind die schlechten Bücher, die das Interesse von der Welt auf sich lenken." Und damit verstellte er sich nicht nur einer undialektischen Betrachtung der Wirklichkeit, sondern auch einer ästhetisierenden Betrachtung seiner wie aller Kunst. ,,Um ein Kunstwerk zu beurteilen, muß man nicht die Ästhetik, sondern die Wirklichkeit befragen."

Jetzt ist es nur natürlich, daß ein neuer Weg nicht nur viel Anstrengung erfordert, sondern oft auch zielloses
Suchen, Experimentieren und manches Scheitern mit sich bringt, sicher werden auch viele falschen oder zumindest einseitigen Schlußfolgerungen gezo-

beit mißt und in die vorgefertigten Schubladen steckt. Eine solche Kritik bleibt stumpf gegenüber Brecht und blamiert sich immer selbst. Das heißt nicht, daß wir Brecht auf eben ein solches Podest erheben, von dem er herunter geholt werden muß, daß es nichts an seinem Schaffen zu kritisieren gibt. Das wäre nicht nur völlig unmarxistisch, d.h. undialektisch, sondern auch ganz und gar ,,unbrechtisch", der selbst die meisten seiner Werke nach Kritiken und Diskussion um- und neugeschrieben hat. Nur ist das eben eine andere Art der Kritik, eine Kritik, die sich auf das Werk bezieht und was es will, ob es nützlich ist oder falsche Wege zeigt, mit dem Ziel, die Wirklichkeit durchschaubar zu machen. Nur so ist überhaupt Fortschritt und Entwicklung möglich. Dialektisches Denken muß immer auf sich selbst angewandt werden und entzieht sich einer Kanoni-
sierung. Die Urteile und Erkenntnisse müssen immer an der sich wandelnden Wirklichkeit überprüft und revidiert werden. Diese Grundauffassung der

Westdeutschland wie in der DDR. Damit hat man die eine Seite der ,,Aktualität Brechts". Das Spiegelbild, und damit der unkritischen ,,Bewunderung" des amputierten Brecht verwandt, ist das Stabbrechen, das Verabsolutieren der Fehler, die ganz und gar unmarxistische Schablone, in die sich der ,,Dialektiker unter den bürgerlichen Schriftstellern", wie sich Brecht selbst bezeichnet hatte, so gar nicht pressen läßt. Die einen versuchen, das eingreifende, dialektische Denken zu eliminieren, weil sie dessen materielle Gewalt ahnen, und die anderen scheinen es nicht begriffen zu haben. So wird vielleicht verständlich, daß Brecht viele falsche Freunde hat und bei seinen ,,Gegnern" manches Falsche ist, daß er der KPD und der Sowjetunion in den 20er und 30er Jahren auch unbequem war, daß es in der DDR wie in Westdeutschland viel Streit um seine Aufführungen gegeben hat und gibt, daß die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland zwischen unkritischer Lobhudelei und verständnisloser Ablehnung Haltung zu Brecht bezog und bezieht.

Auch wenn nicht wenige Marx und Lenin nur durch die Brille Brechts kennen – die sollten, um Marx und Lenin zu verstehen, Marx und Lenin lesen – so haben wir nicht zuviel Brecht, sondern zuwenig von Brecht, vor allem auch von seinen marxistischen und philosophischen Studien, gelesen, da er
viel zu schön und lehrreich ist, um als ,,Klassiker", d.h. als ,,toter Hund" beiseite gelegt oder als ,,Feind der Arbeiterklasse" ignoriert zu werden.

Fernsehvorschau

,,Ermittlungen gegen einen über jeden Verdacht erhabenen Bürger"

Nach dem Film von Damiani ,,Ich habe Angst", der vor einigen Tagen schon besonders drastisch die faschistoide Durchdringung des italienischen Staatsapparates beschwor, dürfte sich der Film von Elio Petrie thematisch fast nahtlos anschließen.

In seinem Spielfilm von 1969 läßt er einen soeben zum Leiter des Politischen Büros avancierten Mordkommissionschef als Mörder Revue passieren. Dieser, der eine exzentrische Geliebte umbringt, als er entdeckt, daß er sich in guter (oder besser schlechter) Gesellschaft befindet, geht keinesfalls daran, die Spuren seines Mordes zu verwischen. Im Gegenteil lenkt er die Spuren auf sich, um eine Machtprobe zu exerzieren: Wird man es wagen, ihn als Repräsentanten der Staatsmacht und Ordnung zu beschuldigen und vielleicht auch noch zur Verantwortung zu ziehen? Und so läßt sich ,,Dottore" von seinen Kameraden für seine Beförderung feiern, während gleichzeitig die Mordkommission, die Indizien verfolgend, auf seine Spur kommen muß und er diese Entwicklung sogar noch fördert. Er geht sogar so weit, sich selber anzuzeigen ...

Aber Regisseur Petrie legte es weniger nur auf die Erzählung eines Kriminalfalles oder die Beschreibung einer korrupten Figur innerhalb des staatlichen Machtapparates an (obwohl die Hauptfigur systematisch als verkommenes Produkt der Staatsmacht herausgearbeitet wird), sondern auf die Erhellung der ,,freiheitlich-demokratischen Grundordnung" Marke Italien, unter der ausreichend Platz für unterdrückerische und terroristische Tätigkeit des Staatsapparates selber ist. War die Bedrohung durch die staatliche Macht in dem Film ,,Ich habe Angst" mehr anonym oder angedeutet, so treten hier die Protagonisten dieser Macht in den Vordergrund, werden ihre Handlungen zum Hauptgegenstand des Films.

,,Ermittlungen gegen einen über jeden Verdacht erhabenen Bürger", der mit internationalen Preisen ausgezeichnet wurde, fand zudem noch Anerkennung durch die schauspielerische Leistung des Darstellers von ,,Dottore", Gian Maria Volonte, und durch die die Spielhandlung verstärkende Musik von Ennio Morricone.

Montag, 24.8., 23.00 Uhr im ARD